



# HESSISCHER LANDTAG

20. 05. 2014

## 11. Sitzung

Wiesbaden, den 20. Mai 2014

<b>Amtliche Mitteilungen</b> .....	625	<b>Frage 45</b> .....	630
<i>Entgegengenommen</i> .....	628	Christoph Degen .....	630
Präsident Norbert Kartmann .....	625, 627	Minister Dr. Thomas Schäfer .....	630
Bürgermeister Thorsten Herrmann .....	625	<b>Frage 46</b> .....	631
Anne Wehrich .....	626	Wolfgang Greilich .....	631, 631
Markus Glanzner .....	626	Minister Peter Beuth .....	631, 631
<b>1. Fragestunde</b>		<b>Frage 47</b> .....	631
– <b>Drucks. 19/313</b> – .....	628	Wolfgang Greilich .....	631, 631
<i>Abgehalten</i> .....	637	Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz .....	631, 632
<b>Frage 37</b> .....	628	<b>Frage 48</b> .....	632
Torsten Warnecke .....	628	<i>Zurückgezogen</i> .....	632
Minister Tarek Al-Wazir .....	628	<b>Frage 49</b> .....	632
<b>Frage 38</b> .....	628	Claudia Ravensburg .....	632, 632
Dr. Thomas Spies .....	628	Minister Stefan Grüttner .....	632, 632
Ministerin Priska Hinz .....	628	<b>Frage 50</b> .....	632
<b>Frage 39</b> .....	628	Günter Schork .....	632
Dieter Franz .....	628, 629,	Minister Dr. Thomas Schäfer .....	632, 633
	629	Torsten Warnecke .....	633
Minister Tarek Al-Wazir .....	629, 629,	<b>Frage 51</b> .....	633
	629	Gerhard Merz .....	633, 633,
<b>Frage 42</b> .....	629		633
Karin Wolff .....	629	Minister Stefan Grüttner .....	633, 633,
Minister Tarek Al-Wazir .....	629		633
<b>Frage 43</b> .....	630	<b>Frage 53</b> .....	633
Torsten Warnecke .....	630	Ernst-Ewald Roth .....	634, 634
Minister Dr. Thomas Schäfer .....	630	Minister Peter Beuth .....	634, 634,
<b>Frage 44</b> .....	630		634
Lena Arnoldt .....	630	Gerhard Merz .....	634
Minister Stefan Grüttner .....	630		

<b>Frage 54</b> .....	634	<b>61. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend einzigartiges Erfolgsprojekt „Europäische Einigung“ weiterentwickeln</b>	
Dr. Thomas Spies .....	634, 635	– <b>Drucks. 19/433</b> – .....	643
Minister Boris Rhein .....	634, 635, 635	<i>Dem Europaausschuss überwiesen</i> .....	665
Heike Habermann .....	635	Ministerin Lucia Puttrich .....	637
<b>Frage 55</b> .....	635	Thorsten Schäfer-Gümbel .....	644, 648
Dr. Walter Arnold .....	635	Janine Wissler .....	647
Minister Tarek Al-Wazir .....	635, 636	Ursula Hammann .....	648
Florian Rentsch .....	635	Willi van Ooyen .....	651
<b>Frage 56</b> .....	636	Florian Rentsch .....	655
Günter Schork .....	636	Michael Boddenberg .....	660
Minister Dr. Thomas Schäfer .....	636	<b>3. Wahl der Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses</b>	
<b>Frage 57</b> .....	636	<b>Wahlvorschlag der Obersten Landesjugendbehörde</b>	
Lena Arnoldt .....	636, 637	– <b>Drucks. 19/312</b> – .....	665
Minister Dr. Thomas Schäfer .....	636, 637	<i>Gewählt:</i>	
<b>2. Regierungserklärung der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigten des Landes Hessen beim Bund betreffend „Hessen: im Herzen Europas – Europa im Herzen“</b> .....	637	<i>Wie Wahlvorschlag</i> .....	665
<i>Entgegengenommen und besprochen</i> .....	665	<b>9. Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes</b>	
<b>59. Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend starkes Hessen in Europa – Freiheit und mehr Chancen für mehr Menschen</b>		– <b>Drucks. 19/411</b> – .....	665
– <b>Drucks. 19/431</b> – .....	643	<i>Nach zweiter Lesung dem Kulturpolitischen Ausschuss zurücküberwiesen</i> .....	675
<i>Dem Europaausschuss überwiesen</i> .....	665	Jürgen Lenders .....	665
<b>60. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Aufruf zur Teilnahme an der Europawahl – ein starkes Hessen braucht ein starkes Europa</b>		Claudia Ravensburg .....	665
– <b>Drucks. 19/432</b> – .....	643	Christoph Degen .....	667
<i>Dem Europaausschuss überwiesen</i> .....	665	Mathias Wagner (Taunus) .....	669
		Barbara Cárdenas .....	670
		Wolfgang Greilich .....	672
		Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz .....	673

## Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann  
Vizepräsident Frank Lortz  
Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken  
Vizepräsident Wolfgang Greilich

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier  
Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung Tarek Al-Wazir  
Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer  
Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen  
beim Bund Lucia Puttrich  
Minister des Innern und für Sport Peter Beuth  
Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer  
Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann  
Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz  
Minister für Wissenschaft und Kunst Boris Rhein  
Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz  
Minister für Soziales und Integration Stefan Grüttner  
Staatssekretär Michael Bußer  
Staatssekretär Mark Weinmeister  
Staatssekretär Mathias Samson  
Staatssekretär Werner Koch  
Staatssekretärin Dr. Bernadette Weyland  
Staatssekretär Thomas Metz  
Staatssekretär Dr. Manuel Lösel  
Staatssekretär Ingmar Jung  
Staatssekretärin Dr. Beatrix Tappeser  
Staatssekretär Jo Dreiseitel  
Staatssekretär Dr. Wolfgang Dippel

## Abwesende Abgeordnete:

Angela Dorn  
Andrea Ypsilanti



(Beginn: 14:05 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Gäste auf der Tribüne, Vertreter der Medien! Ich darf die heutige Sitzung eröffnen. Ich stelle zunächst die Beschlussfähigkeit fest. Alles andere zur Tagesordnung machen wir dann, wenn wir die wichtigen Dinge des Tages erledigt haben.

Dazu begrüße ich ganz herzlich unter uns drei wichtige Vertreterinnen und Vertreter der Stadt Bensheim an der Bergstraße, natürlich das Stadtoberhaupt, Herrn Bürgermeister Thorsten Herrmann – herzlich willkommen, lieber Herr Herrmann –,

(Allgemeiner Beifall)

aber darüber hinaus und natürlich etwas abgehoben – das müssen Bürgermeister der Hessentagstädte ertragen – das Hessentagspaar Anne Wehrich und Markus Glanzner. Herzlich willkommen.

(Allgemeiner Beifall)

Wenn bei den Kolleginnen und Kollegen im Vorfeld der Eindruck entstanden ist, das sei für uns nach dem Ritual „alle Jahr wieder“ immer das Gleiche: Das ist es nicht, jedes Mal ist es eine andere Stadt. Heute – das erlaube ich mir, ich habe es Ihnen vorher schon angekündigt – will ich das südhessische Element mit einer Gratulation nach Darmstadt verbinden. Das muss sein. Die Lilien haben gut gekämpft – Glückwunsch nach Darmstadt.

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Karin Wolff, liebe Irmgard Klaff-Isselmann, lieber Herr Siebel, viele freuen sich mit Darmstadt und sind, sofern sie das Spiel gesehen haben, hellauf begeistert gewesen.

Aber noch begeisterter werden wir sein – das muss ich den Darmstädtern sagen –, wenn wir zu euch nach Bensheim kommen, in diese wunderschöne Stadt an der Bergstraße mit diesen hervorragenden Vertreterinnen und Vertretern. Ich habe sogar von meinen Mitarbeitern einen Lebenslauf niedergeschrieben bekommen. Das lassen wir lieber sein. Natürlich finde ich es toll, dass die Frau Kollegin des Hessentagspaares Grundschullehrerin ist. Der andere ist beim Finanzamt – na gut, okay.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aber ausgleichend dazu sind Sie Fastnachtspräsident – ein dreifach Donnerndes, lieber Kappenbruder.

Das alles ist nicht das Wesentliche, was zu Ihnen und zur Hessentagsstadt zu sagen ist. Das allerdings werden jetzt Sie selbst übernehmen. Zunächst darf ich dem Bürgermeister, Herrn Thorsten Herrmann, das Wort erteilen. Bitte schön.

**Thorsten Herrmann, Bürgermeister der Hessentagsstadt Bensheim:**

Sehr verehrter Herr Landtagspräsident, sehr verehrter Herr Ministerpräsident, sehr verehrte Abgeordnete, meine sehr verehrten Damen und Herren des Kabinetts! Ich freue mich sehr, hier sein zu dürfen. Irgendwie kommen bei mir da so nostalgische Gefühle auf. Ich kenne das irgendwoher, nur ganz anders. Aber es ist schön, hier als Vertreter der Stadt

Bensheim Ihnen das Grußwort überbringen zu dürfen. Und was mich wirklich begeistert, ist: Darmstadt 98 ist aufgestiegen, und die Eintracht ist erstmalig überhaupt Sponsor des Hessentages. Insofern passt das alles wunderbar zusammen.

(Beifall)

Wir haben 2.000 Sonnenstunden an der Bergstraße. Sie können also sicher sein, dass wir bestes Wetter haben werden. Wir freuen uns auf jeden Einzelnen.

Ich habe mich gefragt, als wir im Jahr 2010 unsere Bewerbung abgegeben haben: Macht das überhaupt Sinn? Erreicht dieser Hessentag von heute noch die Ziele von 1961? Bringt er noch die Menschen zusammen? Verfolgt er noch den Kern dieser Ziele? – Eines muss man sagen: Er verfolgt immer noch diese Ziele, und er lässt sie immer noch umsetzbar werden.

Wir sind keine Stadt, die auf Rekorde aus ist. Wir werden nicht erklären, dass wir noch mehr Zuschauer haben wollen, dass wir noch bessere Veranstaltungen haben wollen. Wir wollen einfach nur eines zeigen: dass wir „herrlich hessisch“ sind. Das sind wir alle: alle, die sich dort zeigen, alle, die dort als Veranstalter auftreten. Insbesondere eines darf ich meinem Hessentagspaar auf alle Fälle schon als großes Dankeschön mitgeben: Das machen sie ehrenamtlich, wie alles. Das sind zwei typische Ehrenamtler des Landes Hessen, also Menschen, ohne die dieses Land um ein Vielfaches kälter wäre, um ein Vielfaches ärmer wäre. Sie zeigen beide die Vielfalt dieses Landes, und das finde ich ganz toll.

Als wir hereingekommen sind, hat einer der Abgeordneten gesagt: Herr Bürgermeister, Sie haben wirklich Glück. Das ist der hübscheste weibliche Teil des Hessentagspaares, den ich jemals kennengelernt habe. – Liebe Anne Wehrich, das Hohe Haus hat gesprochen. Was will man da noch dazulegen?

(Beifall – Janine Wissler (DIE LINKE): Wer hat denn das gesagt?)

Entscheidend ist einfach: Die beiden verkörpern Bensheim. Sie sehen gut aus, sind charmant und fröhlich, und sie vertreten uns überall dort, wo sie sich derzeit aufhalten. Sie machen das wirklich toll.

Unsere Stadt muss ich nicht groß beschreiben: 2.000 Sonnenstunden, eine Stadt, in der der Wein eine große Rolle spielt, in der die Blüten eine große Rolle spielen. Das wollen wir als Stadt zeigen. Wir sind aber als Stadt beheimatet in zwei Metropolregionen, in der Rhein-Main- und in der Rhein-Neckar-Region. Auch die Stärken dieser beiden Metropolregionen werden wir sichtbar machen – auch das ist „herrlich hessisch“.

Wir wollen natürlich auch Danke sagen, Danke an Sie alle. Denn Sie haben uns aufseiten der Infrastruktur ein Stück in die Zukunft katapultiert. Durch den Hessentag sind viele Projekte, die wir niemals hätten umsetzen können, die aber in der mittel- und langfristigen Finanzplanung bei uns schon eingetaktet waren, in ein Hessentagspaket hineingepackt worden, und das konnten wir dann tatsächlich umsetzen.

Zielsetzung war immer, Herr Finanzminister, dass Bensheim nach dem Hessentag verbindlich erklären kann, dass keine Nettoneuverschuldung mehr stattfinden wird. Ich erkläre heute hier, dass sie nicht stattfinden wird. Wir haben

es geschafft. Wir werden unsere Finanzplanung so aufstellen, dass durch dieses Paket in den nächsten Jahren definitiv eine Tilgung eintreten wird, keine Nettoneuverschuldung. Wir danken für diese Chance. Es ist ein gutes Signal. Es ist übrigens auch ein richtiges Signal vor dem Hintergrund des Kommunalen Finanzausgleichs.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Insofern laden wir Sie alle ganz, ganz herzlich in unsere Stadt ein. Wir können feiern, wir können Ihnen aber auch vieles zeigen, was eben „herrlich hessisch“ ist.

Ich bitte Sie, bei der Diskussion über den Hessentag Folgendes zu beachten. Kaum einer der Bürgermeister wird Ihnen sagen, aus seiner Sicht, aus kommunaler Sicht habe sich die Ausrichtung des Hessentags für seine Stadt nicht gelohnt. Aus der Sicht des Bundes der Steuerzahler Hessen sieht die Welt anders aus. Das verstehen wir, aber wir vertreten hier die kommunale Seite und sind froh darüber, dass wir den Hessentag ausrichten dürfen. Er ist eine Riesenchance für eine Stadt, für einen Kreis, für eine Region, sich zu zeigen, sich in der Zeit zuvor zu entwickeln und am Ende – auch über Leitthemen wie „Klimaneutrale Stadt“ und „Vernetzte Stadt“ – den Menschen das Signal mitzugeben, dass die Zukunft neue Themen bringen wird.

Im Rahmen der beiden Projekte „Klimaneutrale Stadt“ und „Vernetzte Stadt“ werden wir erstens den kompletten Ausstoß an CO<sub>2</sub> überkompensieren, den der Hessentag mit sich bringt – nicht durch Zertifikate, sondern durch reale Maßnahmen –, und wir werden zweitens beweisen, dass Städte, die ein hervorragendes Netzwerk haben, immer erfolgreich sein werden. Ein Hessentag lässt sich nämlich nur durch ein Netzwerk organisieren. Das ist uns gelungen, und deshalb sage ich schon an dieser Stelle allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern ganz herzlich Danke.

Ich wünsche Ihnen gute Beratungen am heutigen Tage. Ich freue mich, Sie alle auf dem Hessentag in Bensheim zu sehen und begrüßen zu dürfen. Lassen Sie uns gemeinsam erleben und fühlen, was „herrlich hessisch“ tatsächlich heißt.

(Beifall)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Bürgermeister, haben Sie herzlichen Dank. – Ich darf nun das Hessentagspaar bitten, uns einige Grußworte zu übermitteln.

#### **Anne Wehrich:**

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir freuen uns sehr, dass wir heute hier sein dürfen. Wir sind jetzt seit eineinhalb Jahren unterwegs, haben die verschiedensten Termine wahrgenommen und können Ihnen versichern, dieser hier ist dann doch ein ganz besonderer.

Wir haben in den letzten eineinhalb Jahren viel Werbung gemacht, haben versucht, die Menschen zu mobilisieren. Da sind Sie ein sehr dankbares Publikum, denn Sie müssen zum Hessentag kommen, Ihnen bleibt quasi nichts anderes übrig.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir hoffen aber, dass wir Ihnen den Besuch etwas versüßen können. Glauben Sie mir, Bensheim ist eine wunderschöne Stadt – falls Sie das noch nicht wissen sollten. Wir haben leckeren Wein, fast immer gutes Wetter – am Hessentag sowieso – und unglaublich herzliche Menschen, die Sie ganz, ganz herzlich begrüßen werden. Vielleicht ist das für Sie die Versüßung Ihres Besuchs auf dem Hessentag und macht das Muss zu einem Genuss.

(Beifall)

#### **Markus Glanzner:**

Ich kann mich den Worten meiner Partnerin anschließen und möchte Sie alle ganz herzlich einladen, uns in Bensheim zu besuchen.

Wie der Herr Bürgermeister schon gesagt hat, lautet das Motto des Hessentages „Herrlich hessisch“. Wie kann Hessen anders sein als herrlich? Es ist für mich das schönste deutsche Bundesland. Hessen ist wunderbar.

Der Hessentag führt alle Menschen in einer Stadt zusammen. Ich darf Ihnen berichten, welche Erfahrung ich am vergangenen Wochenende gemacht habe. Es gibt keine größeren Hessentagsfans als die Hessentagspaare. So gesehen freuen nicht nur wir uns, sondern es freuen sich auch viele Hessentagspaare früherer Jahre, dass wir Sie in Bensheim begrüßen dürfen.

Wir haben einen Hessentag der kurzen Wege. Das heißt, es ist alles bequem zu Fuß erreichbar, sowohl das Weindorf als auch die Landesausstellung. Besuchen Sie uns in Bensheim. Wir freuen uns auf Sie alle, hoffen auf fantastisches Wetter und auf zehn wunderbare Tage.

(Beifall)

Zum Abschluss dürfen wir uns bei Ihnen, dem Landtag, bedanken. Stellvertretend möchten wir eine Flasche Hessentagswein an den Landtagspräsidenten, Herrn Kartmann, an Herrn Ministerpräsidenten Volker Bouffier und an seinen Stellvertreter, Tarek Al-Wazir, überreichen.

(Beifall)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Liebes Hessentagspaar, die paar Leute im Kabinett bekommen zwei Flaschen. Ich bekomme eine Flasche für 110 Abgeordnete. Auch wenn ich die Kabinettsmitglieder abziehe, bleiben noch immer rund 100 Abgeordnete übrig.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Vielleicht kriegen wir noch eine Flasche zusammen! – Den genannten Personen werden Weinpräsente überreicht.)

Ich will mich bei Ihnen ganz herzlich bedanken. Ich kann Ihnen das zusagen, was Sie schon festgestellt haben: Wir kommen zu Ihnen, aber nicht nur deshalb, weil wir kommen müssen. Sonst wäre der Weg, beispielsweise von Kassel oder von Bad Arolsen bis nach Bensheim, weit. Aber es freut die Nordhessen schon, in wärmere Regionen zu kommen.

(Heiterkeit)

Deshalb werden sie gern an die Bergstraße kommen, wie auch die Südhessen beispielsweise nach Kassel gekommen sind.

Ich wünsche Ihnen – das sage ich aus eigener Erfahrung als Hessentagserlebender in meiner Heimatstadt – gutes Wetter. Das ist das A und O eines guten Hessentages, denn dann kommen die Menschen. Dann ist auch die Jagd nach einer Rekordbesucherzahl sekundär; denn es macht Spaß, und man wird für das belohnt, was man sich im Vorfeld aufgeladen hat.

An das Hessentagspaar gerichtet sage ich: Ihr seid rund um die Uhr unterwegs. Es gibt keinen Fotoapparat, dem Sie entgehen können, keine Huldigung, der Sie entgehen können. Deshalb ein Dankeschön von mir und von diesem Landtag, dass Sie heute Ihre Stadt in würdiger Form repräsentiert haben und Ihrem Bürgermeister ein Ambiente bieten, das er sonst nicht hat. In diesem Sinne alles Gute und viel Glück.

Auch ich darf Ihnen etwas mitgeben. Ein echter Hesse ist, wer die Krawatte des Landtags mit dem Löwen trägt.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

– Für Sie hätte ich etwas anderes. Aber Sie sind keine Hessentagsbraut. Das wäre aber eine Idee.

(Heiterkeit)

Wir müssen noch den Hessentagsbräutigam finden. Willi van Ooyen, vielleicht wäre das was für Sie.

(Große Heiterkeit)

Dann bräuchten wir noch eine zu repräsentierende Stadt. Das wird am Ende das Schwierigste werden.

Liebe Frau Weihrich, auch auf dem Seidentuch ist der Hesselöwe zu sehen. Alles Gute und viel Glück beim Hessentag.

(Beifall – Dem Hessentagspaar und Bürgermeister Herrmann werden Geschenke überreicht.)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Im Leben ist es so, dass wir Freudiges miteinander teilen, aber auch Trauriges. Ich darf Sie bitten, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von den Plätzen.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Abgeordnete, wir haben heute Anlass, der Toten eines fürchterlichen Bergwerkunglücks in Soma in der Türkei zu gedenken.

Wir haben in Hessen wie im ganzen Bundesgebiet eine Vielzahl von türkischen Mitbürgern bzw. Mitbürgern türkischer Abstammung. Wir haben allen Grund, diesen unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern unsere Solidarität und unser Mitgefühl zu bekunden.

Sicher gibt es viele, die Soma und eventuell das Bergwerk kennen und vielleicht sogar Freunde oder Angehörige haben, die unter den Opfern sind. Deswegen ist es angemessen, dass sich die Abgeordneten des Hessischen Landtags zum stillen Gedenken der Opfer erheben und den Angehörigen in der Türkei ihr Mitgefühl ausdrücken. Werte Kolleginnen und Kollegen, das ist ein Gedenken an Menschen, die nicht in unserem Land wohnen.

Als Abgeordnete des Hessischen Landtags haben wir aber auch die Verpflichtung, derer zu gedenken, die – unserem Hause nicht mehr angehörend – verstorben sind. Wir wollen nun also eines ehemaligen Kollegen gedenken: Am Freitag, dem 4. April, ist der frühere SPD-Abgeordnete Erich Nitzling im Alter von 79 Jahren verstorben.

Er wurde am 24. Dezember 1934 in Lorch geboren. Nach dem Besuch einer gymnasialen Aufbauschule absolvierte er eine kaufmännische Ausbildung in Wuppertal und Leverkusen und war im Anschluss als selbstständiger Kaufmann in Frankfurt am Main tätig. Von 1962 bis 1968 bekleidete er das Amt des Vorsitzenden der Frankfurter und der südhessischen Jungsozialisten. Zusätzlich war er von 1964 bis 1970 Stadtverordneter in Frankfurt. Dem schloss sich eine fast 17-jährige Tätigkeit als Abgeordneter des Hessischen Landtags an.

Als Vorsitzender der Frankfurter Arbeiterwohlfahrt war sein kluger Rat oft unverzichtbar. Er prägte den Verband 25 Jahre lang maßgeblich mit – länger als jeder andere Vorsitzende. Erich Nitzling war zudem Mitglied in der Vereinigung der ehemaligen Mitglieder des Hessischen Landtags.

Seinen Angehörigen gilt unsere aufrichtige Anteilnahme. Der Hessische Landtag wird ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Sie haben sich zur Trauer erhoben. Ich bedanke mich herzlich dafür. Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen.

(Die Anwesenden nehmen ihre Plätze wieder ein.)

Meine Damen und Herren, ich habe die Beschlussfähigkeit bereits festgestellt. Jetzt komme ich zur Tagesordnung und stelle Folgendes fest: Die Tagesordnung vom 13. Mai 2014 sowie ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 58 Punkten liegen Ihnen vor.

Wie Sie dem Nachtrag entnehmen können, gibt es unter den Tagesordnungspunkten 50 bis 54 fünf Aktuelle Stunden, die entsprechend unserer Geschäftsordnung am Donnerstagmorgen um 9 Uhr aufgerufen und behandelt werden.

Noch eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend starkes Hessen in Europa – Freiheit und mehr Chancen für mehr Menschen, Drucks. 19/431. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Dann wird dieser Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 59, und wir können ihn mit Tagesordnungspunkt 2, der Regierungserklärung, aufrufen. – Dem widerspricht keiner. Dann wird so verfahren.

Eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist außerdem ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Aufruf zur Teilnahme an der Europawahl – ein starkes Hessen braucht ein starkes Europa, Drucks. 19/432. Die Dringlichkeit wird nicht verneint? – So ist es. Dann kommt er als Punkt 60 auf die Tagesordnung. Wir können also auch diesen mit Tagesordnungspunkt 2 aufrufen, d. h. nach der Regierungserklärung, und ihn nach der Aussprache entsprechend bescheiden.

Wir haben zudem von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag betreffend einzigartiges Erfolgsprojekt „Europäische Einigung“ weiterentwickeln, Drucks. 19/433. – Auch hier wird die Dringlichkeit nicht verneint. Damit kommt der Antrag als Punkt 61 auf die Tagesordnung. Auch das werden wir dann nach der Regierungserklärung entsprechend behandeln und bescheiden.

Das ist die Tagesordnung. Ich frage jetzt, ob sie von Ihnen gebilligt wird. – Das ist so beschlossen.

Wir tagen heute bis 19 Uhr. Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 1, der Fragestunde, und machen dann mit der Regierungserklärung der Ministerin für Bundes- und Euro-

paangelegenheiten zum Thema „Hessen: im Herzen Europas – Europa im Herzen“ weiter.

Entschuldigt fehlt heute Frau Kollegin Ypsilanti den ganzen Tag.

Heute Abend im Anschluss an die Plenarsitzung tagt der Kulturpolitische Ausschuss im Sitzungsraum 510 W.

Einen runden Geburtstag hat Kollege Greilich gefeiert. Man wagt kaum zu sagen, welches Alter es ist. Du siehst nämlich aus wie 50 und wirst 60. Wie du das gemacht hast, weiß ich nicht. Ich beglückwünsche dich: Herzlichen Glückwunsch, alles Gute.

(Allgemeiner Beifall)

Ich habe erneut eine freudige Mitteilung zu machen: Finja ist geboren. Das ist die Tochter unserer Kollegin Dorn. Mutter und Kind sind wohlauf und ich auch. Glückwunsch von mir und dem Präsidium insgesamt.

(Heiterkeit und Beifall)

Die Frau Vizepräsidentin wird den Glückwunsch entsprechend weiterleiten. Wenn sie wiederkommt, feiern wir noch einmal. Sie machen das, Frau Kollegin, ja? – Wunderbar.

Meine Damen und Herren, jetzt wird es ernst. Wir kommen zur Fragestunde.

#### **Fragestunde – Drucks. 19/313 –**

Ich will darauf hinweisen, dass es jetzt 14:28 Uhr ist. Das heißt also, um 15:28 Uhr wird die Fragestunde zu Ende sein – nur damit Sie das wissen.

Ich rufe die **Frage 37** – noch aus der letzten Fragestunde – auf. Herr Kollege Warnecke.

#### **Torsten Warnecke (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wird auch zukünftig, angesichts des demografischen Wandels, die Kreisstraßenbaubezuschussung an dem Parameter Einwohner pro Kilometer orientiert?*

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Al-Wazir, Sie haben das Wort.

#### **Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung:**

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, die Förderung der Kreisstraßen der einzelnen Landkreise aus Mitteln des Kompensationsbetrages im GVFG, also im Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz, orientiert sich weder zukünftig an dem Parameter Einwohner pro Kilometer, noch hat sie sich in der Vergangenheit daran orientiert. Für die Förderung der Kreisstraßen wurden und werden vor allem die Kriterien Netzlänge und die jeweilige Verkehrsbedeutung der Kreisstraßen im Landkreis herangezogen.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Dann kommen wir zur **Frage 38**. Herr Dr. Spies.

#### **Dr. Thomas Spies (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie ist der aktuelle Stand der von der Firma Siemens beantragten Genehmigung zum Abbau der Partikeltherapieanlage?*

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Hinz hat das Wort.

#### **Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:**

Herr Abgeordneter, die Siemens AG als derzeitige Eigentümerin der Anlage im PTZ Marburg hat im Ministerium für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz als der atomrechtlich zuständigen Behörde am 23. September 2013 den Antrag gestellt, die Anlage stilllegen und abbauen zu dürfen. Das Ministerium hat der Siemens AG nach Antragstellung dargelegt, dass das Vorhaben als wesentliche Änderung nach § 11 Abs. 2 Strahlenschutzverordnung genehmigungspflichtig ist und dass Änderungen an der Anlage ohne Zustimmung des Ministeriums nicht durchgeführt werden dürfen.

Das Ministerium hat nachfolgend dafür gesorgt, dass die Anlage in einen sicheren Betriebsmodus überführt wurde, der auch eine Wiederinbetriebnahme ermöglicht, den sogenannten technischen Erhaltungsbetrieb. Von der ordnungsgemäßen Durchführung des technischen Erhaltungsbetriebs haben wir uns mehrfach vor Ort überzeugt. Die Siemens AG hat uns am 6. Mai 2014 telefonisch gebeten, den Rückbauantrag bis auf Weiteres ruhen zu lassen, weil zwischenzeitlich Vereinbarungen zum Verkauf der Anlage getroffen worden seien.

Das Universitätsklinikum Heidelberg und die Rhön-Klinikum AG wollen nach Gründung der Marburger Ionenstrahl-Therapiezentrum GmbH die Partikeltherapieanlage von Siemens übernehmen und zum klinischen Betrieb führen. Die Eckpunkte für den Verkauf der Anlage seien vereinbart; die Details des Vertrags müssten noch ausformuliert werden.

Sobald der Vertrag abgeschlossen ist, wird das Ministerium mit der Siemens AG klären, ob diese ihren Rückbauantrag vom 23. September 2013 zurücknehmen wird oder ob das begonnene Verwaltungsverfahren auf andere Weise geordnet beendet wird. In jedem Fall werden wir der Siemens AG die entstandenen Kosten in Rechnung stellen.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das ist damit beantwortet. – **Frage 39**, Herr Abg. Franz, SPD.

#### **Dieter Franz (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie ist der derzeitige Planungsstand des Baus einer dritten Fuldaabrigge in Rotenburg, die Ministerpräsident Bouffier im Zusammenhang mit der Konversion der Alheimer-Kaserne mit seiner Aussage: „Ja, wir machen das!“, öffentlich fest zugesagt hat?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung:**

Sehr geehrter Herr Abg. Franz, für die erfolgreiche Erschließung des Konversionsstandorts Rotenburg und die künftige Vermarktung der Alheimer-Kaserne ist die dritte Fuldabrücke ein wichtiger Bestandteil der verkehrlichen Anbindung. Diese Aussage gilt für die Hessische Landesregierung unverändert. Umso wichtiger ist es, belastbare Aussagen zu den Umsetzungsmöglichkeiten zu erhalten.

Nachdem erst im Sommer 2013 durch Bürgerentscheid die entsprechende Variante zur Ortsumgehung Rotenburg-Lispenshausen – die Südumgehung – beschlossen worden war und diese vom Land Hessen zur Bewertung für den Bundesverkehrswegeplan 2015 angemeldet worden ist, kann nun der planerische Fachbeitrag erfolgen. Zur Abschätzung der verkehrlichen Wirkung gehören neben den Strukturdaten der Stadt Rotenburg für das geplante Konversionsgebiet auch die Auswirkungen einer Verbindungsspanne auf die naturräumlichen Verhältnisse. Der planerische Fachbeitrag ist bereits bei Hessen Mobil in der Erstellung.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Franz.

**Dieter Franz (SPD):**

In den bisherigen Verlautbarungen wurde der planerische Fachbeitrag allerdings schon für den Sommer 2013 angekündigt. Aus welchem Grund ist das bisher nicht erfolgt?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung:**

Ich habe darauf hingewiesen, dass es zwischenzeitlich einen Bürgerentscheid gab, mit dem man sich erst einmal Klarheit darüber verschaffen musste, welche der Varianten vor Ort eigentlich gewünscht wird. Außerdem war man dabei, die Auswirkungen einer Verbindungsspanne auf die naturräumlichen Verhältnisse zu bewerten. Dabei geht es nicht nur um die ökologischen Fragen, sondern auch um den Hochwasserschutz; denn das würde die Dimension des Brückenbauwerks maßgeblich beeinflussen. Das beantwortet auch die Frage nach den Kosten und der Genehmigungsfähigkeit.

Zusätzlich braucht man an dieser Stelle eine hydraulische Untersuchung, um die Tragfähigkeit des Untergrunds zu bewerten. Wir gehen davon aus, dass wir in diesem oder im nächsten Monat – so sagen es mir die Zuständigen – die Fertigstellung des planerischen Fachbeitrags erwarten können.

Ferner führt das Land Hessen in Kooperation mit der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben eine Studie zur Konversion der Alheimer-Kaserne durch, um die Frage zu klären, welche Möglichkeiten der Nachnutzung der Kasernenflä-

che es gibt. Sie wissen, dass die Vermarktungssituation dort eher schwierig ist. Das Gesamtergebnis der Studie erwarten wir ebenfalls in den nächsten Monaten.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zweite Zusatzfrage, Herr Kollege Franz.

**Dieter Franz (SPD):**

Ist die verkehrliche Bedeutung der dritten Fuldabrücke eine zwingende Voraussetzung für die weiteren Planungsaufträge und damit letztendlich auch für den Bau?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung:**

In dem Gutachten über die Konversionsmöglichkeiten wird die Gesamtsituation betrachtet, d. h. die verkehrliche Situation und die Vermarktungssituation: Was für Institutionen mit Erweiterungsbedarf gibt es? Was für Wünsche nach gewerblichen und sonstigen Ansiedlungen gibt es? Das geht bis zur Untersuchung der Frage, ob das ein Gesundheitsstandort werden könnte oder ob es z. B. sonstige Nachnutzungsmöglichkeiten durch Landesbehörden gibt. All das wird betrachtet.

In der Tat ist es so, dass die verkehrliche Anbindung nicht die beste ist. Deswegen wird auch diese Frage untersucht. Wie gesagt, die Antwort liegt noch nicht vor. Die Ortsumgehung Lispenshausen selbst ist im vordringlichen Bedarf des gültigen Bundesverkehrswegeplans. Sie ist für den Bundesverkehrswegeplan 2015 erneut zur Bewertung angemeldet worden. Die Bewertung des Bundesverkehrsministeriums liegt noch nicht vor.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frage 42, Frau Kollegin Wolff.

**Karin Wolff (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Schritte plant sie für 2014 bei der Weiterentwicklung des Tourismuslandes Hessen, insbesondere vor dem Hintergrund der positiven Entwicklung der Übernachtungszahlen, die im vergangenen Jahr einen Höchststand von 30,3 Millionen erreicht haben?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung:**

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, die Weiterentwicklung des Tourismuslandes Hessen ist im Jahr 2014 eine kontinuierliche Aufgabe und wird das natürlich auch in den Folgejahren sein. Das Ende letzten Jahres beschlossene strategische

Marketingkonzept gilt für die Jahre 2014 bis 2018 und ist Leitlinie für die Planungsgrundlagen zur Ausrichtung der touristischen Marketingaktivitäten.

Die Rahmenbedingungen für den Tourismus in Hessen haben sich in den letzten Jahren stark verändert. Wir haben mehr Kurzreisen und mehr Tagestourismus. Das sind immer beliebtere Aufenthaltsformen der Gäste im Deutschlandtourismus insgesamt und somit auch in Hessen. Deswegen wollen wir bei all unseren Aktivitäten Kurzreisen und Tagesausflüge verstärkt Beachtung schenken.

Zusätzlich gibt es definierte Profilthemen, die wir stärken wollen. Das erste Profilthema ist das Natur- und Landerlebnis. Das ist innerhalb des Tagesausflugs- und Kurzreise-segments, aber auch bei den Themenschwerpunkten Wandern, Radfahren, Genuss, Kulinarik, Kultur, Brauchtum und Gesundheit einer der zukünftigen Märkte.

Das zweite Profilthema ist das Städterlebnis. Da gibt es eine wirklich interessante Entwicklung dahin gehend, dass Städtereisen in der Beliebtheit weiter steigen.

Drittens gibt es das Thema Wellness, also den Gesundheitstourismus, der gerade für die Heilbäder und die Kurorte eine Chance bietet, sich weiterzuentwickeln.

Viertens stellt sich die Frage, inwieweit man Tagungs- und Kongressmöglichkeiten – Alleinstellungsmerkmal zentrale Lage in Deutschland und auch in Europa – für eine Profilierung des Tagungsstandorts Hessen nutzen kann.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Wir kommen jetzt zu den neu eingegangenen Fragen. **Frage 43**, Herr Kollege Warnecke.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Gibt es für Kommunen, die bislang nicht unter dem sogenannten „Schutzschirm“ stehen, eine Möglichkeit, ebenfalls zusätzliche Mittel in Millionenhöhe durch Ausweitung des „Schutzschirms“ durch das Land zu erhalten?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dr. Schäfer.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Herr Abg. Warnecke, für eine Ausweitung des Schutzschirms gibt es keine Rechtsgrundlage.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 44** von Herrn Kollegen Tipi, Frau Kollegin Arnoldt übernimmt.

**Lena Arnoldt (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie bereitet sich das Land Hessen auf die steigenden Demografiezahlen von Migranten und Menschen mit Migrationshintergrund vor?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Minister für Soziales und Integration:**

Frau Abgeordnete, Hessen gehört zu den Bundesländern mit dem höchsten Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung. Im Zuge des demografischen Wandels wächst somit auch die Zahl älterer Menschen nicht deutscher Herkunft. Aufgrund zusätzlicher Barrieren wird die besondere Situation der älteren Menschen mit Migrationshintergrund in der Gestaltung sozialer Angebote stärker berücksichtigt, um ihnen gleiche Chancen für ein selbstbestimmtes aktives Leben zu ermöglichen.

Zudem muss sich unter anderem dafür eingesetzt werden, soziale und gesundheitliche Versorgungsmängel zu vermeiden und eine Ausgrenzung, Abschottung oder Vereinsamung zu verhindern. Des Weiteren ist eine wichtige Aufgabe, noch besser und möglichst niederschwellig über Gesundheits-, Präventions- und Pflegeangebote zu informieren und diese kultursensibel zu gestalten.

Diesbezüglich befinden wir uns seitens der Landesregierung mit Organisationen in einem Dialog, die sich speziell um die Belange von Migrantinnen und Migranten kümmern – der Liga der Freien Wohlfahrtspflege, den Trägern von Alten- und Pflegeheimen, von Gesundheitsdienstleistungen –, um genau diese Ziele weiterzuverfolgen. Die Hessische Landesregierung greift das Anliegen der kultursensiblen Pflege von älteren Migrantinnen und Migranten aktiv unterstützend auf und beabsichtigt, wie eben geschildert, dies auch zukünftig zu tun.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 45**, Herr Abg. Degen.

**Christoph Degen (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Ab wann wird die Gemeinde Niederdorfelden über die zugesagten Fördermittel im Rahmen des „Förderprogramms 2014 im Kommunalen Straßenbau“ zum Ausbau der Bischofsheimer Brücke (Niederdorfelden) verfügen können?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dr. Schäfer.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Herr Abg. Degen, der von der Gemeinde Niederdorfelden vorgelegte Förderantrag zum Ausbau der Bischofsheimer Brücke in Niederdorfelden befindet sich bei der Bewilligungsbehörde – das ist Hessen Mobil – zurzeit noch in der Prüfung.

Um einen zuwendungsunschädlichen Baubeginn zu gewährleisten, wurde nach Rücksprache mit der Gemeinde die Erteilung des Zuwendungsbescheids für die 25. Kalenderwoche, also Mitte Juni, von der Bewilligungsbehörde in Aussicht gestellt. Die dann bewilligten Fördermittel können grundsätzlich erst ausgezahlt werden, wenn der Be-

scheid bestandskräftig geworden ist und der Zuwendungsempfänger mittels Rechnungen nachweist, dass zuwendungsfähige Leistungen gebaut und beglichen wurden. Ein entsprechender Mittelabruf bei Hessen Mobil zur Beantragung/Auszahlung aus der voraussichtlichen Bewilligungssumme ist entsprechend dem Baufortschritt frühestens 2014 oder Anfang 2015 zu erwarten.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 46,** Herr Abg. Greilich.

**Wolfgang Greilich (FDP):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie beurteilt sie die Bundesratsinitiative des Landes Niedersachsen, wonach künftig die Besitzer legaler Waffen zusätzlich bei den Ämtern für Verfassungsschutz abgefragt werden sollen, insbesondere bezüglich des dadurch entstehenden Mehraufwandes und des Nutzens für die öffentliche Sicherheit?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Innenminister Beuth.

**Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Abg. Greilich, die Landesregierung unterstützt die Bundesratsinitiative des Landes Niedersachsen. Um den Waffenbesitz von Personen aus dem extremistischen, insbesondere dem rechtsextremistischen Spektrum besser kontrollieren und eindämmen zu können, will Niedersachsen das Verfahren der waffenrechtlichen Zuverlässigkeitsprüfung gemäß § 5 Waffengesetz um eine Verpflichtung der Waffenbehörden zur Einholung von Informationen bei den Verfassungsschutzbehörden ergänzen.

Das ist sinnvoll: Derzeit sind die Waffenbehörden bei der Überprüfung der Zuverlässigkeit von Waffenbesitzern und Antragstellern lediglich verpflichtet, Auskünfte beim Bundeszentralregister, bei dem Staatsanwaltschaftlichen Verfahrensregister sowie bei örtlichen Polizeibehörden einzuholen. Die Verfassungsschutzbehörden können aber ebenfalls Informationen besitzen, die für die Entscheidung der Waffenbehörden über die Zuverlässigkeit wichtig sind. Das kann insbesondere der Fall sein, wenn der Waffenbesitzer oder der Antragsteller noch nicht polizeilich in Erscheinung getreten ist.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Greilich.

**Wolfgang Greilich (FDP):**

Herr Minister, haben Sie irgendeine Vorstellung, in wie viel Prozent der Fälle damit zu rechnen ist, dass weitere Erkenntnisse von der Verfassungsschutzbehörde zugesteuert werden können?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Beuth.

**Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:**

Ich kann Ihnen nicht sagen, welchen zahlenmäßigen Erfolg die Abfrage am Ende haben wird. Gleichwohl möchte ich schon deutlich machen, dass es bei der Frage der Ausgabe von entsprechenden Erlaubnissen und Genehmigungen natürlich schon wichtig ist, die Zuverlässigkeit derjenigen, denen die Genehmigung erteilt wird, auch hinreichend und ordentlich überprüft zu haben. Insbesondere vor dem Hintergrund des Extremismus sind wir daher gut beraten, unsere Möglichkeiten entsprechend auszuschöpfen. Dies hat bereits die vorherige Landesregierung im Jahr 2012 – der Gesetzesantrag aus Niedersachsen ist nicht ganz neu, sondern jetzt erneut gestellt worden – so gesehen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 47,** Herr Abg. Greilich.

**Wolfgang Greilich (FDP):**

Ich frage die Landesregierung:

*Auf welche belastbaren Daten stützt sich der Hessische Kultusminister Prof. Dr. Alexander Lorz in seiner Äußerung vom 26. April 2014 im „Wiesbadener Kurier“, dass „die Tendenz dahin [geht], dass etwa die Hälfte derjenigen Schulen, die jetzt zu G 9 wechseln oder gewechselt sind, laufende Jahrgänge mitnehmen will. Manche nur die 5., manche die 5. und 6., sehr wenige auch die 7. Klassen“?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kultusminister Prof. Dr. Lorz.

**Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:**

Herr Abg. Greilich, Grundlage für die zitierte Aussage ist das Ergebnis einer entsprechenden, in der ersten Aprilhälfte durch das Kultusministerium in den Staatlichen Schulämtern durchgeführten Abfrage.

Ich darf hinzufügen, dass diese Aussage tendenziell auch in einer zweiten, zwischen dem 8. und 13. Mai 2014 durch das Kultusministerium in den Staatlichen Schulämtern durchgeführten Abfrage bestätigt worden ist. Die Ergebnisse dieser zweiten Abfrage sind Ihnen vergangene Woche im Kulturpolitischen Ausschuss vorgestellt worden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Greilich.

**Wolfgang Greilich (FDP):**

Herr Minister, im Kulturpolitischen Ausschuss haben Sie darauf hingewiesen, dass jeweils die Abstimmungen der Eltern noch nicht erfolgt seien. Hat es zwischenzeitlich entsprechende Abstimmungen gegeben? Wenn ja, mit welchem Ergebnis?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kultusminister.

**Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:**

Herr Abgeordneter, bislang haben noch keine solchen Abstimmungen stattgefunden, da erst jetzt die ersten Schulen das Verfahren der Gremienbeschlüsse komplett durchlaufen haben. Wir werden aber voraussichtlich nächste Woche mit den ersten Abstimmungsverfahren beginnen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nachdem **Frage 48** zurückgezogen worden ist, komme ich zu **Frage 49**. Frau Kollegin Ravensburg.

**Claudia Ravensburg (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Aufgaben nimmt das Land bei der Umsetzung des Bundeskinderschutzgesetzes wahr?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Minister für Soziales und Integration:**

Frau Abgeordnete, das Land stellt im Rahmen eines Antragsverfahrens die Fördergelder nach einem vereinbarten Schlüssel zu 100 % den Landkreisen, kreisfreien und Sonderstatusstädten zur Verfügung. Dadurch können die Kommunen gezielt Projekte im Bereich der Frühen Hilfen umsetzen und sich damit präventiv für das Wohl von Kindern einsetzen.

Des Weiteren unterstützt das Land die Landeskoordinierungsstelle. Deren Aufgaben sind unter anderem die Sicherstellung eines geordneten Antragsverfahrens zur Erteilung der Mittel über entsprechende Fach- und Fördergrundsätze, die Qualifikation und Fortbildung der Netzwerkkoordinationen „Familienhebammen“ und weiterer Akteure im Bereich der Frühen Hilfen, die Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung der Vernetzungsstrukturen durch regelmäßigen Fachaustausch und zu etablierende Qualitätszirkel, die Öffentlichkeitsarbeit und Informationen über die „Bundesinitiative Netzwerke Frühe Hilfen und Familienhebammen“ sowie natürlich auch die Berichterstattung gegenüber dem Bund.

Das Bundeskinderschutzgesetz trifft außerdem eine Reihe von Festlegungen für die Betriebserlaubnisverfahren, die Meldepflichten, die Qualitätsentwicklungen in der Kinder- und Jugendhilfe. Auch diese Vorgaben werden dementsprechend umgesetzt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Ravensburg.

**Claudia Ravensburg (CDU):**

Herr Minister, können Sie eine Aussage darüber treffen, wie hoch die Landesförderung in diesem Verfahren ist?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sozialminister.

**Stefan Grüttner, Minister für Soziales und Integration:**

Frau Abgeordnete, wir haben begleitend zu der Bundesinitiative auch in Hessen ein Landesförderprogramm im Bereich Frühe Hilfen, Prävention und Kinderschutz aufgelegt. Legen Sie mich nicht genau fest, aber ich meine, im Haushaltsplan 2014 haben wir dafür 1,85 Millionen € zur Verfügung gestellt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Jetzt kommt die **Frage 50**. Herr Kollege Schork.

**Günter Schork (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welches Ziel verbindet sie mit dem Auftrag zur Überprüfung der Strukturen an das Hessische Baumanagement und das Hessische Immobilienmanagement?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dr. Schäfer.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Herr Abg. Schork, die Landesbetriebe HI und HBM erbringen für die Landesverwaltung wichtige Querschnittsdienstleistungen im Immobilienbereich. So reicht das Aufgabenspektrum des HI von der Bewirtschaftung und Vermarktung von Liegenschaften bis hin zum systematisch-ökologischen Gebäudemanagement und zur Optimierung von Behördenunterbringungen an einzelnen Standorten. Das HI ist damit Komplettanbieter für alle Dienstleistungen des Gebäude- und Standortmanagements.

Das Leistungsspektrum des HBM erstreckt sich über die technische, finanzielle und verwaltungsmäßige Vorbereitung und Abwicklung von Hochbaumaßnahmen sowohl für die hessische Landesverwaltung, für die Bundesrepublik Deutschland als auch im Wege der Organleihe für Dritte. Auch gutachterliche und beratende Leistungen gehören zu den Aufgaben des HBM.

Die Strukturen der beiden Landesbetriebe, die sehr eng zusammenarbeiten und zum Teil überschneidende Aufgabengebiete aufweisen, sollen nunmehr überprüft werden. Wir sind bestrebt, die Nutzerzufriedenheit weiter zu steigern. Es soll darüber hinaus geprüft werden, inwieweit und auf welchem Wege die Leistungserbringung aus einer Hand erfolgen kann. Das Leistungslevel soll verbessert und die Effektivität auf der anderen Seite gesteigert werden. Darüber hinaus sollen Synergieeffekte generiert und Einsparpotenziale gehoben werden. Dadurch sollen die Immobilien- und Baudienstleistungen effizienter erbracht werden. Nicht zuletzt sollen auch die Mitarbeiterzufriedenheit gefördert und die Arbeitsbedingungen verbessert werden.

Im Rahmen der Überprüfung sollen die Aufgaben, die Aufbauorganisation sowie die Ablauforganisation betrachtet und die Optimierungspotenziale identifiziert werden. Dies kann bis hin zu einer Zusammenführung der Landesbetriebe in einer übergreifenden Betriebsstruktur führen. Dabei sollen sowohl Perspektiven der Personalentwicklung als auch die Auswirkungen auf das Automationsverfahren berücksichtigt werden. Wir beabsichtigen dabei, die Standorte als solche zu erhalten, um an den Orten im Land, an

denen HI oder HBM tätig sind, auch weiterhin nahe an den örtlichen Strukturen befindliche Dienstleistungen erbringen zu können.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Warnecke, eine Nachfrage.

**Torsten Warnecke (SPD):**

Herr Staatsminister Dr. Schäfer, ich darf nachfragen, ob Sie eine Vorstellung davon haben, welches Volumen Sie einsparen wollen oder welche Effizienzdividende Sie sich erhoffen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Finanzminister.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Da die Prüfungen noch mitten am Laufen sind, möchte ich vorschlagen, dass ich Ihnen die möglichen Einsparpotenziale am Ende des Prozesses nenne.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 51**, Herr Abg. Merz.

**Gerhard Merz (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Schlussfolgerungen zieht sie aus den neuerlichen Vorkommnissen von Pädophilie an der Odenwaldschule im Hinblick auf die Vergabe von Landeszuschüssen an den Trägerverein der Schule zum Zwecke der Beauftragung einer wissenschaftlichen Studie zur Aufarbeitung und künftigen Vermeidung sexuellen Missbrauchs an der Schule?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sozialminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Minister für Soziales und Integration:**

Herr Abgeordneter, die Landesregierung hat nach wie vor ein hohes Interesse auch an einer wissenschaftlichen Aufarbeitung der Pädophilievorfälle an der Odenwaldschule. Gerade die neuesten Vorfälle zeigen deutlich die Notwendigkeit, durch das intensive Erforschen der Vorgänge innerhalb der Odenwaldschule, aber auch der Zusammenarbeit mit Behörden und Organisationen außerhalb der Einrichtung Prävention und Kinderschutz zu stärken. Von daher gibt es keinen Grund, den Landeszuschuss nachträglich infrage zu stellen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Merz.

**Gerhard Merz (SPD):**

Herr Minister, es war nicht bestritten, dass eine solche Studie sinnvoll ist. Die Frage lautet, ob, insbesondere nachdem sowohl Ihr Haus als auch, wenn ich es richtig sehe, das Kultusministerium eine Überprüfung der Betriebserlaubnisse der Odenwaldschule angekündigt hat, nicht auch erhebliche Zweifel an der Zuverlässigkeit des Trägers angebracht sind und ob das nicht wiederum Rückwirkungen auf die Frage hat, ob dieser Träger der geeignete Zuwendungsempfänger für eine solche Studie ist.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sozialminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Minister für Soziales und Integration:**

Herr Abgeordneter, Sie werden sicherlich Verständnis haben, auch aus der Kenntnis, wie solche Vorgänge behandelt werden, dass ich zu laufenden Überprüfungen zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussagen machen kann, insofern auch noch keine Ergebnisse dieser Überprüfungen vorwegnehmen kann. Das zum einen.

Zweitens haben wir bei der wissenschaftlichen Aufarbeitung ganz bewusst nur eine Teilfinanzierung seitens des Landes vorgenommen. Insbesondere haben wir Wert darauf gelegt, dass der Opferverein durch die Bildung eines Beirats an der Vergabe des Gutachtens, das im Übrigen durch die Universität Rostock wahrgenommen wird, beteiligt gewesen ist, um somit ein größtmögliches Maß an Neutralität zu gewährleisten.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zweite Zusatzfrage, Herr Kollege Merz.

**Gerhard Merz (SPD):**

Herr Minister, können Sie wenigstens eine Aussage dazu machen, wann ungefähr Ihre Prüfungen abgeschlossen sein werden, also die Prüfungen im Hinblick auf die Betriebserlaubnisse?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Sozialminister Grüttner.

**Stefan Grüttner, Minister für Soziales und Integration:**

Herr Abgeordneter, auch dazu kann ich zum jetzigen Zeitpunkt keinen Termin nennen. Das, was ich Ihnen sagen kann, ist, dass wir mit allem notwendigen Nachdruck die notwendigen Informationen einfordern, die zu einer Überprüfung notwendig sind.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 52** ist zurückgezogen.

**Frage 53**, Herr Abg. Roth.

**Ernst-Ewald Roth (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wird sie die Anordnung des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 19. September 2013 nach § 23 Abs. 1 Aufenthaltsgesetz betreffend die Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen für syrische Flüchtlinge im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Innern erneut ändern, um die Möglichkeiten des Familiennachzugs zu verbessern?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Innenminister Beuth.

**Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Abg. Roth, zurzeit werden alle erforderlichen Schritte unternommen, um die Landesaufnahmeanordnung vom 19. September 2013, die mit Anordnung vom 21. Februar 2014 geändert wurde, erneut dahin gehend zu ändern, dass die bisherige Antragsfrist, der 31. Mai, um weitere sechs Monate verlängert wird.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Roth.

**Ernst-Ewald Roth (SPD):**

Herr Minister, Ihre Antwort auf die Kleine Anfrage der Kollegin Faeser und des Kollegen Merz zusammen mit mir hat ergeben, dass es eine große Diskrepanz zwischen dem Kontingent gibt, das grundsätzlich zur Verfügung steht, und der Zahl derer, die tatsächlich eingereist sind. Was glauben Sie: Woran liegt das?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Innenminister.

**Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:**

Mittlerweile hat sich die Zahl natürlich deutlich erhöht. Wir sind wieder ein paar Wochen weiter. Wir liegen im Moment bei 66 erteilten Aufenthaltserlaubnissen. Die Problematik liegt vor allem darin, dass die örtlichen Behörden sehr große Schwierigkeiten haben, den Massenansturm zu bewältigen. Das Auswärtige Amt ist aber dabei, durch Verstärkung dafür Sorge zu tragen, dass wir die Antragsbearbeitung zügiger erledigen können.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Merz.

**Gerhard Merz (SPD):**

Herr Minister, ungeachtet der Frage, wie das Verfahren derzeit läuft, frage ich: Teilt die Landesregierung die Auffassung, die vielfach vertreten worden ist, beispielsweise auch vom Bundespräsidenten, dass die Bundesrepublik Deutschland und die Bundesländer größere Anstrengungen unternehmen müssen und dass weitere Kontingente für

Flüchtlinge zur Verfügung gestellt werden müssen? Teilt die Landesregierung diese Auffassung?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Innenminister.

**Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:**

Wir teilen die Auffassung, dass wir natürlich dort helfen wollen. Wir haben im Moment mehrere Programme, sowohl Bundesanordnungen wie auch Landesaufnahmeanordnungen, die noch nicht ausgeschöpft sind.

Das liegt insbesondere an den Problemen, die ich vorhin geschildert habe, bei den örtlichen Vertretungen, bei den Botschaften. Ich glaube, dass die Länder und der Bund weiteren entsprechenden Programmen nicht im Wege stehen, wenn die bisherigen Programme einigermaßen ausgeschöpft sind.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Dann komme ich zur **Frage 54**. Herr Abg. Dr. Spies.

**Dr. Thomas Spies (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wann wird sie die Entscheidung für den Ankauf des Grundstücks für einen Neubau der Hochschule für Gestaltung in Offenbach im ehemaligen Offenbacher Hafen treffen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Rhein.

**Boris Rhein, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Herr Abg. Spies, meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat sich grundsätzlich für einen Neubau der HfG im Hafencampus ausgesprochen, und zwar als Zukunftsperspektive für die Hochschule, aber auch für die Stadt Offenbach. Vor diesem Hintergrund sind Verhandlungen zu den Grundstücken mit der Offenbacher Projektgesellschaft geführt worden, die eine Tochter der Stadt Offenbach ist.

Diese Gespräche sind begonnen worden. Ich bitte um Verständnis, dass aufgrund der Höhe der Investitionen für das Grundstück derzeit verschiedene Optionen geprüft werden, die zur Verbesserung der Unterbringung der HfG, insbesondere unter baufachlichen und wirtschaftlichen Aspekten, führen sollen.

Erst nach Abschluss der derzeit parallel laufenden Grundsatzüberlegungen zur Entwicklung der Hochschule und der Verhandlungen mit der OPG kann eine Entscheidung über den Ankauf von Grundstücken am Offenbacher Hafen getroffen werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Habermann.

**Heike Habermann (SPD):**

Herr Minister, wie beurteilen Sie die Tatsache, dass innerhalb der Projektentwicklungsgesellschaft seit längerem darüber diskutiert wird, dass die Grundstücke endlich an den Markt gehen sollen, und die Entwicklungschancen des Hafengeländes davon abhängen, dass kurzfristig eine Entscheidung darüber getroffen wird, wie es auf den betroffenen Grundstücken weitergeht?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Rhein.

**Boris Rhein, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Grundsätzlich habe ich das nicht zu kommentieren. Geschäftliche Interessen spielen da eine Rolle. Es gibt natürlich auch Stadtentwicklungsinteressen, die dort eine Rolle spielen. Ich nehme das trotzdem ernst. Es ist auch eine Tatsache, die bei den Erwägungen eine Rolle spielt, die wir zu treffen haben. Insoweit ist uns durchaus bewusst, dass Eile geboten ist und dass Entscheidungen gefällt werden müssen. Ich bitte noch einmal um Verständnis, dass wirklich in Anbetracht der Höhe der Investitionen auch alternative Standorte bzw. alternative Möglichkeiten geprüft werden müssen.

Nichtsdestotrotz will ich sehr deutlich hervorheben: Nur durch die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Fortschreibung von HEUREKA zu HEUREKA II mit einer weiteren Milliarde Euro gibt es überhaupt eine Perspektive für einen Ausbau bzw. eine Verlagerung der HfG – ausschließlich deswegen, weil Schwarz und Grün diese Vereinbarung getroffen haben.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Dr. Spies, noch eine Zusatzfrage.

**Dr. Thomas Spies (SPD):**

Herr Staatsminister, es ist selbstverständlich wundervoll, dass die Landesregierung die Hochschulen auch nach Ablauf der gegenwärtigen HEUREKA-Periode nicht in Schutt und Asche verfallen lassen, sondern erhalten und weiter ausbauen möchte. Die Frage war nicht, wie sich die Landesregierung in dieser Frage entscheidet, sondern bis wann sich die Landesregierung in dieser Frage entscheidet, weil natürlich erhebliche Konsequenzen an der Entscheidung, wie immer sie aussieht, hängen.

Deshalb noch einmal meine Frage: Können Sie absehen, ob die Ankündigungen, eine solche Entscheidung vor der Sommerpause zu treffen, aufrechtzuerhalten sind?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Rhein.

**Boris Rhein, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Ich kann keinen konkreten Termin nennen. Ich kann nur sagen, die Entscheidungen werden so bald wie möglich oder ohne schuldhaftes Verzögern getroffen.

(Günter Rudolph (SPD): Das sagen Juristen immer, wenn es dauert! – Heiterkeit bei der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Darüber diskutieren wir jetzt aber nicht, sondern ich rufe die **Frage 55** auf. Herr Abg. Dr. Arnold.

**Dr. Walter Arnold (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie bewertet sie die Perspektiven für die wirtschaftliche Entwicklung Hessens in den Jahren 2014 und 2015 vor dem Hintergrund der aktuellen Jahresprojektion der Bundesregierung?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung:**

Sehr geehrter Herr Abg. Dr. Arnold, Hessen hat sowohl in diesem Jahr 2014 als auch im nächsten Jahr 2015 gute Perspektiven der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie haben nach dem Vergleich zum Bund gefragt. Die Bundesregierung erwartet in ihrer Jahresprojektion für 2014 einen Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,8 % im Jahre 2014 und von 2,0 % im Jahre 2015.

Sowohl die Konjunkturprognose Hessen 2014 des Statistischen Landesamtes, der Industrie- und Handelskammern, der Handwerkskammern und der Regionaldirektion Hessen der Bundesagentur für Arbeit vom Dezember 2013 als auch die jüngste Vorausschätzung der Helaba von Mitte April 2014 rechnen mit einem mindestens so hohen oder höheren BIP-Wachstum für Hessen als für den Bund.

Wichtig ist mir vor allem, dass es auch eine weitere Erholung auf dem hessischen Arbeitsmarkt gibt. Im Laufe des Jahres dürfte die Beschäftigung laut Konjunkturprognose in Hessen um ca. 0,7 % weiter steigen und die jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote um ca. 3 % weiter abnehmen.

Das sind unsere gegenwärtigen Voraussagen. Man wird immer erst wissen, wie ein Jahr gelaufen ist, wenn es wirklich herum ist. Aber in der momentanen Situation sind die Aussichten gut. Das ist wichtig, weil wir natürlich gerade mit Blick auf den Arbeitsmarkt noch eine Verbesserung der Situation wollen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Rentsch, bitte schön.

**Florian Rentsch (FDP):**

Herr Al-Wazir, ist Ihnen bekannt, wann Hessen in den letzten zehn Jahren unterhalb des Wachstums des Bundes gelegen hat?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Al-Wazir.

**Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung:**

Ja, Herr Abg. Rentsch, das ist mir bekannt. Das Statistische Landesamt hat am 28. März die Entwicklung für das Jahr 2013 vorgestellt. Im Jahr 2013 hatte Hessen eine Entwicklung des BIP von plus 0,9 % und hat damit die Wachstumsrate der gesamtdeutschen Wirtschaft übertroffen.

Allerdings hat das Statistische Landesamt zeitgleich auch eine Bereinigung der Jahre 2012 und 2011 gemacht. Das bedeutet, dass Hessen von 2003 bis 2012 jeweils unterdurchschnittliche Wachstumsraten im Vergleich zur Gesamtentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland hatte. 2013 war das erste Jahr, wo es wieder besser als im Bundesdurchschnitt war. Wir hoffen, dass das 2014 und 2015 auch so sein wird.

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 56**, Herr Abg. Schork.

**Günter Schork (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie bewertet sie die Entwicklung der hessischen Steuereinnahmen im ersten Quartal 2014?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Finanzminister Dr. Schäfer.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Herr Abg. Schork, im ersten Quartal 2014 wurden im Steuereinnahmehaushalt des Landes Einnahmen von gut 4,4 Milliarden € verbucht. Nach Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs verbleiben dem Land Steuereinnahmen von knapp unter 4 Milliarden €. Das entspricht einem Rückgang von 440 Millionen € bzw. 10 % gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres.

Dieses Minus ist vor allem auf zwei größere Sonderfaktoren zurückzuführen. Die Körperschaftsteuer weist wegen des Basiseffektes aufgrund einer außergewöhnlich hohen Körperschaftsteuerzerlegung im Vorjahr ein Minus von 340 Millionen € aus. Außerdem findet die negative Abrechnung von Umsatzsteuerverteilung und Länderfinanzausgleich des Jahres 2013 aufgrund einer im Ländervergleich günstigeren Steuerentwicklung in Hessen ihren Niederschlag. Das heißt, die auf das gute letzte Quartal 2013 entfallenden Zahlungen in den Länderfinanzausgleich werden im Jahr 2014 spitz abgerechnet. Deshalb erfolgt diese Belastung in diesem Jahr.

Mit Blick auf das noch vor uns liegende zweite Halbjahr kann auf der Basis der jüngst veröffentlichten Mai-Steuerschätzung nicht von einer Besserung der Einnahmesituation in diesem Jahr ausgegangen werden. Insbesondere der volatile Verlauf der Körperschaftsteuer macht eine seriöse Finanzplanung ausgesprochen schwierig. Dies ist auf den hohen Dienstleistungsanteil – insbesondere der Bankensek-

tor ist hier zu nennen – an der hessischen Wirtschaft zurückzuführen.

Die Steuerschätzer haben unsere eigenen Annahmen, die wir zu Beginn des Jahres zur Grundlage der Planungen für den Nachtragshaushaltsentwurf gemacht haben, weitgehend bestätigt. Wir waren von einem Minus von etwas über 200 Millionen € gegenüber der haushalterischen Veranschlagung ausgegangen. Geschätzt wurde jetzt ein Minus von 191 Millionen €.

Das Fazit der bisherigen Steuereinnahmen – und der voraussichtliche Verlauf für das Jahr 2014 – lautet, wie Sie es von mir vermutlich nicht anders erwarten werden: Spielräume für große Sprünge gibt es nicht.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Wir kommen zu **Frage 57**, der letzten für heute, weil dann auf der Liste Schluss ist. Frau Kollegin Arnoldt.

**Lena Arnoldt (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie unterstützt sie Ehrenamtliche in Vereinen im Hinblick auf ihre steuerrechtlichen Pflichten?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Finanzminister Dr. Schäfer.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Frau Abg. Arnoldt, das Steuerrecht für gemeinnützige Vereine ist sehr vielschichtig und zum Teil nicht unkompliziert. Im Hinblick auf die herausragende Bedeutung des ehrenamtlichen Engagements haben sich sowohl das hessische Finanzministerium als auch die örtlich zuständigen Finanzämter im Rahmen ihrer Möglichkeiten kontinuierlich bemüht, die verantwortlichen Vereinsvertreter bei der Bewältigung der steuerrechtlich erforderlichen Aufgaben zu unterstützen.

In diesem Zusammenhang ist zum einen auf die Informationsveranstaltung „Gemeinnützige Vereine und Steuern“ hinzuweisen. Seit dem Jahr 2001 führt das Finanzministerium gemeinsam mit Vertretern der örtlichen Finanzämter diese Informationsveranstaltung durch. An den bisher hessenweit stattgefundenen über 80 Veranstaltungen nahmen mehr als 40.000 Ehrenamtliche teil. Bei der letzten Veranstaltung in Marburg in der letzten Woche waren es allein 800 in einer Veranstaltung.

Im Rahmen der Veranstaltung werden den Vereinsvertretungen nützliche Hilfestellungen und Tipps gegeben, um ihnen die ehrenamtliche Tätigkeit hinsichtlich des Steuer- und Spendenrechts zu erleichtern und die damit verbundenen Aufgaben zu bewältigen. Darüber hinaus haben die Vertreter der jeweiligen Vereine bei den Veranstaltungen die Möglichkeit, die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzämter als Ansprechpartner persönlich kennenzulernen. Sie können dann die einzelnen Probleme und Anliegen vortragen.

Darüber hinaus liegt in der 35. Auflage – das ist schon eine lange Tradition – der Ratgeber „Steuerwegweiser für Gemeinnützige Vereine und für Übungsleiter/-innen“ vor.

Außerdem habe ich kürzlich entschieden, die Abgabefrist für die Steuererklärung zur Aufrechterhaltung der Gemeinnützigkeit für die gemeinnützigen Vereine, die eigentlich im Frühjahr dieses Jahres ablaufen würde, auf den 30. September 2014 zu verlängern, um den ehrenamtlich Tätigen mehr Zeit einzuräumen, die entsprechenden Angaben beim Finanzamt einzureichen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kollegin Arnoldt stellt eine Zusatzfrage.

**Lena Arnoldt (CDU):**

Welche Unterstützung bietet sie den Vereinen und den ehrenamtlich Tätigen bei der Umstellung auf SEPA?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dr. Schäfer.

**Dr. Thomas Schäfer, Minister der Finanzen:**

Frau Abgeordnete, wir haben im letzten Quartal des vergangenen Jahres, als die Diskussion um SEPA ähnliche Dimensionen wie bei der Einführung der fünfstelligen Postleitzahl bekam, die über die deutsche Gesellschaft in besonderer Weise überraschend schwappte, festgestellt, dass auch viele Ehrenamtliche in den Vereinen wegen der Herausforderung rund um SEPA verunsichert waren. Bevor die Europäische Kommission die entsprechende Frist verlängert hat, haben wir deshalb das Angebot an die Vereine gemacht, den Versuch zu unternehmen, in drei bzw. vier Veranstaltungen in den jeweils örtlich zuständigen Finanzämtern mit Fachleuten der Bundesbank und unseren eigenen Fachleuten die Fragen der ehrenamtlichen Vereinsvertreter zu beantworten.

Ich gehe davon aus, dass die überwiegende Zahl der Vereine ihren Umstieg auf SEPA auch infolge der Verlängerung der Frist nunmehr erfolgreich bewältigen kann. Wir werden die Entwicklung weiterhin beobachten. Sollte weitere Hilfestellung für die Vereine nötig sein, wird sie selbstverständlich erfolgen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, wie ich bereits sagte, endet die Fragestunde jetzt mangels Masse.

Wir kommen damit zu **Tagesordnungspunkt 2:**

**Regierungserklärung der Hessischen Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigten des Landes Hessen beim Bund betreffend „Hessen: im Herzen Europas – Europa im Herzen“**

Die Redezeit für die Fraktionen wurde auf 30 Minuten festgelegt. Frau Ministerin, das ist Ihre Orientierungshilfe.

Ich darf noch darauf hinweisen, dass die Aussprache in dieser Reihenfolge erfolgt: Nach der Landesregierung kommt die SPD-Fraktion, dann die der GRÜNEN, der LINKEN, der FDP und der CDU.

Ich erteile Frau Europaministerin Lucia Puttrich das Wort. Bitte schön.

**Lucia Puttrich, Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund:**

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! In fünf Tagen ist Europawahl. Wir werden das neue Europäische Parlament wählen. Im Vorfeld der Europawahl wird viel diskutiert und informiert. Die Berichterstattung hinsichtlich der Europawahl verdichtet sich in einem erfreulichen Maße.

Vielleicht geht es Ihnen so ähnlich wie mir. Wenn ich auf Veranstaltungen bin, dann werde ich häufig gefragt: Ist Europa ein Erfolg? Wozu brauchen wir Europa? Was haben insbesondere wir Hessen von Europa?

Um Europa, besser gesagt, die Europäische Union, zu verstehen, müssen wir es immer wieder erklären. Wenn man sich die Entwicklung der Europäischen Union in den vergangenen Jahren ansieht, sehen wir, dass sie größer geworden ist. Das geschah insbesondere vor zehn Jahren durch die Aufnahme der neuen Mitglieder im Rahmen der Osterweiterung.

Wir sehen, dass die Europäische Union größer geworden ist. Wir verbinden damit, dass sie sich im Laufe der Jahre verändert hat. Ich sage: Sie ist größer und vielfältiger geworden. Sie ist wesentlich anspruchsvoller und damit auch komplexer geworden. „Komplexer geworden“ heißt für den einen oder anderen wiederum weniger nachvollziehbar.

Wenn Sie ältere Menschen fragen, was sie von der Europäischen Union halten und was sie insbesondere hervorheben, dann sind es oft diese, die die besondere Friedensleistung der Europäischen Union würdigen. Das sind diejenigen, für die es nicht selbstverständlich ist, dass wir in einer so langen Friedensphase miteinander leben.

Wenn Sie mit jüngeren Menschen reden, ist es für sie wiederum selbstverständlich, in Frieden zu leben. Sie kennen es nicht anders.

Wenn Sie andere Errungenschaften nennen, die wir in der Europäischen Union haben, werden Sie merken, dass das für die jungen Menschen häufig selbstverständlich ist. Das betrifft z. B. die gemeinsame Währung und die offenen Grenzen. Wir haben einen Europäischen Binnenmarkt, der uns herausragende Chancen bietet.

Junge Menschen wissen nicht, wie es ist, durch Europa zu reisen und dabei Grenzen überwinden und in unterschiedliche Währungen umtauschen zu müssen. Deshalb ist auch die Ansprache, die wir bei jüngeren Menschen haben, häufig eine andere. Junge Menschen sehen Europa anders als ältere Menschen.

Ich glaube, das kann man schon in dieser Form formulieren: Die Europäische Union ist mit ihren 28 Staaten ein Meisterwerk.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Insbesondere erkennt man, dass es ein Meisterwerk ist, wenn man sich die Geschichte ansieht. Dabei sollte man sich insbesondere unsere Geschichte ansehen.

Wir blicken in diesem Jahr auf den Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren zurück. Wir blicken auf den Ausbruch des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren zurück. Es ist alles andere als selbstverständlich, sondern es ist hart

erarbeitet, dass Länder und Staaten, die früher gegeneinander Krieg geführt haben, heute gemeinsam am Erfolg der Europäischen Union arbeiten. Darauf können wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Vor 25 Jahren fiel die Mauer, die Deutschland teilte. Das muss man an der Stelle auch sagen: Ohne die Unterstützung unserer europäischen Partner und ohne die Unterstützung der USA und Russlands wäre die Wiedervereinigung für uns nie möglich gewesen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass das, was uns in Europa miteinander verbindet oder die Staaten der Europäischen Union miteinander verbindet, natürlich unsere gemeinsamen Werte sind. Es sind wiederum diese gemeinsamen Werte, die uns helfen, Schwierigkeiten zu überwinden. Wir können diese Schwierigkeiten gemeinsam überwinden, weil uns diese Werte wie durch ein Band miteinander verbinden. Das sind Werte wie Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Meinungs- und Pressefreiheit, freie und geheime Wahlen sowie Toleranz. Ich wollte einige von ihnen nennen.

Gerade deshalb macht es uns im Moment besonders betroffen, wenn wir sehen, was zurzeit in der Ukraine geschieht. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim durch Russland und ein inakzeptables Referendum mit dem Ziel der Abspaltung der Ostukraine machen uns mehr als besorgt. Auslöser war ein ursprünglich vom ukrainischen Präsidenten verhandeltes Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union, das von Russland hintertrieben wurde.

Die Lage in der Ukraine ist mehr als besorgniserregend. Deshalb unterstützen wir alle diplomatischen Bemühungen, die dem Ziel dienen, dass die Situation in der Ukraine nicht weiter eskaliert. Wir unterstützen alle Bemühungen, die zum Ziel haben, dass die Präsidentenwahl am 25. Mai 2014 – sie findet also zum gleichen Zeitpunkt wie die Wahl zum Europäischen Parlament statt – frei, geheim, geordnet und vor allen Dingen auch friedlich stattfinden kann.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel und Lothar Quanz (SPD))

Sehr geehrte Damen und Herren, wir sind in dieser Situation solidarisch. Wir sind mit den Menschen solidarisch, die sich dort für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Achtung von Bürger- und Freiheitsrechten und Sicherheit einsetzen. Wir sind aber auch solidarisch innerhalb der Europäischen Union und mit den USA in der Frage, wie wir auf das antworten, was im Moment in der Ukraine passiert.

Wir haben eine gemeinsame Sprache. Wir sind uns darüber einig, dass Sanktionen, wenn sie durchgeführt werden müssen, auch durchzuführen sind.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind uns auch darüber einig, dass, wenn Wirtschaftssanktionen notwendig sind, es selbstverständlich nicht auszuschließen ist, dass diese mittel- oder langfristig spürbar sind. Aber eines muss für uns auch klar sein: Wir werden nicht um den Preis der Wirtschaft Völkerrechtsverletzungen in Russland akzeptieren, weil dieser Schaden langfristig wesentlich größer ist.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Eine starke Europäische Union sichert Frieden und Wohlstand. Eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass diese Europäische Union Frieden und Wohlstand sichern kann, ist, dass wir das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in dieses Europa und diese Europäische Union haben. Das wiederum bedeutet, dass die Menschen sehen müssen, was Europa leisten kann. Spricht man mit einer gemeinsamen Sprache, und was regelt Europa für uns? Tut uns Europa gut? Europa tut uns in großen Dingen gut – Frieden und Wohlstand –, aber selbstverständlich muss es uns auch in kleinen Dingen guttun.

Wenn Sie sich wiederum ansehen, wie unterschiedlich im Moment die Einstellung der Bevölkerung in Europa ist, dann möchte ich eine Umfrage zitieren, die uns nachdenklich stimmen sollte. In Polen begrüßen aktuell 83 % der Bürgerinnen und Bürger den Beitritt Polens zur EU vor zehn Jahren. Das ist der höchste Wert seit dem polnischen Beitritt. Bei uns in Deutschland wiederum liegt die entsprechende Zustimmung bei 50 % – und das, obwohl es uns in Deutschland gut geht und obwohl wir eine Spitzenstellung in Europa bezüglich des Wirtschaftswachstums, der Beschäftigungsquote und der niedrigen Jugendarbeitslosigkeit haben. Da kann man schon die Frage stellen: Haben wir uns vielleicht daran gewöhnt, dass es uns gut geht? Warum haben die Menschen bei uns den Eindruck, dass wir innerhalb der EU nur geben und nichts bekommen würden? Warum schießen wir uns auf die kleinen Unzulänglichkeiten ein und vernachlässigen die Würdigung der großen Leistungen?

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir müssen uns ganz selbstkritisch fragen: Haben wir uns die EU in den letzten Jahren nicht häufig selbst schlechtgeredet? Ich bin der festen Überzeugung, dass wir für Europa nur begeistern können, wenn wir selbst begeistert sind. Dafür müssen wir auch über die Leistungen von Europa reden.

Dazu gehört aber auch, dass wir uns mit Dingen kritisch auseinandersetzen, wo konstruktiv Kritik zu üben ist. Konstruktive Kritik muss erlaubt sein, um etwas zu verbessern. Selbstverständlich gibt es durchaus berechtigte Kritiken, wenn man den Eindruck hat, dass Europa sich um Dinge kümmert, die Staaten besser selbst regeln können. Wenn wir an die Diskussionen über die Privatisierung der Wasserversorgung denken, dann sagen wir ganz klar: Wir wollen weiter unsere Wasserversorgung so regeln, wie wir es für richtig halten, und nicht von Europa gesagt bekommen, dass wir privatisieren müssten. Dafür setzen wir uns auch weiterhin ein.

Sehr geehrte Damen und Herren, selbstverständlich gibt es häufig Missmut über kleine Dinge, bei denen man sich fragt, ob das Europa regeln muss. Aber da müssen wir auch ganz kritisch fragen: Wer will denn die eine oder andere Regelung? – Ich will das nur mit einem Satz erwähnen: Wenn Sie dieses typische Gurkenthema nehmen, das bei keiner Wahlkampfrede fehlt, dann muss man immer dazu sagen, wer eigentlich die Regelung wollte. Waren das die Beamten in Brüssel, oder war das die deutsche Lebensmittelwirtschaft selbst, die diese Regelung haben wollte?

(Beifall bei der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Dazu gehört dann auch, dass wir uns als Teil des Ganzen verstehen. Die Summe aller Teile ergibt das Ganze. Wir sind ein Teil Europas, und wir sind diejenigen, die sich nicht auf die Seite der kritischen Beobachter stellen dürfen, die nur kritisieren, sondern als Teil des Ganzen sind wir diejenigen, die mitgestalten können und sollen. Das ist unser Auftrag.

Dazu gehört, dass wir das in Europa regeln, was in Europa zu regeln ist, und das vor Ort regeln, was wir besser können. Das ist das Subsidiaritätsprinzip, für das wir stehen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte auf ein paar Dinge eingehen, die unser tägliches Leben in Hessen beeinflussen. Sie wissen es alle miteinander – die Zahlen verwenden Sie selbst –: 80 % der in Hessen anzuwendenden Gesetze sind inzwischen vom EU-Recht beeinflusst oder beruhen auf entsprechenden Vorgaben. Das heißt, dass sie in Deutschland umgesetzt werden. Wenn wir sehen, welche europäischen Regelungen auf uns Auswirkungen haben, dann sieht man, dass das die unterschiedlichsten Felder betrifft. Man kann das Beispiel Umweltschutz nennen. Man kann den Bereich Trinkwasserqualität und Verbraucherschutz nennen. Was ich für wichtig halte, ist, dass wir immer wieder den Menschen sagen, wo Europa sie unmittelbar betrifft. Das eine ist für sie häufig theoretisch und bleibt ein Stück weit unbemerkt bei bestimmten Regelungen.

Wenn ich junge Menschen bei Veranstaltungen treffe, fragen sie, für was Europa gut ist. Dann können und müssen wir über die großen Dinge Frieden und Freiheit sprechen, aber wir können auch ganz unmittelbar sagen, dass es Regelungen in Europa gibt, die richtig gut gemacht wurden. Das ist das unmittelbare Erleben, wo jemand sagen kann: „Europa ist gut für mich.“ Da sind das manchmal auch die kleinen Dinge, wie z. B. der Stopp überhöhter Telefon- und Roaminggebühren, die jeden Einzelnen betreffen, oder auch die Stärkung der Fluggastrechte. Man muss nicht über Gurken reden, wenn man gut über Europa reden möchte.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Das ist es, was wir brauchen. Wir müssen den Menschen Beispiele für das positiv erlebte Europa zeigen. Ich möchte hier anhand von drei Bereichen darlegen, was Europa für uns bedeutet, und zwar in den Bereichen Wirtschaft, Soziales und Forschung und Bildung.

Lassen Sie mich als Erstes auf den Bereich Wirtschaft eingehen. Vielen Menschen ist überhaupt nicht bekannt oder bewusst, dass der Europäische Binnenmarkt der bei Weitem wichtigste Absatzmarkt für unsere exportstarken hessischen Unternehmen ist. Immerhin 66 % der hessischen Exporte gingen 2013 in europäische Staaten, und rund 64 % der Importe kamen von dort. Das ist eine positive Entwicklung. Dennoch müssen wir wissen, dass 90 % des weltweiten Wirtschaftswachstums außerhalb Europas geschehen. Das bedeutet, Europa allein hat einen Markt, der nicht groß genug ist. Das bedeutet wiederum, dass wir selbstverständlich Freihandelsabkommen der EU brauchen. Wir haben schon viele, und wir werden weitere brauchen.

Insofern sage ich ganz klar – und das ist auch die Position der Hessischen Landesregierung –: Solche Freihandelsabkommen, wie sie im Moment verhandelt werden, wie z. B.

TTIP mit den USA, müssen unter dem Gesichtspunkt der Chancen diskutiert und nicht als Bedrohung aufgefasst werden.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Auch hier ist klar: Wir setzen uns dafür ein, dass diese Abkommen sowohl für unsere Unternehmen als auch für die Verbraucher eine Chance sind. Wir wollen die Beibehaltung von bewährten Standards. Wir wollen Sicherheit und Transparenz in der Verhandlung. Wir wollen selbstverständlich keine Verschlechterung europäischer Standards. Das gilt für alle, mit denen wir verhandeln. Das gilt für TTIP mit den USA, das gilt für Verhandlungen mit China, Japan oder auch für das gerade vor dem Abschluss stehende Freihandelsabkommen mit Kanada. Das ist es, was die Hessische Landesregierung macht und was auch ich bei meinem letzten Besuch in Brüssel getan habe: darauf hinzuweisen, wo die Notwendigkeiten für uns liegen und warum wir in bestimmten Bereichen unter Umständen auch Kritik anbringen, z. B. bezüglich der Transparenz von Verhandlungen.

Lassen Sie mich weitere Beispiele aus dem Bereich der Wirtschaft nennen. Dazu gehört selbstverständlich der Euro. Das ist ein Euro, der häufig kritisch diskutiert wird und der von interessierten Kreisen eher als Bedrohung verstanden wird. Aber es ist auch ein Euro, der für uns immer eine Chance gewesen ist. Es ist ein Euro, der für uns bedeutet, dass die Wechselkursrisiken weggefallen sind und dass der allgemeine Reiseverkehr erleichtert wurde. Er hat eine positive Auswirkung auf den Handel der Eurozone. Er führte zu Preistransparenz und Wettbewerb innerhalb des Binnenmarktes. Es ist also ein Euro, der unmittelbar von Vorteil für unsere Bürgerinnen und Bürger ist – hier bei uns in besonderem Maße.

Deshalb brauchen wir die klare Aussage hierzu und dürfen auch sehen, dass der Euro in einer besonderen Art und Weise eine Bedeutung für uns in Hessen hat, und zwar für unseren Finanzplatz Frankfurt, für unsere Finanzhauptstadt Frankfurt. Deshalb wird sich die Landesregierung auch weiterhin engagiert für den europäischen Finanzplatz Frankfurt einsetzen. Wir werden weiterhin Entscheidungen, die auf Bundesebene getroffen werden könnten oder sollten, kritisch daraufhin prüfen, dass sie keinen Nachteil für Hessen ergeben, wie z. B. die Einführung einer Transaktionssteuer.

(Beifall bei der CDU und der FDP)

Wenn wir über den Euro reden, dann müssen wir auch über das reden, was sich bei uns angesiedelt hat und von besonderer Bedeutung ist: die Europäische Zentralbank und die Europäische Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen in Frankfurt. Zu Recht können wir das sagen, was gestern auch Herr Kommissar Oettinger bei seinem Besuch in Hessen sagte: Frankfurt ist nach Brüssel, Straßburg und Luxemburg die vierte Hauptstadt der EU. Darauf dürfen wir stolz sein.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Mathias Wagner (Taunus) und Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Allein die neue Bankenaufsicht in Frankfurt bedeutet, dass dort 2.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Aber dort werden nicht nur 2.000 neue Arbeitsplätze geschaffen, sondern wir haben ein Finanzzentrum, das für Investoren

höchst attraktiv ist. Es hat einen internationalen Charakter, und damit sind viele andere Auswirkungen verbunden, die die Region Rhein-Main attraktiv machen. Dazu gehören z. B. internationale Schulen. Das heißt: Was in Frankfurt passiert, ist etwas, was uns in ganz Hessen und nicht nur in Hessen, sondern in ganz Deutschland hilft.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir über Frankfurt reden, dann kommen wir selbstverständlich auch zum Flughafen. Er ist der wichtigste Wirtschaftsfaktor Hessens und die Nummer eins der deutschen Flughäfen. Er ist das größte kontinentaleuropäische Logistikdrehkreuz für Waren und das zweitgrößte Drehkreuz für Passagiere. An dieser Stelle muss ich auch für die Landesregierung sagen: Wir wissen um die Wirtschaftskraft dieses Flughafens, und wir wissen, dass wir die Wettbewerbsfähigkeit dieses Flughafens erhalten müssen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Marius Weiß (SPD))

Wir wissen aber auch, dass mit einem solchen Flughafen Belastungen verbunden sind. Insofern ist für uns vollkommen klar: Für den Schutz der Anwohner ist es wichtig, dass auch künftig die Zuständigkeit für Entscheidungen über Lärmschutzmaßnahmen an Flughäfen auf der nationalen und lokalen Ebene bleibt. Gegen das von der Kommission geplante Vetorecht, das womöglich das Nachtflugverbot am Frankfurter Flughafen gefährdet hätte, hat sich die Hessische Landesregierung von Anfang an und mit Erfolg in Brüssel und Berlin ausgesprochen. Das ist glücklicherweise endgültig vom Tisch.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Daniel May und Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn es um die Wettbewerbsfähigkeit des Flughafens geht, darf ich auch das Stichwort Bodenverkehrsdienstleistungen nennen. Wir haben uns immer gegen eine Aufspaltung der Bodenverkehrsdienstleistungen ausgesprochen; denn wir wollen, dass am Frankfurter Flughafen für die Wettbewerbsfähigkeit Qualität und Sicherheit garantiert sind. Wir kennen die Erfahrungen von anderen Flughäfen in anderen europäischen Mitgliedstaaten, in denen die Bodenverkehrsdienste aufgespalten wurden. Das ging zulasten von Qualität, von Sicherheit und vor allen Dingen auch von Löhnen. Deshalb werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass die Bodenverkehrsdienste nicht aufgespalten werden, dass dort Sicherheit und Qualität garantiert bleiben und die Mitarbeiter dort ordentlich bezahlt werden: Wettbewerb nicht um jeden Preis.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abg. Nancy Faeser (SPD) und Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich habe eben einige Beispiele genannt, die Frankfurt betreffen. Bewusst möchte ich aber auch den ländlichen Raum anführen. Europa für den ländlichen Raum heißt, dass wir in Hessen in einem hohen Maße von dem profitieren, was in den ländlichen Raum hineinfließt. Ich nenne hier den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung, der sogenannte EFRE. In der Förderperiode 2014 bis 2020 werden daraus immerhin 240,7 Millionen € nach Hessen fließen. Ich sage das ganz bewusst: Für mich ist hier nicht unbedingt die Zahl maßgebend, sondern das, was dort an Entwicklung passiert, an Strukturförderung, an Regionalentwicklung. Dafür fließen zusätzliche Mittel von dem

Geld zurück, das an Europa geht. Das ist ein wesentlicher Erfolg. Daran, dass so viel Geld nach Hessen fließt, sind viele beteiligt, die an unterschiedlichsten Stellen in Brüssel für Hessen auftreten.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Sigrid Erfurth und Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn wir uns ansehen, was die hessische Landwirtschaft aus dem Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raumes erhält, dem ELER: Das sind insgesamt 318,9 Millionen € für die Entwicklung des ländlichen Raums. Wenn wir uns die landwirtschaftlichen Direktzahlungen ansehen, dann sind in der zukünftigen Förderperiode immerhin ca. 1,3 Milliarden € zu erwarten. Das ist gut für die Region. Das ist gut für die Landwirte. Das ist gut für die Entwicklung der Betriebe. Ich darf ganz selbstbewusst sagen: Die Hessische Landesregierung hat intensiv daran gearbeitet, dass diese Mittel nach Hessen fließen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich auf den nächsten Bereich eingehen: Sozialpolitik. Bei der Sozialpolitik brauchen Sie sich nur den Zeitraum von 2014 bis 2020 anzuschauen. Da werden aus dem Europäischen Sozialfonds 172 Millionen € nach Hessen fließen. Der Europäische Sozialfonds ist eine direkte Unterstützung für die Menschen in unserem Land. Er hilft beispielsweise Jugendlichen bei der Erlangung eines Schulabschlusses. Er hilft Jugendlichen, die keinen betrieblichen Ausbildungsplatz erhalten haben. Durch diese Mittel können sie eine überbetriebliche Ausbildung erhalten. Das heißt: Der Europäische Sozialfonds ist wertvoll für uns, für die Weiterqualifizierung Arbeitsloser und Berufstätiger. Viele hessische Förderprojekte zugunsten von Arbeit, Aus- und Weiterbildung werden durch europäische Mittel gefördert. Auch darüber müssen wir reden.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn ich den Bereich des Sozialen nenne, dann fällt immer das Stichwort Arbeitsmigration. Dazu sage ich ganz deutlich: Die Arbeitnehmerfreizügigkeit gehört neben dem freien Warenverkehr, der Dienstleistungsfreiheit sowie dem freien Kapital- und Zahlungsverkehr zu den vier Grundfreiheiten des Europäischen Binnenmarktes. Freizügigkeit ist ein zentrales, fundamentales Gut, das ein wirkliches Zusammenleben im vereinten Europa erst möglich macht.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP sowie der Abg. Nancy Faeser und Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Von dieser Freizügigkeit profitieren viele: Unternehmen, die hessische Wirtschaft und der Dienstleistungssektor. Wenn Sie sich ansehen, wer bei uns in den Berufszweigen Ärzte, Kranken- und Altenpfleger, saisonale Erntehelfer, Ingenieure und viele andere arbeitet, dann kann man sagen: Diejenigen, die zum Arbeiten zu uns kommen, bereichern unsere Gesellschaft und unser Leben.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn Sie sich die größte Gruppe der ausländischen Ärzte anschauen, sehen Sie – und das sage ich ganz bewusst –: Die meisten ausländischen Ärzte in Deutschland kommen aus Rumänien. Das sage ich an dieser Stelle, weil zum Teil gezielt Ressentiments gegen Menschen aus Rumänien geschürt werden.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte auf ein gutes Beispiel eingehen, wie wir seitens der Hessischen Landesregierung die Arbeitnehmerfreizügigkeit umsetzen. Noch im Jahr 2012 wurde eine Vereinbarung der Landesregierung zum Fachkräfteaustausch mit der Autonomen Region Madrid abgeschlossen, damals unter Sozialminister Grüttner und Wirtschaftsminister Rentsch. Ich will das an dieser Stelle ganz bewusst in wenigen Worten sagen: 45 junge Menschen erhalten die Möglichkeit, hier in Deutschland eine Ausbildung zu absolvieren. 45 junge Menschen sind zu uns gekommen, um eine duale Ausbildung zu durchlaufen. Die duale Ausbildung erfreut sich besonderer Wertschätzung in Spanien, aber auch in Frankreich. Diese Länder schauen, wie sie die duale Ausbildung bei sich implementieren können. Dabei unterstützen wir sie.

Am Rande auch das: Die duale Ausbildung ist wichtig, ebenso der Erhalt des Meisterbriefs.

(Beifall der Abg. Judith Lannert (CDU))

Deswegen haben wir uns gerade vor Kurzem auch in Brüssel wieder dafür eingesetzt, nicht nur mit Veranstaltungen, sondern auch mit politischen Initiativen. Wir sagen: Europa heißt, dass das Gute, das wir haben, erhalten bleiben soll. Dafür wollen wir Werbung machen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Deshalb freut es mich auch, dass wir die Kooperation mit Madrid haben. Um nochmals kurz darauf einzugehen: Vor zwei Wochen war ich dort – dieses Projekt gibt es jetzt seit einem Jahr –, und ich habe zwei Dinge festgestellt: Zum einen sind die Eltern stolz und froh, dass ihre Kinder eine Chance erhalten. Zum anderen sind auch die jungen Auszubildenden froh, die seit einem Jahr bei uns sind. Nach einem Jahr kann man sagen: Diese jungen Menschen sind hoch motiviert. Manche sind die Besten in der Berufsschule. Es sind junge Leute, die eine neue Fremdsprache lernen. Für diese jungen Menschen ist das also ausgesprochen gut. Aber nicht nur für die jungen Menschen ist das gut, sondern auch für die Betriebe. Nach einem Jahr können wir zu diesem Projekt sagen: Es funktioniert hervorragend. Das bedeutet Freizügigkeit in Europa an einem gelebten Beispiel.

Sehr geehrte Damen und Herren, damit verbunden war, dass Arbeitsplätze im Pflegebereich zur Verfügung gestellt werden. Auch das hat sich sehr bewährt. Aber nicht nur das: Wenn ich mir die anderen Dinge ansehe, die wir als Hessen mit unseren Partnerregionen machen, dann sehe ich z. B. ein Austauschprogramm mit der Partnerregion Aquitaine in der Luftfahrttechnik. Dort werden 15 Jugendliche, Deutsche und Franzosen, vorbereitet, erwerben Sprachkenntnisse in Sprachkursen, absolvieren mehrwöchige Praktika. Unsere gehen nach Frankreich, und die Franzosen kommen zu uns.

Wenn wir über Freizügigkeit reden, über Europa, dann muss man den Menschen sagen: Das ist gelebtes Europa. Was junge Menschen dabei erfahren – seien es jene, die aus Madrid kommen, seien es jene, die aus der Aquitaine kommen, seien es unsere jungen Menschen, die woandershin gehen –: Das ist die Zukunft für uns, junge Menschen, die Europa am direkten Beispiel erleben.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein kurzer Satz allerdings auch zu dem, was viel diskutiert wird: Zuzug von Menschen, die bei uns keine ernsthaften Chancen und keinen Erfolg auf dem Arbeitsmarkt haben und deshalb auf Sozialleistungen angewiesen sind. Für uns ist besonders wichtig, dass die Menschen innerhalb Europas Chancen haben, auch in ihren Heimatländern Chancen haben sollen. Deshalb ist für uns bei allen Aktivitäten besonders wichtig, uns dafür einzusetzen, dass auch in den Mitgliedstaaten, wo die Menschen noch nicht so viele Chancen haben, die Lebenssituation der Menschen nachhaltig verbessert wird. Deshalb ist es unbedingt erforderlich, dass in den Staaten, in denen noch Nachholbedarf besteht, die entsprechenden Mittel der Europäischen Struktur- und Investitionsfonds abgerufen und zielgerichtet und effektiv eingesetzt werden. Auch das bedeutet Europa.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte auf den dritten Bereich eingehen, die Forschungs- und Bildungspolitik. Im Bereich Forschung und Bildung haben wir zwei Programme, die ich hervorheben will. Ein Stichwort ist Horizont 2020, das zweite ERASMUS plus. Das sind zwei neue Programme, die unmittelbar auf Hessen wirken.

Für die Forschung und Innovation stehen mit dem neuen Programm Horizont 2020 europaweit 77 Milliarden € für die Jahre 2014 bis 2020 zur Verfügung. Das ist immerhin das weltweit größte Forschungsförderprogramm, und das findet in Europa statt. Dieses Förderprogramm bündelt alle forschungs- und innovationsrelevanten EU-Förderprogramme, von der Grundlagenforschung bis zur Vorbereitung marktfähiger Produkte und Dienstleistungen. Gerade dieses Programm wird auch die Forschung am Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Hessen wesentlich voranbringen.

Ich möchte dazu eine Zahl aus dem Vorläuferprogramm, dem 7. Forschungsrahmenprogramm der EU, nennen. Da sind von 2007 bis 2013 immerhin 351 Millionen € an hessische Universitäten, Forschungszentren und Unternehmen geflossen. Davon gingen über 230 Millionen € an die hessischen Hochschulen. Das bedeutet europäisches Geld für Bildung und Forschung bei uns in Hessen – ein großer Erfolg.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, in den nächsten sieben Jahren wird das neue ERASMUS-plus-Programm bis 2020 14,8 Milliarden € erhalten. Darin werden die bisherigen EU-Programme für lebenslanges Lernen, Jugend und Sport sowie die europäischen Kooperationsprogramme im Hochschulbereich zusammengefasst. Wenn ich gerade dieses ERASMUS-plus-Programm nenne, dann deshalb, weil das Geld, das dort ausgegeben wird, in junge Menschen investiert wird. Was junge Menschen lernen, an Bildung mitnehmen, ist der wichtige Rohstoff für uns. Junge Menschen mit einer guten Bildung sind der Garant für ein erfolgreiches Europa.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Ich möchte auch da kurz aus der persönlichen Erfahrung berichten. Staatssekretär Weinmeister und ich haben eine

Begegnungsreihe durchgeführt, und wir haben Menschen mit einer europäischen Vita besucht. Da bin ich einem jungen Studenten begegnet, der aus Budapest kommt, der in Darmstadt Gestaltung studiert. Er ist ein ERASMUS-Stipendiat. Jetzt ist für mich gar nicht unbedingt nur wichtig, was er an Geld bekommt, z. B. dass er die Möglichkeit hat, eine Wohnung zu bekommen, die er sonst nicht bekommen hätte, einen Sprachkurs machen kann und andere Unterstützung hat. Für mich war wichtig: Was passiert mit diesem Menschen? Ich habe ihn gefragt: Was bedeutet für Sie Europa? – Da hat er mir gesagt: Durch das Studium in Darmstadt bin ich an einen Ort gekommen, wo ich Menschen aus unterschiedlichen Nationen begegnet bin, wie es mir in Budapest nie geschehen wäre. Ich habe in Darmstadt eine Universität erlebt, die auf die Studenten eingeht. Ich bin es eher gewohnt, dass sich die Studenten nach der Universität richten müssen. – Er sagte, diese internationale Begegnung und das, was er dort erlebt hat, bedeutet für ihn Europa. Er weiß jetzt, was Europa ist, und das ist wichtig. Das ist ein Erfolg.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Menschen können natürlich nur dann bei uns arbeiten, wenn sie möglichst wenige Probleme haben, dass ihre Schul- und Berufsabschlüsse anerkannt werden. Da ist in der Tat noch ein Stück Handlungsbedarf. Deshalb setzt sich die Landesregierung auch weiterhin dafür ein, dass Menschen mit ausländischen Abschlüssen eine entsprechende Beratung bekommen und dass die Abschlüsse auch anerkannt werden. Ich möchte auf ein Beispiel hinweisen. In Frankfurt gibt es den Verein *beramí*, der die berufliche Integration von Migrantinnen und Migranten in besonderem Maße als Aufgabe hat. Wir arbeiten eng zusammen mit Vereinen, mit Anerkennungsstellen und Kammern, damit Menschen eine Chance haben, ihre Berufsabschlüsse anerkannt zu bekommen, und bei uns auch arbeiten können.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn ich es gerade anspreche: Ja, ein großer Teil unserer jungen Leute lebt Europa schon lange im täglichen Leben. Wir wollen wiederum, dass junge Leute Europa ganz direkt mitgestalten. Deshalb müssen wir die Voraussetzungen dafür schaffen, dass sich junge Leute zu Wort melden. Im Koalitionsvertrag haben wir uns als CDU/GRÜNE-Landesregierung zum Ziel gesetzt, Jugendliche für Europa zu begeistern. Da gibt es viele gute Beispiele: Da gibt es die jugendlichen „Europabotschafter“. Da gibt es die Schulbesuche der Kabinettsmitglieder oder auch von Landtagsabgeordneten am jährlichen Europatag. Da gibt es die Förderung der Landesregierung von regelmäßigen Schul- und Kulturaustauschen in unsere Partnerregionen sowie Einrichtungen wie das Europäische Jugendparlament.

Ich bin der festen Überzeugung, dass all das, was wir für junge Leute tun, so angelegt sein muss, dass wir alle Bevölkerungsschichten erreichen. Bei jungen Leuten darf nicht der Eindruck entstehen, dass Europa elitär für eine besondere Gruppe wäre, sondern dass Europa alle umfasst und uns alle angeht.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich einen Ausblick auf das geben, was vor uns liegt: Was wollen wir

in Europa? Wo wollen wir in Europa hin, und was können wir in Europa für uns in Hessen ganz konkret bewirken?

Wir vertreten in Europa hessische Interessen und werden diese im Zusammenwirken mit der Bundesregierung, unseren Partnern und Freunden im Europäischen Parlament und in der Europäischen Kommission, im Deutschen Bundestag, im Bundesrat und mit anderen deutschen Landesregierungen sowie mit europäischen Regionen einbringen. Hier gilt es, Netzwerke, die wir haben, zu pflegen und zu vertiefen. Zu diesen Netzwerken gehört die Ebene, die ich eben angesprochen habe. Dazu gehört aber auch, dass wir das Ehrenamt derer wertschätzen, die in diesen Bereichen tätig sind. Dazu gehören z. B. das Europakomitee Hessen, der Europadialog Hessen. Das sind Menschen, die in den unterschiedlichsten Bereichen für Europa kommunizieren und sich für die hessischen Interessen einsetzen. Deshalb herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Sehr geehrte Damen und Herren, die Leitlinie für unser europapolitisches Handeln ist der schwarz-grüne Koalitionsvertrag. Der ist zu Recht europapolitisch ambitioniert. Lassen Sie mich exemplarisch nur einige Dinge nennen, die wir uns vorgenommen haben:

Ja, wir wollen das europäische Fördersystem transparenter machen. Wir wollen das bestehende EU-Beratungszentrum weiter ausbauen, um zu gewährleisten, dass auch Vereine und kleinere Unternehmen schneller und besser mit EU-Förderanträgen zurechtkommen.

Ja, wir setzen auch in der Umweltpolitik Akzente: für den europäischen Emissionshandel, für einen guten Klimaschutz, für eine Europäische Wasserrahmenrichtlinie, die bedeutet, dass die Qualität der Gewässer in Hessen stetig verbessert wird. Wir setzen uns für die Interessen der hessischen Landwirtinnen und Landwirte ein, wie ich es gerade bei der Agrarförderung angesprochen habe.

Ja, wir sind, wie im Koalitionsvertrag vereinbart, dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beigetreten. Wir setzen uns auch dafür ein, dass hessische Marken ausreichend geschützt werden; das ist unsere ursprüngliche Aufgabe in Brüssel.

Sehr geehrte Damen und Herren, wenn ich eben die Initiativen anspreche, die wir in Zusammenarbeit mit den Regionen machen: Wir setzen uns z. B. mit der Landesregierung Rheinland-Pfalz dafür ein, dass wir etwas für den Lärmschutz im Mittelrheintal erreichen, dass wir die Situation der Menschen dort verbessern. Auch das ist wichtig, um zu zeigen: Europa bedeutet Zusammenarbeit über die Landesgrenzen hinaus mit anderen Ländern, mit anderen Regionen, in Brüssel.

Wenn ich anspreche, was wir an besonderen europäischen Einrichtungen haben: Ich habe Frankfurt angesprochen. Ich kann auch Darmstadt ansprechen – nicht nur wegen des Fußballs, aber auch wegen des Fußballs –: unser Raumfahrtstandort Darmstadt mit ESA, ESOC und EUMETSAT. Wir können zu Recht sagen – der Begriff wird immer wieder mal genommen –: Darmstadt, das hessische Houston. Darmstadt ist ein besonderer Standort, auf den wir stolz sein können und der unsere besondere Unterstützung hat.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Um die hessischen Interessen in Europa zu vertreten, bedarf es einer hohen Europakompetenz innerhalb der Landesregierung und der Landesverwaltung. Ich glaube, dass wir in den vergangenen Jahren hier sehr gut vorangekommen sind. Das hat mit Sicherheit auch mit den Verdiensten meiner Vorgänger im Amt zu tun, mit Jochen Riebel, Volker Hoff und Jörg-Uwe Hahn.

(Beifall bei der CDU)

Europapolitik ist – ich denke, das sehen wir alle so – eine Querschnittsaufgabe der Landesregierung. Sie muss effektiv koordiniert werden. Mit der europapolitischen Strategie als Leitschnur des europapolitischen Handelns der Landesregierung und unserer Europakoordinierung sind wir hier auf einem sehr guten Weg.

Wir haben hervorragende Einrichtungen für das Politikfeld Europa, z. B. unsere Landesvertretung in Brüssel. Die Landesvertretung ist unser Seismograf für das, was in Brüssel passiert. Sie ist gleichzeitig ein Türöffner zu den europäischen Institutionen und eine Serviceeinrichtung für die Hessinnen und Hessen. Wenn man sich die Entwicklung ansieht, die das „Mehr-Regionen-Haus“ genommen hat, dann erkennt man, welche Verwurzelung es in Brüssel hat, welche hohe Akzeptanz es genießt.

Es freut mich in besonderem Maße, dass EU-Kommissar Oettinger jüngst sagte: „Die Hessen machen in Brüssel eine herausragende Arbeit.“ Das hat mit der starken politischen Präsenz des Ministerpräsidenten, der Minister, des Kabinetts und auch hessischer Abgeordneter zu tun, und es hat mit der hervorragenden Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Brüssel zu tun. Diese kontinuierliche und dauerhafte Arbeit ist wichtig. Damit haben wir in Brüssel Erfolg.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, selbstverständlich haben wir auch in Berlin Möglichkeiten, unsere Positionen zu kommunizieren. Der Herr Ministerpräsident wird ab November 2014 die Bundesratspräsidentschaft innehaben. Das wird ihm besondere Möglichkeiten geben, europapolitische Akzente für Hessen zu setzen und die Bedeutung der Bundesländer innerhalb Europas zu unterstreichen. Gleiches gilt für den hessischen Vorsitz in der Europaministerkonferenz ab Sommer nächsten Jahres.

Sehr geehrte Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss kommen. Ich habe bewusst die positiven Elemente genannt, die uns mit Europa verbinden. Ich habe das fünf Tage vor der Europawahl deshalb getan, weil ich glaube, dass wir immer wieder zeigen müssen, was Europa für uns bedeutet, was Europa für uns leistet, dass Europa nicht „irgendwo“ ist.

Hessen ist ein starkes Land in Europa. Wir stehen in einer engen und freundschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Regionen. Wir arbeiten mit unseren Partnerregionen Aquitaine, Emilia-Romagna, Wielkopolska und Bursa zusammen. Wir vertreten gemeinsam die Interessen unserer Regionen. Wir vertreten aber nicht nur die Interessen unserer Regionen, sondern wir leben auch von der Vernetzung und vom Austausch der Regionen sowie von der Vertiefung der europäischen Integration.

Ich hoffe mit Ihnen, dass wir am kommenden Sonntag eine hohe Wahlbeteiligung haben werden, dass von den 4,7 Millionen hessischen Wahlberechtigten möglichst viele zur

Wahl gehen, dass wir eine bessere Wahlbeteiligung haben werden als bei der Europawahl 2009, bei der die Wahlbeteiligung bei 37,9 % lag. Dazu können wir alle unseren Beitrag leisten.

Wir müssen den Menschen sagen, dass wir in Europa erfolgreich sind. Hessen liegt im Herzen Europas, und Hessen braucht Europa. Deshalb müssen wir immer wieder sagen: Wir brauchen europapolitische Kompetenz. Wir benötigen dazu den Verstand, aber auch das Herz. Europa kann man nicht nur mit dem Verstand betreiben, sondern man muss es auch leben, man muss es auch lieben. Wenn wir nicht begeistert über Europa reden, können wir andere Menschen nicht begeistern.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Lothar Quanz (SPD))

Deshalb wird die Landesregierung weiterhin für die Sicherung gemeinsamer Werte, für wirtschaftlichen Erfolg und für dauerhaften Frieden arbeiten, weil das keine Selbstverständlichkeiten sind. Wir werden weiterhin daran arbeiten, dass die Menschen eine gewisse Empathie für Europa empfinden; denn Europa ist nicht irgendwas, Europa ist auch nicht irgendwo. Europa ist hier, und Europa sind wir.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Präsident Norbert Kartmann:

Vielen Dank für die Abgabe der Regierungserklärung. – Erste Mitteilung: Den Oppositionsfraktionen wachsen drei Minuten Redezeit zu. Es sind also insgesamt 33 Minuten.

Zweitens. Ich begrüße auf der Tribüne das schon erwähnte Europakomitee Hessen mit Herrn Dr. Friedrich Bohl an der Spitze.

(Beifall)

Damit habe ich gleichzeitig einen ehemaligen Kollegen dieses Hause begrüßt und begrüße mit ihm Herrn von Hunnius, auch ehemaliger Kollege dieses Hauses. Herzlich willkommen.

(Beifall)

Bevor wir mit der Aussprache beginnen, teile ich noch mit, dass **Tagesordnungspunkt 59, Tagesordnungspunkt 60 und Tagesordnungspunkt 61** mit aufgerufen sind:

**Dringlicher Antrag der Fraktion der FDP betreffend starkes Hessen in Europa – Freiheit und mehr Chancen für mehr Menschen – Drucks. 19/431 –**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend Aufruf zur Teilnahme an der Europawahl – ein starkes Hessen braucht ein starkes Europa – Drucks. 19/432 –**

**Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend einzigartiges Erfolgsprojekt „Europäische Einigung“ weiterentwickeln – Drucks. 19/433 –**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Vorsitzende der Fraktion der SPD, Herr Schäfer-Gümbel.

### Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will mich zunächst bei der Landesregierung herzlich für die Abgabe der Regierungserklärung bedanken, auch weil es uns die Möglichkeit gibt, fünf Tage vor der Wahl zum Europäischen Parlament über europäische Detail- und Grundsatzfragen zu reden.

Ich möchte an den Anfang meiner Ausführungen ausdrücklich die Aussage stellen, dass viele Ihrer technischen Details – ich meine das gar nicht despektierlich – der Aufstellung der Landespolitik in den letzten Jahren von allen Fraktionen des Hessischen Landtags ausdrücklich geteilt und unterstützt wurden, weil wir ein gemeinsames Interesse an einem starken Auftritt in Brüssel haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb werde ich mich in meinen Ausführungen nicht bei diesen Punkten aufhalten. Ich tue das auch deshalb nicht, weil ich in Sorge um die europäische Integration und um die Debatten bin, die wir in diesen Tagen führen. Ich möchte deshalb meine Bemerkungen ausdrücklich anders beginnen.

Am 3. Januar 2014 wurden in Phnom Penh, der kambodschanischen Hauptstadt, drei Textilarbeiter bei Streiks von der Militärpolizei erschossen – drei Textilarbeiter, die mit Zehntausenden anderer Arbeiter dafür streikten, dass der dortige Mindestlohn in der Textilbranche von 57 € im Monat auf 116 € im Monat steigt. Kambodschanische Textilarbeiter arbeiten im Durchschnitt für 30 Cent die Stunde. Die Erhöhung des Mindestlohns auf 116 € hätte dazu geführt, dass in den Einkaufszeilen von Wiesbaden – ob bei Billiganbietern oder Luxusanbietern, ob bei Turnschuhherstellern oder anderen Produzenten – der Preis der Waren um 5 bis 10 Cent pro Stück steigen würde.

Etwa 1.800 km von hier liegt die griechische Hauptstadt Athen. Dort sind derzeit etwa 60 % der unter 25-jährigen Menschen ohne Arbeit und Ausbildung. Ein großer Teil der Bevölkerung ist angesichts der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise und ihrer Auswirkungen in einer schwierigen sozialen und Beschäftigungssituation. Nach einer aktuellen englischen Untersuchung ist es in der Folge zu massiven Verwerfungen im Gesundheits- und Sozialsystem in Griechenland gekommen. Die britischen Autoren kommen in einer Studie aus diesem Frühjahr zu dem Ergebnis, dass die Kindersterblichkeit in griechischen Krankenhäusern zwischen 2008 und 2010 um 43 % gestiegen ist.

Derzeit jagen griechische Faschisten Flüchtlinge durch Athen.

Wenige Kilometer von hier gab es bis zum Herbst 2012 die Firma Teka, einigen Abgeordneten hier im Raum bekannt. 190 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die im Werk in Sechshelden Küchen hergestellt haben – teilweise seit 35 Jahren –, haben ihren Arbeitsplatz verloren, weil das Exportgeschäft dieser Firma aus dem Lahn-Dill-Kreis, das im Wesentlichen auf Märkte in Südeuropa konzentriert war, aufgrund der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise keine Absatzmöglichkeiten mehr hatte.

Wenige Kilometer von hier wird bei Opel produziert, und weitaus weiter entfernt, nämlich in Baunatal, werden Fahrzeugteile für VW hergestellt: Fahrzeuge, die ganz wesentlich in den europäischen Export gehen, Fahrzeuge, bei deren Verkauf es in den vergangenen Jahren aufgrund der

schwierigen sozialen und beschäftigungspolitischen Lage gerade auch in den Ländern Südeuropas erhebliche Probleme gab; denn Menschen, die nicht wissen, woher sie das Geld nehmen sollen, um sich zu ernähren, können keine Autos kaufen, völlig egal, ob sie aus Rumänien, aus Spanien oder aus Hessen kommen.

(Beifall bei der SPD)

Ich erzähle all dies, weil es mir zu Beginn dieser Aussprache fünf Tage vor der Europawahl wichtig ist, darauf hinzuweisen, dass das, was manche in diesen Tagen sagen, nämlich dass die Antwort auf die schwierigen Herausforderungen von Globalisierung, Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise die Renationalisierung ist, grundfalsch ist. Diejenigen, die diese Parolen rufen, vergreifen sich auch am Wohlstand in Hessen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Das Ziel ist deswegen mehr Europa, nicht weniger. Ich finde, es ist notwendig, dass dies in einer Regierungserklärung und in einer Aussprache fünf Tage vor der Wahl deutlich wird. Ich teile nämlich ausdrücklich die Einstellung von Frau Puttrich, dass wir zu wenig über das reden, was Europa an Positivem bringt, und stattdessen häufig Beispiele in die Debatte einbringen – ich bin sehr dankbar für die Erwähnung der krummen Gurke –, die aus nationalen Interessen auf die europäische Ebene eingespielt wurden, um damit europäische Fragen zu diskreditieren. Das genaue Gegenteil ist aber der Fall.

(Beifall bei der SPD)

Ich will am heutigen Tage ausdrücklich zwei weitere Beispiele einbringen, die die Notwendigkeit einer stärkeren europäischen Zusammenarbeit deutlich machen. Wir haben zu Beginn dieser Parlamentssitzung der 300 Kumpel gedacht, die bei dem unerträglichen Grubenunglück in Soma gestorben sind. Wo sind die europäischen – oder auch die deutschen – Initiativen zur Verbesserung der Qualität und des Arbeitsschutzes im Bergbau, übrigens nicht nur in der Türkei, sondern auch in vielen anderen Ländern? Unser Land – unsere Hochschulen und unsere praktische Erfahrung gerade in diesem Bereich – kann ein gutes Beispiel dafür geben, dass das Leben und die Arbeit solcher Menschen geschützt werden und dass sie nicht unter teilweise erbärmlichen Bedingungen ihr Dasein fristen und dafür sorgen müssen, dass sie ihre Familien ernähren können.

(Beifall bei der SPD – Vizepräsident Wolfgang Greilich übernimmt den Vorsitz.)

Ich will auf eine Situation hinweisen, die wir vor wenigen Wochen in Hessen hatten: In Frankfurt mussten rumänische Bauarbeiter als Arbeitnehmer einer Subarbeitsfirma lange auf ihren Lohn warten, weil das Geschäftsmodell, das dahinterstand, ziemlich windig war – um nicht zu sagen: kriminell – und es langer Gespräche bedurfte, bis auf Druck der Gewerkschaft IG BAU und vor allem der 50 rumänischen Bauarbeiter, die sich das nicht mehr gefallen ließen und mit Unterstützung der IG BAU dafür gekämpft haben, dass sie den ihnen zustehenden Lohn bekommen, eine Einigung erzielt wurde.

Dies ist ein weiteres Beispiel dafür, dass Europa nicht nur freien Kapitalverkehr braucht, sondern auch Tarifreuegesetze, die sanktionierbar, verfolgbar und kontrollierbar sind. Das sind Themen, die uns im Laufe dieser Parlamentswoche noch bewegen werden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Außerdem will ich zu Beginn dieser Aussprache in Anlehnung an Willy Brandt, den ehemaligen Bundeskanzler unseres Landes und Friedensnobelpreisträger, sagen: Frieden ist das Ziel. – So hat er das einmal formuliert. Frieden ist das Ziel. Mit Blick auf die Ereignisse in der Ukraine kann man sagen: Es ist richtig, dass alle Anstrengungen der Europäischen Union, insbesondere aber auch der Bundesrepublik Deutschland, auf der einen Seite darauf gerichtet sind, eine klare Haltung zu beweisen. Die völkerrechtswidrige Annexion der Krim ist zu verurteilen. Da gibt es eine klare Haltung zu formulieren.

(Allgemeiner Beifall)

Auf der anderen Seite muss klar sein, dass man den Säbelrasslern, von denen mir in diesen Tagen zu viele unterwegs sind, das Handwerk legt und die Bundesregierung und dort zuallererst Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier unterstützt, der in der Tradition von Egon Bahr und Willy Brandt auf einen konsequenten Dialog auch bei großen Unterschieden setzt. Wir müssen alles daransetzen, eine friedliche und zukunftsfähige Antwort auf die Ukraine-Krise zu bekommen. Diese wird am Ende nur im Dialog mit allen Beteiligten gegeben werden können, nicht nur im Dialog mit einigen.

(Beifall bei der SPD)

Ja, es ist richtig, in der Vergangenheit ist Europa oft genug auf das Binnenmarktprojekt reduziert worden. Es ist richtig: Der Binnenmarkt hat wesentlich zur Wohlstandssteigerung in Europa beigetragen, insbesondere, aber nicht nur in der Europäischen Union. Ja, es ist richtig, dass der Euro einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet hat. Wer wüsste das besser als die Menschen in einem solch exportstarken Land wie der Bundesrepublik Deutschland und also auch wie Hessen?

Das entlässt einen übrigens nicht aus der Verantwortung. Aber klar ist – das muss man fünf Tage vor der Europawahl auch sagen, in Abgrenzung zu manch populistischer Debatte, wie sie von unterschiedlichen Parteien in diesen Tagen geführt wird –, dass man formal darüber entscheiden kann, ob man das Ganze mit Euro macht oder ohne. Klar ist jedoch für mich und meine Partei: Wenn es den Euro nicht gäbe, würde das vor allem Wohlstandsverluste für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bedeuten. Deswegen wollen wir die Währungsunion: weil sie Garant für die Wohlstandsentwicklung in der Europäischen Union ist.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich finde, einige machen es sich zu leicht, indem sie auf – zugegeben – richtige und aktuelle Probleme hinweisen, dies aber dann dazu nutzen, das System des Europäischen Binnenmarktes, die europäische Integration oder auch die europäische Demokratie insgesamt infrage zu stellen. Das gilt für Rechtspopulisten wie für Linkspopulisten, die das in diesen Tagen versuchen.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Ich will etwas offen sagen. Frau Wagenknecht hat am 15. Februar 2014 gesagt, die EU sei eine Fassadendemokratie.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das hat Habermas gesagt, und zwar in der SPD-Bundestagsfraktion!)

Spätestens seit dem Vertrag von Maastricht werde die EU zu einer neoliberalen, militaristischen und weithin undemokratischen Macht. Letztlich: Die EU sei ein Hebel zur Zerstörung der Demokratie. – Ich will in aller Klarheit sagen, dass ich das für genauso dümmlich und falsch halte wie das, was von rechts formuliert wird.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Janine Wissler (DIE LINKE): Der Feind steht links!)

– Frau Wissler, zur AfD komme ich noch, keine Sorge. Dazu werde ich am Ende noch einige Bemerkungen machen. Aber auch in Ihre Richtung muss gesagt werden, wenn mithilfe von Brandreden gezündelt wird – was ich für grundfalsch halte –: Die Europäische Union ist ein Friedensprojekt und ein Demokratieprojekt. Unter anderem haben wir in Europa – zumindest in wesentlichen Teilen – seit 60 Jahren keinen Krieg mehr. Ich finde, das kann auch die Linkspartei akzeptieren.

(Beifall bei der SPD, der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP – Janine Wissler (DIE LINKE): Reden Sie mal lieber über Le Pen! Reden Sie über den Front National!)

– Ja, genau. – Ich sage es noch einmal: „Die EU ist ein Hebel zur Zerstörung der Demokratie“ – eine solche Position halte ich für völlig abenteuerlich, wie auch andere Positionen, zu denen ich im Verlauf dieser Debatte noch komme.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, dass Europa auch mehr politische Konturen braucht. Wir werden in Europa auch über die Unterschiede reden müssen, die wir bei den Überzeugungen für die Weiterentwicklung der Europäischen Union haben. Deswegen will ich über die Alternativen reden, so, wie sie sich für uns als Sozialdemokratische Partei darstellen.

Wir sind davon überzeugt, dass wir in Europa in der Tat eine neue Balance zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit brauchen. Das heißt für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten: Wir müssen einen Schritt hin zu einer echten Sozialunion machen – nicht nur zu einer fabulierten.

(Beifall bei der SPD)

Denn wir haben es in Europa nicht nur mit einer ökonomischen Krise zu tun, sondern auch mit einer handfesten sozialen Krise. Das habe ich mit meinen Anfangsbeispielen sehr deutlich zu unterstreichen versucht.

Übrigens gilt das nicht nur für die Krisenländer: In fast allen Mitgliedsländern der Europäischen Union ist in den vergangenen Jahren die Ungleichheit gewachsen. Eigentlich ist es paradox, dass angesichts des Erfolgs des Binnenmarktes, des Euros und der Währungsunion gleichzeitig neben dem gewachsenen Wohlstand auch die Ungleichheit in der Europäischen Union zugenommen hat.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

– Auf diesen Spruch habe ich auch noch gewartet.

(Heiterkeit)

Haben wir heute noch mehr im Angebot? Dazu komme ich noch.

(Michael Boddenberg (CDU): Tauschen Sie sich ruhig aus!)

– Zu Ihnen komme ich auch noch, Herr Boddenberg, keine Sorge.

Dieser Liberalisierungsmaschine wollen wir eine echte europäische Sozialpolitik entgegensetzen, die diesen Namen auch verdient. Mindeststandards in der Arbeitsmarktpolitik, bei der Alterssicherung oder bei den Gesundheitssystemen: Das ist es, was Europa braucht. Wir schlagen deshalb einen europäischen Pakt für Mindestlöhne vor. So würde es in allen Mitgliedsländern der Europäischen Union Lohnuntergrenzen geben, Lohndumping könnte endlich verhindert werden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Wir setzen den bundesdeutschen Teil gerade mit unseren Koalitionspartnern von CDU/CSU in der Bundesregierung um. Damit sorgen wir übrigens auch für eine höhere Binnennachfrage: mit der Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns – von dem manche nicht geglaubt haben, dass er in dieser Koalition möglich wäre –, mit der Begrenzung von Leih- und Zeitarbeit, mit den gezielten Investitionen in Infrastruktur, Bildung und Forschung. Beschäftigung und Löhne werden damit steigen. Private Haushalte haben wieder mehr in der Tasche als noch vor wenigen Jahren. – Das ist die Politik, die wir in der Bundesregierung umsetzen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Das hilft im Übrigen auch den europäischen Nachbarn, die uns wiederum ihre Produkte verkaufen wollen; Frau Puttrich hat in diesem Kontext auf die Bedeutung des Europäischen Binnenmarktes hingewiesen.

Dabei ist klar, dass es Deutschland nur dann dauerhaft gut gehen kann, wenn es unseren Nachbarn gut geht; denn 60 % unserer Exporte gehen ins europäische Ausland, zwei Drittel davon in die Eurozone. Deshalb ist es in unserem eigenen Interesse, ein europäisches Wachstumsprogramm aufzulegen, ein Investitions- und Aufbauprogramm, das die Strukturen modernisiert und die Wertschöpfung erhöht.

Der europäische Wachstumspakt in Höhe von 120 Milliarden €, von den Staats- und Regierungschefs beschlossen, muss endlich zügig in die Tat umgesetzt werden. Dies wird auch Firmen in Deutschland volle Auftragsbücher beschreiben. Unser Know-how, unsere Logistik, unsere Fahrzeugtechnik werden in Europa gebraucht. Wir müssen und wollen den wirtschaftlichen Fortschritt mit dem sozialen Fortschritt in Europa verbinden – das ist unser erklärtes Ziel, und deswegen streiten wir für eine hohe Wahlbeteiligung am 25. Mai.

(Beifall bei der SPD)

Ich will allerdings auch einige kritische Bemerkungen machen; denn für ein dauerhaft hohes Wohlstandsniveau brauchen wir krisenfeste und verantwortungsvolle Banken. Es kann nicht sein, dass Banken wieder zocken, munter ins virtuelle Kasino gehen und ihre Boni auffüllen und dabei nicht für ihre Risiken geradestehen. Teile der Finanzmärkte haben sich schon wieder von der Realwirtschaft abgekoppelt. Europa muss die treibende Kraft für eine Neuordnung der Finanzmärkte sein. Allen muss klar sein, dass sich globale Finanzmärkte nicht nur national und regional kontrollieren lassen, sondern die europäische Ebene brau-

chen, da es ansonsten nichts mit der Finanzmarktregulierung wird.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb sagen wir: Wir wollen die Bankentrennung. Wir wollen die gleichen strikten Regeln für die Schattenbanken. Wir wollen die Finanztransaktionssteuer, und wir wollen mit der Bankenunion beweisen, dass wir auf dem richtigen Kurs sind und Banken nicht nur an die Leine genommen werden können, sondern dann auch ihren Beitrag zur Realwirtschaft leisten können – wie es übrigens viele Banker auch wollen. Banken müssen in diesem Kontext aber auch für Banken haften, nicht aber der Steuerzahler.

(Beifall bei der SPD)

Wer von einer Sozialunion redet und die Banken härter kontrollieren will, kann bei Steuergerechtigkeit nicht schweigen. Immer noch nutzen europaweit Spitzenverdiener und Großunternehmen alle Tricks zur Steuerflucht und Steuervermeidung, hinzu kommt der kriminelle Steuerbetrug. Das muss man sich einmal vorstellen – wir haben die Zahlen ja schon vor dem 22. September 2013 veröffentlicht –: Über 1 Billion € gehen den Bürgerinnen und Bürgern jährlich europaweit verloren – Geld, das dringend für öffentliche Investitionen in Straßen, Schulen und Kitas gebraucht wird, für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit oder zum Schuldenabbau. Würden wir alle Steueroasen austrocknen, wären die finanziellen Probleme vieler Staaten auf einen Schlag gelöst.

(Beifall bei der SPD)

Auch hier schließt sich der Kreis, weil die Lösung dafür „Europa“ heißt. Wir haben klare Positionen dazu. Der Wettlauf zwischen den EU-Staaten um die niedrigsten Unternehmenssteuern muss aufhören. Die EU braucht einen gemeinsamen Mindeststeuersatz. Unternehmen müssen ihre Steuern dort zahlen, wo sie ihre Gewinne erwirtschaften. Ich will es deutlich sagen: Der Spitzenkandidat der konservativen Parteien in Europa und damit auch der CDU/CSU ist der Ministerpräsident, der genau diese Politik zum Geschäftsmodell seines Landes gemacht hat. Das muss in Europa aufhören.

(Beifall bei der SPD)

Steueroasen müssen trockengelegt werden. Wir wollen bis 2014 eine schwarze Liste aller Staaten, die als Steueroasen identifiziert wurden. Ich kann es mir vor diesem Hintergrund nicht verkneifen: Ich bin heilfroh, dass die sozialdemokratisch und grün geführten Landesregierungen im Bundesrat dafür gesorgt haben, dass dieses unsägliche Steuerabkommen mit der Schweiz nicht zustande gekommen ist und wir jetzt eine Chance auf Durchsetzung einer ernsthaften Regelung haben.

(Beifall bei der SPD)

In der EU sind rund 6 Millionen Jugendliche im Alter zwischen 15 und 24 Jahren arbeitslos. In Griechenland, Spanien und Kroatien ist es sogar jeder zweite oder mehr. Keiner von diesen jungen Menschen hat die Krise verursacht, ganz im Gegenteil. Oft genug sind sie gut ausgebildet und hoch motiviert, und doch sollen sie jetzt bitter für die Krise bezahlen. Ich kann gut verstehen, wenn viele von ihnen auf die Straße gehen, um gegen diese Ungerechtigkeit zu protestieren. Es kann nicht sein, dass wir Banken retten, aber unsere Jugend im Stich lassen. Deswegen sagen wir: Wir wollen den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit ins Zen-

trum unserer Arbeit stellen. Dafür ist es höchste Zeit, und darum geht es am 25. Mai.

(Beifall bei der SPD)

In fünf Tagen können wir alle gemeinsam Geschichte schreiben, wenn der erste Kommissionspräsident der Europäischen Union wirklich demokratisch legitimiert wird. Auch darum geht es unter anderem am 25. Mai. Wir brauchen mehr Europa – in der Währungspolitik, beim Klimaschutz, beim Verbraucherschutz, beim Datenschutz, bei der Energieversorgung, beim Handel und in vielen anderen Bereichen. Das habe ich an den Anfang meiner Ausführungen gestellt und will es an dieser Stelle wiederholen.

Was ich hier vortrage, ist keine Theoriedebatte. Hier geht es ganz konkret um die Frage, wie wir unser europäisches Gesellschaftsmodell verteidigen können, unser soziales, demokratisches und wertegeleitetes Gesellschaftsmodell, wie wir unseren Lebensstandard und eben auch unsere kulturelle Vielfalt im 21. Jahrhundert gemeinsam bewahren können. Für mich steht die Antwort fest: Entweder gewinnen wir als Europäische Union alle gemeinsam diesen Kampf, oder jeder Einzelstaat verliert für sich allein.

(Beifall bei der SPD)

Deswegen sage ich: Die Populisten, die das Hohelied der Renationalisierung singen, verspielen die soziale Zukunft der nächsten Generation. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, dürfen wir diesen Parolen auch nicht auf den Leim gehen: „Raus aus dem Euro“, „Grenzen wieder hoch“, „Migranten fliegen raus“ – das klingt einfach am Stammtisch, aber diese Parolen sind hochgefährlich. Sie kommen maskiert als Lösung daher, sind aber Nebelkerzen. Die sollen erst einmal erklären, wie man ihre Ideen praktisch umsetzt. Wie soll denn der Austritt aus dem Euro praktisch funktionieren, ohne eine völlige Zerstörung unserer Wirtschaft und den Verlust von Hunderttausenden Arbeitsplätzen nach sich zu ziehen? Würden diese populistischen Parolen Realität, würde dies Deutschland enorm schaden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Deutschland profitiert nämlich enorm von den offenen Grenzen im Binnenmarkt. Deutschland profitiert enorm durch den Euro. Wir wissen das, aber es ist auch nötig, dass wir das in der Auseinandersetzung mit den anderen deutlich sagen.

Marine Le Pen in Frankreich, Geert Wilders in den Niederlanden, die Extremisten der Goldenen Morgenröte in Griechenland – die sind alle wieder da und erzählen den Menschen: die Nation zuerst, keine Zuwanderung.

Wir sind im Jahr 2014. Ich will ein Europa, das im Jahr 2014 nicht die Fehler von 1914 wiederholt,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

sondern sich auf die Sache besinnt. Wir haben durch die Strukturen, die wir geschaffen haben, die Dämonen des 20. Jahrhunderts, den Hass, die Fremdenfeindlichkeit, den Rassismus, gebannt. Wir haben die Dämonen aber nicht abgeschafft. Deswegen sage ich: Wir müssen aufmerksam sein und die Auseinandersetzung überall da aufnehmen, wo sie auch teilweise subtil daherkommt. Ich will es klar sagen: Ich erwarte, dass die politische Auseinandersetzung

mit den Rechtspopulisten der AfD offensiver angenommen wird. Dass die hier ungestraft „Ja zur Integration, Nein zur doppelten Staatsbürgerschaft“ plakatieren können, ist ein Hinweis darauf, dass wir in diesem Land etwas zu richten haben. Das ist vor allem ein Punkt, der auch an Ihre Reihen geht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

Ich will das weniger engagiert sagen: Ich bin froh, dass es in Ihren Reihen inzwischen offensichtlich eine Debatte gibt, wie man die politische Auseinandersetzung mit der AfD führt, dass es falsch ist, sich der Auseinandersetzung mit der AfD nicht zu stellen und sie durchlaufen zu lassen. Denn das wird nicht gelingen. Populisten muss man stellen, zu jedem Zeitpunkt und bei jedem Thema. Das erwarte ich auch von Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich will zum Schluss kommen. Die Menschen sind, wie sie sind. Zerschlagen wir diese Strukturen, dann sind die Dämonen ganz schnell wieder da. Das beste Immunsystem gegen die Renationalisierung, gegen den Hass, gegen die Fremdenfeindlichkeit ist die Verteidigung unseres einzigartigen wertorientierten Gesellschaftsmodells. Es ist ein soziales, es ist ein demokratisches Wertemodell. In diesem Sinne lassen Sie uns die Chance am 25. Mai nutzen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Wolfgang Greilich:**

Vielen Dank, Herr Kollege Schäfer-Gümbel. – Zu einer Kurzintervention hat sich Frau Kollegin Wissler gemeldet. Bitte, Sie haben das Wort für zwei Minuten.

#### **Janine Wissler (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Schäfer-Gümbel, Sie haben eben Sahra Wagenknecht zitiert und sie dafür kritisiert, dass sie die EU eine Fassadendemokratie genannt hat. Ich möchte Ihnen erklären, woher dieses Zitat eigentlich stammt. Es stammt aus einem Artikel, der heißt „Für einen Kurswechsel in der Europapolitik – Einspruch gegen die Fassadendemokratie“. Dieser Text ist in der „FAZ“ im August 2012 erschienen, und die Autoren sind Peter Bofinger, Jürgen Habermas und Julian Nida-Rümelin, der Mitglied der Regierung Gerhard Schröder war. In diesem Text heißt es – das darf ich Ihnen zitieren –, der „inzwischen fortgeschrittene Prozess der Umwandlung der sozialstaatlichen Bürgerdemokratie in eine marktkonforme Fassadendemokratie“ könne umgekehrt werden.

Deshalb finde ich das unmöglich, was Sie hier machen. Wenn DIE LINKE Fehlentwicklungen in Europa kritisiert, wenn wir völlig zu Recht kritisieren, dass Europa ein Demokratiedefizit hat, dass Europa soziale Ungleichgewichte hat, über die Sie gerade lang und breit gesprochen haben, Herr Schäfer-Gümbel, beispielsweise über die Situation in Griechenland, dann muss man natürlich auch darüber reden: Hat die Politik der EU-Kommission, hat die Politik der Troika, hat die herrschende Politik in Europa vielleicht etwas mit diesen Missständen zu tun?

Deshalb: Wenn man die Politik in Europa kritisiert, ist man noch lange nicht europafeindlich. Ich verwehre mich gegen diesen Vorwurf, den Sie hier äußern.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn wir über Gefahren in Europa reden, nennen Sie als Erstes DIE LINKE. Ich sage, wir müssen über den Front National, über Marine Le Pen reden, über Geert Wilders. Aber als Allererste wurde in Ihrer Rede Sahra Wagenknecht genannt. Wir müssen reden über die Faschisten in Ungarn, in Österreich, in Griechenland und auch über die Faschisten in Deutschland.

Was wir als LINKE wollen, das ist nicht, Grenzen wieder hochzuziehen. Das wissen Sie auch ganz genau. Wir wollen ein solidarisches, ein gerechtes, ein friedliches Europa. Wir stehen als Partei dafür, dass es in Europa offene Grenzen gibt, und zwar nicht nur innerhalb Europas, sondern auch für die Menschen in Not, die Europa im Mittelmeer ertrinken lässt. Wir würden uns sehr freuen, wenn die SPD in dieser Frage auf unserer Seite wäre.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Wolfgang Greilich:**

Herr Kollege Schäfer-Gümbel, Sie haben Gelegenheit, zwei Minuten zu antworten.

#### **Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):**

Herr Präsident, meine seine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Frau Wissler, netter Versuch. Der Missbrauch eines Zitats aus einem in der Tat renommierten Beitrag von drei angesehenen Persönlichkeiten ist trotzdem in diesem Kontext schäbig. Ich will das in aller Klarheit sagen.

(Beifall bei der SPD)

Ich weiß, dass es das Geschäftsmodell von Teilen der Linkspartei ist, wieder als Strategie für die SPD die Parole aufzurufen: Der Hauptfeind steht links. – Das ist überhaupt nicht unser Thema.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Ich habe nur darauf hingewiesen, Frau Wissler, dass Teile Ihrer Partei – namentlich Frau Wagenknecht und auch Oskar Lafontaine – in einer Art und Weise für Renationalisierung eintreten, dass ich finde, dass dies ein bemerkenswerter Vorgang ist.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Absurd!)

Ich werde es nicht durchlaufen lassen, sondern auch in Zukunft immer zum Thema machen. Frau Wissler, die Frage, wen ich in welcher Reihenfolge anspreche, das überlassen Sie bitte der deutschen und der hessischen Sozialdemokratie. Das geht Sie nichts an. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

#### **Vizepräsident Wolfgang Greilich:**

Das Wort hat nun Frau Kollegin Hammann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sind alle überzeugte Europäer. Deshalb liegt es an uns, wie wir über Europa reden und wie wir überzeugen, damit Menschen auf Europa zugehen und sich für Europa begeistern können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Gerade vor der Europawahl am kommenden Sonntag ist es wichtig, die Erfolge der Europäischen Union uns allen bewusst zu machen und mit dazu beizutragen, dass die Menschen wissen, was in der EU an Positivem verabschiedet wurde, was Auswirkungen natürlich auch auf Deutschland und auf Hessen hat.

Meine Damen und Herren, wo die Menschen die EU positiv erleben können, und zwar hautnah erleben können, ist dann, wenn sie die Grenzen innerhalb Europas überschreiten. Sie erinnern sich bestimmt auch noch an lange Staus an Grenzübergängen, wo kontrolliert wurde, an Transitvisen. Sie erinnern sich an Zölle. – Das alles gehört schon seit vielen Jahren der Vergangenheit an, und das verdanken wir der Europäischen Union.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Die Grenzen innerhalb der EU sind offen, und sie sind freizügig. Diese Freizügigkeit garantiert allen EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern das Recht, sich frei in der EU zu bewegen. Sie können sich in jedem anderen Mitgliedsland Arbeit suchen und haben die Möglichkeit, sich ohne Bedingungen dort bis zu drei Monate aufzuhalten.

Man muss positiv feststellen: In immerhin 18 von 28 Mitgliedstaaten kann man alles mit dem Euro bezahlen. Es bestehen keinerlei Umtauschprobleme mehr. Die Preise lassen sich ganz einfach vergleichen. Das ist etwas, was sehr viele Bürgerinnen und Bürger als positiv ansehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wenn man mit jungen Menschen spricht – so habe ich oftmals festgestellt –, können sie sich ein Europa in den Grenzen des vergangenen Jahrhunderts kaum mehr vorstellen. Es ist wichtig, in allen Gesprächen immer wieder daran zu erinnern, dass die Europäische Union eine uns allen bisher nie gekannte Phase des Friedens, der Sicherheit und des Wohlstands gebracht hat.

Ich denke, wir sind uns alle darin einig, dass wir mit dazu beitragen müssen, dass den jungen Europäern das Weiterbestehen der Europäischen Union am Herzen liegt, dass sie sich ebenfalls dafür einsetzen. Denn für uns alle ist die Europäische Union eine Wertegesellschaft. Sie hat geholfen, jahrhundertealte Gegensätze und Konflikte zu überwinden und einen geschichtlich einmaligen Frieden zu erhalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Die EU ist für uns eine Gemeinschaft mit gemeinsamen Idealen und Zielen, und die müssen wir weiter pflegen. Sie steht für Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Vielfalt und die Wahrung von Menschenrechten und für soziale Verantwortung.

Die Europäische Union kann zu Recht darauf stolz sein, dass ihr im Jahr 2012 – das wissen Sie alle – in Oslo der Friedensnobelpreis zugesprochen wurde. Dies ist eine besondere Würdigung, und dies erfuhr die Europäische Union, weil sie entscheidend zur friedlichen Entwicklung in Europa beigetragen hat. Das ist eine Auszeichnung, die man zur Kenntnis nehmen muss. Das ist ein unglaublicher Erfolg.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wie bewerten denn die Menschen Europa? – Es gibt eine Umfrage. Es gibt das Eurobarometer zu Europäerinnen und Europäern 2014. Wenn man sich die Ergebnisse anschaut, sieht man eine positive Entwicklung. In 22 EU-Ländern sehen die Bürgerinnen und Bürger die Zukunft der Europäischen Union positiv. Auch in Deutschland sind ca. 60 % der Befragten zur Zukunft der Europäischen Union optimistisch eingestellt. Das bedeutet aber auch, dass 40 % der Menschen in Deutschland der Europäischen Union skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen.

Meine Damen und Herren, das ist ein Problem. Es ist leider festzustellen, dass es in Deutschland immer noch viele Menschen gibt, die wenig über die Europäische Union wissen. Es geht Ihnen bestimmt so wie mir: Wenn Sie in Diskussionsgruppen sind, wenn Sie Podiumsdiskussionen haben, merken Sie oftmals an den Fragen, wie wenig das Wissen über die Europäische Union und deren Erfolg bei den Menschen vorhanden ist.

Stattdessen haben sich aber – die Frau Ministerin hat es schon genannt – die wenig rühmlichen Vorschläge der EU eingepreßt, wie die Vorgabe des Gurkenkrümmungsgrades. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kollegen, das ist bedauerlich. Gerade die Verbraucherinnen und Verbraucher profitieren deutlich von der Union – sei es durch die Stärkung der Fluggastrechte, die Ihnen bekannt ist, den Schutz der Onlinekäufe, die Kennzeichnung der Lebensmittel, damit man weiß, was man kauft und was darin ist.

Dazu gehört auch die Verlängerung der Gewährleistungsfrist. Immerhin hatten wir einmal eine Gewährleistungsfrist von sechs Monaten. Mittlerweile sind es zwei Jahre. Das heißt, es gibt eine Garantie für die Menschen, etwas zurückgeben zu können. Zu nennen sind auch Verbrauchsangaben auf Elektrogeräten oder das günstigere Telefonieren mit dem Handy im Ausland und ganz aktuell kostengünstigeres Simsen und Surfen im Internet im sogenannten Datenroaming.

Meine Damen und Herren, deshalb muss es unser Anliegen sein, die Demokratie in Europa zu stärken. Es ist notwendig, immer wieder auf die Erfolge zu verweisen, sich gleichzeitig aber auch das Denken nicht zu verbieten und konstruktiv manche Entscheidung zu begleiten.

Deshalb ist es wichtig, konstruktiv Kritik zu üben. Uns allen muss eines klar sein: Akzeptanz können wir nur erreichen, wenn es zu keinen Verschlechterungen bei den Verordnungen oder durch Abkommen kommt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich möchte Sie an die letzte Debatte erinnern, die wir im Hessischen Landtag geführt haben. Es geht um das Transatlantische Freihandelsabkommen mit den USA, abgekürzt TTIP. Wir haben dieses Abkommen kritisch bewertet. Gleichwohl haben wir gesagt, es kann eine Chance sein,

aber wir dürfen die Augen nicht davor verschließen, dass es möglicherweise Probleme geben könnte.

Das hat dazu geführt, dass es zu einem gemeinsamen Antrag zwischen den Koalitionären von CDU und GRÜNEN gekommen ist. Wir haben in diesem gemeinsamen Antrag festgestellt, dass die erreichten Standards dauerhaft gesichert werden müssen. Das betrifft das europäische Niveau gerade im Umwelt-, Tier- und Klimaschutz, im Daten-, Gesundheits- und Verbraucherschutz, bei Arbeitnehmerrechten und auch bei den Sozialstandards.

Wir sind der Auffassung – das haben wir ebenfalls in diesem Antrag festgehalten –, dass Investorenklagen nicht in geheimen Verfahren vor Schiedsgerichten, sondern vor ordentlichen Gerichten durchzuführen sind. Das gehört zu einer Transparenz, von der ich glaube, dass wir alle Wert darauf legen müssen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Kommen wir zu wirtschaftlichen Aspekten. Bei aller bestehenden Skepsis, was die Vorgehensweise angeht, ist festzustellen, dass uns die Europäische Union viele Vorteile bringt. Einige habe ich eben schon aufgeführt, gerade was den Verbraucherschutz angeht. Die Freizügigkeit von Personen und Waren innerhalb der Europäischen Union bietet den Menschen persönliche, berufliche und auch wirtschaftliche Chancen. Die gilt es zu nutzen.

Durch den Abbau von Zöllen und Handelshemmnissen hat sich der europäische Markt zum größten einheitlichen Absatzmarkt der Welt entwickelt. Ein Großteil der deutschen Waren geht in den Export, und zahlreiche Arbeitsplätze werden dadurch natürlich in Deutschland gesichert. Es ist festzustellen, dass gerade Hessen als wirtschaftsstarkes und exportorientiertes Land dabei in besonderem Maße vom Binnenmarkt und der gemeinsamen Währung profitiert.

Die Erfahrung mit der Wirtschafts- und Finanzkrise hat uns aber auch gezeigt, dass wir mehr Europa brauchen und dass nationale Eigensucht und Alleingänge keinen Platz in einer sich weiterentwickelnden modernen Welt haben dürfen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Es ist auch wichtig, etwas zum Euro zu sagen, unserer gemeinsamen Währung, die wir in der Europäischen Union haben. Allen Skeptikern zum Trotz bringt uns der Euro mehr Vor- als Nachteile. Er zeigt sich als eine stabile und starke Währung. Als Exportland ist Hessen auf einen stabilen Euro angewiesen. Für Frankfurt als zweitgrößten europäischen Finanzplatz ist die Stabilität der gemeinsamen Währung von besonderer Bedeutung.

Es kann daher nur in unser aller Interesse sein, dass alle Eurostaaten Teil der Währungsunion und der EU bleiben. Ein Ausschluss oder ein Austritt eines Mitgliedslandes würde dagegen zu Problemen führen, die viele überhaupt noch nicht überschauen können, die aller Voraussicht nach zu Kosten führen würden, die die bis jetzt geplanten und geleisteten Hilfspakete um ein Vielfaches überschreiten würden. Das muss man einfach zur Kenntnis nehmen.

Es ist aber auf allen staatlichen Ebenen auch notwendig, dass es solide Staatshaushalte gibt, zu denen sich Deutschland und Hessen mit der Aufnahme der Schuldenbremse in das Grundgesetz und in die Verfassung verpflichtet haben.

Wichtige Beiträge bilden auch die EU-Förderprogramme wie die Strukturfonds oder das EU-Forschungsrahmenprogramm. Die Beträge wurden genannt. Es sind unglaublich große Summen, die in diesen Bereich fließen.

Gerade junge Menschen profitieren von den europäischen Programmen. So unterstützt – das will ich beispielhaft herausstellen – die Europäische Union den europäischen Jugendaustausch durch das Programm ERASMUS in den nächsten Jahren mit immerhin fast 15 Milliarden €. Ebenso bemüht sich die EU, weil es eine Problematik ist, wenn es in so vielen Mitgliedstaaten der EU hohe Jugendarbeitslosigkeit gibt, Maßnahmen zu unterstützen, um die Jugendarbeitslosigkeit deutlich zu senken. Das ist richtig so. Die jungen Menschen brauchen in der EU eine Perspektive. Die EU kann dazu beitragen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Unser Bundesland Hessen trägt ebenfalls dazu bei, dass Europa erfahrbar ist. So leisten Begegnungsprojekte für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, Schul- und Städtepartnerschaften sowie Austauschprogramme von Universitäten und Hochschulen einen wichtigen Beitrag für eine gelebte Toleranz und für die Völkerverständigung. Die Partnerschaften innerhalb von Europa sind von einer besonderen Bedeutung.

Die Begegnungen und das Pflegen des Gemeinsamkeitsgefühls sind für den Zusammenhalt der Europäischen Union absolut wichtig. Tausende Städtepartnerschaften in Europa haben positiv dazu beigetragen. Es sind aktive Partnerschaften, in denen sich die Zivilgesellschaft engagiert. Jugendaustausch und kommunale bzw. regionale Netzwerke tragen bis heute zum Zusammenwachsen Europas und zur Völkerverständigung bei. In diesem Sinn pflegt Hessen seit vielen Jahren gute Beziehungen mit Regionen in Europa.

So bestehen Partnerschaften in Frankreich mit der Region Aquitaine, in Italien mit der Emilia-Romagna, in Polen mit Wielkopolska, in Russland mit der Region Jaroslawl; und in der Türkei besteht eine Partnerschaft mit der Region Bursa. Mit der Vojvodina in Serbien besteht eine Verbundenheit durch die Partnerschaft des Landtags. Von großer Bedeutung ist daher bei allen Partnerschaften der gegenseitige Austausch. Darüber hinaus müssen jedoch die Beziehungen zu allen anderen Staaten, die nicht der EU angehören, von einem partnerschaftlichen Austausch zu beiderseitigem Nutzen geprägt sein.

Wir wollen alle ein sozialeres und ein gerechtes Europa. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Hessen setzt sich für ein soziales und gerechtes Europa ein. Dazu gehört der Schutz der Minderheiten, dazu gehört der Schutz der Menschenrechte, dazu gehören soziale Lebensbedingungen, dazu gehört aber auch der Einsatz für eine humane Flüchtlingspolitik.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Das Mittelmeer ist zu einer Todesfalle für Flüchtlinge geworden. Diese Tragödie kann uns nicht ruhen lassen. Diese Tragödie muss schnellstmöglich beendet werden. Die Europäische Union muss auf die Flüchtlingsproblematik eine humane Antwort geben. Das sage ich auch ganz deutlich: Hier sind alle Mitgliedstaaten gefordert. Sie müssen diese Aufgabe gemeinsam und solidarisch bewältigen.

Ich möchte einen Aspekt ansprechen, der von meinen beiden Vorrednern nicht angesprochen wurde. Das betrifft den gesamten Natur- und Umweltschutz. Hier bedarf es gemeinsamer Anstrengungen innerhalb der Klima-, Naturschutz- und Umweltpolitik der Europäischen Union. Gerade die Natur- und Umweltschutzpolitik der Europäischen Union zeigt, wie wichtig das gemeinsame Handeln für den Bestand unserer Lebensgrundlage ist. Das ist keine Kleinigkeit. Ausdrücklich begrüßen wir die Anstrengungen der Europäischen Union in Form der zahlreichen Initiativen und Maßnahmen.

Viele wissen das nicht – die Frau Staatsministerin hat es eben schon angesprochen –: Gerade beim Natur- und Umweltschutz gehen ca. 80 % der aktuell gültigen Gesetze auf die Europäische Union zurück. All die Regelungen, die auf der Ebene der Europäischen Union beschlossen werden, haben dann auch Auswirkungen vor Ort, letztendlich auch bei uns in Hessen.

Beispielsweise gibt es zur Reinhaltung des Wassers die EU-Wasserrahmenrichtlinie. Sie wurde vorhin schon angesprochen. Es gibt die Umweltverträglichkeitsrichtlinie. Es gibt die Abfallverbringungsverordnung, die dafür sorgt, dass Sondermüll nicht irgendwo hingeschoben wird. Es gibt die EU-Vogelschutzrichtlinie und die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie. Sie wird auch FFH-Richtlinie genannt. Das bedeutet den Erhalt natürlicher Lebensräume und wild lebender Pflanzen und Tiere. Diese Schutzgebiete bilden das europaweite Schutznetz Natura 2000. Es ist notwendig, wenn wir unsere Natur erhalten wollen.

Biodiversität ist ein großes Thema, auch innerhalb der Europäischen Union. Es hat an Bedeutung zugenommen. Der Verlust der Biodiversität und der Artenvielfalt ist innerhalb der Europäischen Union und auch weltweit weiterhin dramatisch. Da muss konsequent mit Maßnahmen entgegengesteuert werden. Daher ist es wichtig, dass die Europäische Union mit der Biodiversitätsstrategie für das Jahr 2020 sowie dem Umweltaktionsprogramm darauf hinwirken will, dass die Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum, den Erhalt der Artenvielfalt, den Schutz des Klimas sowie den Schutz der natürlichen Ressourcen geschaffen werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Das ist europaweit notwendig, wenn wir Erfolge erzielen wollen. Wir bekennen uns daher ausdrücklich zu den internationalen und europäischen Vereinbarungen im Naturschutz und deren Umsetzung auf Landesebene. Wir werden daher die Europäische Union mit ihren Bemühungen zum Erhalt der Biodiversität unterstützen.

Wir haben in der Koalitionsvereinbarung gemeinsam mit der CDU festgehalten, dass wir in Hessen die Gefährdungssituation für Arten, die auf der Roten Liste stehen, deutlich senken wollen. Die hessische Biodiversitätsstrategie wird zum Erhalt der biologischen Vielfalt weiterentwickelt und umgesetzt werden. Uns ist der Auftrag, der von der Seite der Europäischen Union für alle Mitgliedstaaten gekommen ist, wichtig und ernst. Wir werden dies angehen.

In der Landwirtschaft haben wir sehr viele Förderprogramme, die wir dazu nutzen können, der Landwirtschaft Bestand zu geben, auf der anderen Seite aber auch, um in der belebten Umwelt Fortschritte zu erreichen. Deshalb wird in der Landwirtschaft der neue Hessische Entwicklungsplan

für die Förderperiode der Europäischen Union in den Jahren 2014 bis 2020 an die festgelegten Anforderungen der EU für die Zukunft z. B. hinsichtlich des Klimawandels, der Biodiversität, des Umweltschutzes und der artgerechten Tierhaltung angepasst werden. Ebenso werden wir den Anteil der Agrarumwelt- und Naturschutzprogramme im Rahmen von ELER in der neuen Förderperiode erhöhen.

Eine wichtige Konsequenz, die ebenfalls von uns vollzogen wird, ist der gentechnikfreie Erhalt der hessischen Land- und Forstwirtschaft. Hessen wird dem Europäischen Netzwerk gentechnikfreier Regionen beitreten. Das ist, gerade was den Erhalt unserer Biodiversität und unserer Artenvielfalt angeht, ein ganz bedeutender und wichtiger Schritt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Ich komme jetzt zum Thema Klimaschutz und Energie. Auch da ist die Europäische Union in vielen Bereichen mit vielen guten Programmen und vielen guten Aufschlägen jemand, der uns sagt, wie wir etwas verbessern können. Wir haben in Deutschland dazu sehr viele gute Beiträge. Auf der Ebene der Europäischen Union gibt es sehr viele Aktionsprogramme, die ebenfalls noch vor Ort umgesetzt werden können.

Gemeinsamer Anstrengungen bedarf es, um eine Klimakatastrophe in Europa und in der Welt zu verhindern. Notwendig ist hierfür die Umsetzung ambitionierter Klimaschutz- und Energieeinsparziele auf europäischer Ebene. Wir brauchen einen europaweiten Ausbau der Nutzung der erneuerbaren Energien. Dazu gehören Strom-, Wärme- und Gasnetze sowie Speicherlösungen, die der Energiewende dienen.

Der Einsatz des Frackings, wie wir ihn diskutiert haben, stellt in unseren Augen keinen verantwortbaren Beitrag zur europäischen Energieversorgung dar. Europaweit müssen die Schadstoffemissionen reduziert werden.

Der Lärmschutz muss umgesetzt werden. Das ist für unsere Bevölkerung wichtig. Denn wir wissen: Lärm macht krank. – Gerade da gibt es genügend Ansatzmöglichkeiten, um die Lärmentwicklung deutlich nach unten zu verschieben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Dazu gehört auch der Ausbau einer umwelt- und klimafreundlichen Mobilität. Das ist europaweit erforderlich.

Ich möchte jetzt zu einem Bereich kommen, der ebenfalls noch keine Erwähnung gefunden hat. Das ist der Tierschutz. Der Tierschutz erhält innerhalb der Europäischen Union einen immer größer werdenden Stellenwert. Ein deutliches Bekenntnis zu einem gemeinsamen europäischen Tierschutz erfolgte durch den am 1. Dezember 2009 in Kraft getretenen Vertrag von Lissabon. Art. 13 besagt, dass die Union und die Mitgliedstaaten den Erfordernissen des Wohlergehens der Tiere als fühlende Wesen in vollem Umfang Rechnung tragen werden. Die Europäische Union ist deshalb gefordert, im Umgang mit den Tieren weitere Fortschritte zu erzielen. Dazu gehört ein Tierschutzaktionsplan.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Es bedarf eines Tierschutzaktionsplans, der Konsequenzen beinhaltet, die tatsächlich dazu führen, dass Verbesserungen erreicht werden.

Die Akzeptanz für die Europäische Union muss uns allen wichtig sein. Entscheidungen sollen möglichst bürgernah fallen. Ich glaube, wir sind uns darin einig, dass nicht alles von der Europäischen Union entschieden werden muss. Natürlich kann vieles vor Ort besser entschieden werden. Aber wir wollen die Europäische Union dann stärken, wenn gemeinsames Handeln notwendig und sinnvoll ist.

Nichts anderes besagt das Prinzip der Subsidiarität. Das ist etwas, was wir im Hessischen Landtag immer wieder diskutieren und zu dem wir immer wieder kritisch hinterfragen, ob diese Regelungen notwendig sind oder ob es Regelungen sind, die wir eigenständig treffen können.

Ein weiteres wichtiges Thema, das ich ebenfalls ansprechen möchte, ist das Problem der Ukraine. Auch hierzu haben wir schon Plenardebatten geführt. Ich möchte feststellen, dass uns gerade die Entwicklung in der Ukraine wirklich Sorge bereitet. Auch hier hat die Europäische Union eine besondere Aufgabe zu erfüllen. Wir sehen wirklich mit großer Sorge den aktuellen Konflikt und begrüßen alle diplomatischen Bemühungen, insbesondere die der Europäischen Union.

Eine friedliche Beilegung des Konflikts ist das gemeinsame Ziel. Das muss auch unser gemeinsames Ziel sein. Alle europäischen Staaten müssen einen Beitrag zu einer friedlichen und nachhaltigen Entwicklung nach innen und nach außen leisten. Was wir brauchen und wofür es sich lohnt, sich einzusetzen, ist ein friedliches, nachhaltiges und bürgernahes Europa.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Lassen Sie uns gemeinsam das einzigartige Erfolgsprojekt europäische Einigung weiterentwickeln. Treten wir für Europa ein. Zeigen wir die Erfolge innerhalb der Europäischen Union. Mischen wir uns ein, wenn es darum geht, Dinge zu verbessern und Dinge zu verändern.

Machen Sie einen guten Wahlkampf. Bis zum 25. Mai 2014 müssen wir ganz viele Bürgerinnen und Bürger davon überzeugen, dass es sich lohnt, demokratische Entscheidungen auf der Ebene der Europäischen Union durch die Abgabe ihrer Stimme mit zu beeinflussen. – Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

#### **Vizepräsident Wolfgang Greilich:**

Frau Kollegin Hammann, vielen Dank. – Als Nächster erhält Kollege Willi van Ooyen für die Fraktion DIE LINKE das Wort.

#### **Willi van Ooyen (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe bereits als Kind Europa und seine internen Grenzen kennen- und überwinden gelernt. Im zarten Alter von fünf Jahren und später natürlich regelhaft überwandene wir die von unserem Elternhaus nur 3 km entfernte Grenze mit dem Fahrrad, ohne natürlich den Zollbeamten zu begegnen.

nen, um in den Fünfzigerjahren die Grundversorgung der Familie zu sichern.

Das betraf Brot, Butter, Zucker, Mehl und Dinge des täglichen Bedarfs, die damals in Holland billiger waren und die wir zollfrei zur Versorgung der größer werdenden Familie – ich bin immerhin der Älteste von sieben Kindern – dringend benötigten. Dazu gehörte auch der Kurzhaarschnitt beim „Kapper“, der dafür nur 50 holländische Cent nahm, während das bei uns schon eine Mark kostete.

Grenzen zu überwinden gehört also zu meinen Grundkenntnissen, und das von Kindesbeinen an.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN)

In der Volksschule wurde mir dann beigebracht, dass Europa nicht nur die Grenzregion zwischen Nijmegen, Venlo – wo der Familiensitz unserer Familie liegt – und Kleve ausmacht, sondern es wurde gelernt, dass Europa vom Atlantik bis zum Ural reicht. Das habe ich mir gemerkt.

Diese Idee des großen gemeinsamen Europa hat mich geprägt und bildet heute eine wichtige Grundlage für meine politische Arbeit. Gleichzeitig lernte man Sprachen, um sich zu verständigen. Das geht am besten beim Essen und, wie gesagt, beim Einkaufen, später dann auch bei den politischen Auseinandersetzungen. Man kann auch gemeinsam etwas trinken.

Wir haben im Zusammenhang mit der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa über neue Ideen, Grenzen zu überwinden und das gemeinsame Haus Europa einzurichten, viele Debatten und Aktionen durchgeführt – und zwar vom Atlantik bis zum Ural und von Athen bis Helsinki. Deshalb haben wir in den Achtzigerjahren in Florenz, Paris, London, Malmö, Athen und Istanbul über gemeinsame soziale Standards bei den europäischen Sozialforen debattiert.

Wir wollten anknüpfen an die Ideen der Französischen Revolution, der Egalité, Liberté und Fraternité, an die Ideen des „Kommunistischen Manifests“ von 1848, in dem Marx und Engels formulieren: „Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst des Kommunismus. Alle Mächte des alten Europa haben sich zu einer heiligen Hetzjagd gegen dieses Gespenst verbündet, der Papst und der Zar, Metternich und Guizot, französische Radikale und deutsche Polizisten.“

„Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben“, so Marx und Engels im „Kommunistischen Manifest“.

(Holger Bellino (CDU): Das gibt es doch nicht!)

Wir, DIE LINKE, stehen in der Tradition dieser Arbeiterbewegung, die ein friedliches und solidarisches Europa will und dafür gekämpft hat. Daran werden wir anknüpfen, wenn wir die Veranstaltungen zum 100. Jahrestag des Ersten Weltkrieges gestalten.

Ich will daran erinnern, dass es vor Beginn des Ersten Weltkrieges vor allem Rosa Luxemburg war, die in Frankfurt aufgetreten ist und diese Position noch einmal deutlich gemacht hat. Wir verdanken den Bericht übrigens einem Polizeispitzel, der das alles aufgeschrieben hat, was Rosa Luxemburg als Delegierte der Frankfurter SPD im September 1913 im heutigen Frankfurt-Bockenheim in einer bekannten Rede formuliert hat. Für diese Rede musste sie ein Jahr im Gefängnis sitzen. Sie redete über die Beschlüsse des Treffens von 1912 in Basel. Dort traf sich die II. Internationale, als die SPD wahrscheinlich noch sozialdemokra-

tischer war, und formulierte: „Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, den Ausbruch des Krieges zu verhindern.“

Wir haben im Gedenken an Rosa Luxemburg an der Titania in der Frankfurter Basaltstraße eine Tafel angebracht, die an diesen Auftritt erinnert. Wir haben dort geschrieben: „Sie setzte sich für die Erhaltung des Friedens ein.“ Dann folgt das Zitat: „Wenn uns zugemutet wird, die Mordwaffen gegen unsere französischen und anderen Brüder zu erheben, dann rufen wir: Das tun wir nicht!“

Die Antikriegsidee bestimmte den Vorabend des Ersten Weltkrieges. Die Kundgebungen von September 1913 bis zum Juli 1914 waren große Massenveranstaltungen, bei denen sich die Hoffnungen – auch übrigens der bürgerlichen Friedensanhänger – auf die Durchsetzung einer friedlichen Politik durch die Sozialdemokratie richteten. Dies war dann mit dem 4. August 1914 aber zur Illusion geworden. Ich will nicht zitieren, was Rosa Luxemburg zu diesem Ereignis gesagt hat.

Noch heute hat das Wort von Wilhelm II: „Ich kenne keine Parteien mehr, sondern nur noch Deutsche“, eine verheerende Wirkung. Wir als LINKE machen immer noch einen Unterschied zwischen Kriegsgegnern und Kriegsbefürwortern, und das in ganz Europa und übrigens auch in den USA. Also merken Sie sich: Ihre Freunde sind nicht unsere Freunde.

(Zuruf von der CDU: Nicht wirklich!)

– Das ist umgekehrt sicherlich auch so. Die Militaristen sind sicherlich nicht unsere Freunde.

(Zurufe von der CDU: Unsere auch nicht! – Jetzt aber Vorsicht!)

Mit dieser Europawahl müssen wir das Signal setzen: Von Europa, von der EU, von Deutschland darf nie wieder Krieg ausgehen. Wir müssen den Rückfall in die Barbarei verhindern.

(Beifall bei der LINKEN)

Die Meldungen aus der Ukraine überschlagen sich bald stündlich. Was als sozialer und demokratischer Protest in Kiew begann, wurde rasch von den USA und von der EU instrumentalisiert und von den Faschisten erobert. Der Maidan wurde gewalttätig, militärisch durchdrungen und Opfer des rechten Sektors. Damals bejubelten die Medien die Besetzung von amtlichen Gebäuden, zeigten Verständnis für die Bewaffnung von Demonstranten, und es gab keinen Widerspruch, dass ein gerade geschlossenes Abkommen zu einem wertlosen Fetzen Papier gemacht wurde. Die Verrohung ging inzwischen so weit, dass selbst das Sterben von Menschen in brennenden Gewerkschaftshäusern bejubelt wurde.

Ich erinnere mich noch, als 1998 Rot-Grün zum ersten Mal an die Regierung kam. Da glaubte ich, die Politik der Entspannung und ein neues Europa könnten entstehen. Das war naiv. Rot-Grün, Schröder-SPD und Fischer-GRÜNE, haben das Land verändert – tief zu seinem Negativen. Deutschland führte wieder Krieg, mit der NATO gegen Jugoslawien. Auch bei anderen Kriegsabenteuern, so in Afghanistan, war Deutschland dabei. – Was war aus der Einsicht der Nachkriegszeit „nie wieder Krieg“ geworden?

Ich erinnere mich daran, dass Gorbatschow Anfang der Neunzigerjahre ein „gemeinsames Haus Europa“ vor-

schlug. Alle Völker und Staaten sollten ein Zimmer haben, inklusive einer gemeinsamen Teeküche und einer Kaffeekanne, so etwas wie eine Wohngemeinschaft Europa. Wieder wurde nichts daraus. Statt eines gemeinsamen Hauses gibt es neue Spaltungen. Wieder steht man sich feindlich gegenüber – jetzt an der Grenze Russlands in der Ukraine.

Manches an der Politik der EU und einzelner Mitgliedstaaten lässt allerdings befürchten, dass dies einigen nicht klar ist. Wenn ich einzelne französische Stimmen höre, habe ich den Verdacht, dass man sich nachträglich für die Bérésina rächen will, in bundesdeutschen reaktionären Kreisen gilt das möglicherweise für Stalingrad.

Mir geht es nicht um eine prorussische oder proukrainische Parteinahme. Es geht mir um einen Umgang mit dem Vielvölkerstaat und der Großmacht Russland, das man nicht demütigen sollte, wenn man ehrlich verhandeln will. Wir haben in diesem Jahr als Friedensbewegung angesichts der bedrohlichen Lage am 8. Mai, dem Tag des Sieges der Anti-Hitler-Koalition über den deutschen Faschismus, mit Mahnwachen und Demonstrationen der unermesslichen Opfer gedacht und vor weiterer Kriegshetze gewarnt. Aus diesem Anlass werden wir bundesweit Demonstrationen am 31. Mai vorbereiten.

Die gegenwärtige ukrainische Regierung ist diskreditiert, weil in ihr aktive Faschisten mitwirken, sie Militär gegen die ukrainische Bevölkerung einsetzt und der Nationalgarde, die vom Sprecher des rechten Blocks im ukrainischen Parlament geführt wird, freie Hand lässt.

Ich will das ausdrücklich sagen, Torsten Schäfer-Gümbel: Die Krimannektierung verstieß gegen das Völkerrecht. Das Völkerrecht mag nicht in jeder Situation immer gerecht erscheinen. Aber wir haben nur dieses. Wir stehen zum Völkerrecht, und es funktioniert nur, wenn sich alle daran halten.

Eine Verlegung von NATO-Truppen nach Osteuropa bedeutet allerdings eine weitere Eskalation. Die EU und insbesondere die Bundesregierung dürfen sich auch nicht von der herrschenden Politik der USA treiben lassen, die ganz andere Interessen verfolgen. Sie wollen die Europäer wieder an die Kandare nehmen. Berlin zeigt leider Feigheit vor dem „Freund“. Russland ist ein Teil Europas, und deshalb muss es eingebunden werden. Jahrelange erfolglose Visaverhandlungen müssen wieder aufgenommen und zum Abschluss gebracht werden.

Zusammenarbeit und diplomatische Kanäle sind die einzige Chance, um auch Menschenrechtsverletzungen, die Rechte von Homosexuellen, die Zulassung unabhängiger NGOs und den Umgang mit demokratischer Opposition, Presse- und Medienfreiheit zu thematisieren.

Leider ist die EU bisher nicht dadurch aufgefallen, überall mit gleicher Sprache über Menschenrechte zu sprechen. Glaubwürdigkeit erreichen wir nicht durch doppelte Standards und doppeltes Spiel. Wir kritisieren z. B. China und Russland für Menschenrechtsverletzungen und fehlende demokratische Strukturen, doch wir schweigen, wenn es um EU-Mitgliedstaaten geht. Niemand diskutiert derzeit, was in Ungarn wirklich vorgeht.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Allerdings!)

Menschenrechte als Sozial- und Freiheitsrechte sind unteilbar. Sie müssen überall gelten, für jeden und für jede. Sie müssen auch für Asylbewerberinnen, Flüchtlinge, Roma, Obdachlose, Straßenkinder gelten, für Menschen, die ihre

Energierrechnungen nicht bezahlen können, für Journalisten und Universitätsprofessoren.

(Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken übernimmt den Vorsitz.)

Glaubwürdigkeit verspielt die EU aber auch, wenn im Auftrag der EU-Staaten unter aktiver Mitwirkung von Institutionen der EU wie der Kommission und der Europäischen Zentralbank den sogenannten Programmländern wie Griechenland oder Portugal Auflagen erteilt werden, die vor allem einen Effekt haben: Die Grund- und Menschenrechte werden dort einfach außer Kraft gesetzt. Mindestlöhne und Renten werden gesenkt, die Arbeitszeiten werden drastisch erhöht. Wir sehen den totalen Kollaps des öffentlichen Gesundheitswesens, die Auflösung wichtiger kommunaler Verwaltungsstrukturen in den Regionen und Entrechtung der Gewerkschaften, im Klartext also: Um aus der Krise herauszukommen, werden Bankenschulden eben einmal zu öffentlichen Schulden gemacht, und gleichzeitig werden die so verschuldeten Länder zu Eingriffen aufgefordert, mit denen Menschenrechte ausgehebelt werden.

Nach meinem Eindruck ist daran auch die Bundesregierung beteiligt. Deshalb glaube ich, dass diese ganze Debatte um die Bankenentschuldung ein wichtiger Hebel war, dort die Menschenrechte außer Kraft zu setzen.

(Beifall bei der LINKEN – Florian Rentsch (FDP): Was für ein Blödsinn!)

Aus dem, was eigentlich die Basis unseres Zusammenlebens in Europa, in der EU und in der Eurozone sein sollte, dem historischen Ruf der französischen Revolution, ist jetzt im Jahr 2014 der Dreiklang geworden: Bankenspekulation, Austerität, Arbeitslosigkeit.

Das Schlimme dabei ist: So gut wie alle aktuellen Regierungen der Mitgliedstaaten sind in diesem Kontext bereit, zur Durchsetzung dieser Austeritätspolitik die nationalistische Karte zu ziehen. Am deutlichsten spüren das Migrantinnen und Migranten und Flüchtlinge wie die Roma.

Inzwischen zieht sich die Sorge um den Verlust von sozialer Sicherheit, scheinbar unantastbarer Rechte und den Verlust von Wohlstand bis in die Mitte unserer Gesellschaft. Nicht mehr nur die Ausgegrenzten sind die Zielgruppe der Rechten und rechtsextremen Ideologen, nein, rechte, rechtsextreme und nationalistische Meinungen und Haltungen sind mitten in der Gesellschaft angekommen.

Wenn wir also dem Front National, der Partei von Wilders, Jobbik, der Goldenen Morgenröte, der NPD und auch der AfD den Boden entziehen wollen, müssen wir ihnen den Kampf um die Durchsetzung der Menschenrechte entgegenstellen: der individuellen wie der kollektiven, der sozialen und ökologischen wie der Freiheitsrechte.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf der Abg. Karin Wolff (CDU))

Die Rechtsextremen und Nazis von heute wollen diese Rechte nur den Angehörigen der weißen Rasse, den Mitgliedern ihrer „völkischen Gemeinschaften“ gewähren und alle anderen ausgrenzen und rausschmeißen. Ein solches Europa, eine solche EU wollen wir nicht.

Es kann doch niemand ernsthaft glauben, dass die Partei der Luckes und Henkels auch nur im Geringsten ein Interesse an den sozialen Nöten der Menschen hier hätte. Die Zeche für den von ihnen geforderten Austritt aus dem Euro

hätten zuerst und vor allem jene zu zahlen, die schon jetzt ausgegrenzt sind und in Armut leben.

Nein, die Wahl zum Europaparlament am 25. Mai muss deshalb ein klares Signal gegen Rechtspopulismus und -extremismus sein, ein Signal für ein Europa, in dem Solidarität durch Interessen- und Lobbypolitik für die großen Banken und europäisch und global organisierten Konzerne immer mehr verdrängt wird.

Vor allem in den sogenannten Programmländern Griechenland, Portugal und Spanien müssen Menschen um ihre Existenz kämpfen. Aber auch darüber hinaus wurde im Zuge des Krisenmanagements die Spaltung in der EU zwischen den Euroländern und den Nicht-Euroländern, zwischen der Peripherie und dem Kern vertieft.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie haben noch gar nicht von Enteignung gesprochen!)

Vielleicht sollte Hessen hier das positive Beispiel der regionalen Kooperation mit der Aquitaine, der Emilia Romagna, der Wielkopolska und mit Bursa um Regionen aus diesen betroffenen Ländern erweitern.

Der vor allem unter dem Diktat von Kanzlerin Merkel und Finanzminister Schäuble durchgesetzte Kurs des EU-Krisenmanagements ist gescheitert – und zwar nicht nur, weil mit Steuergeldern die Schulden der Banken bezahlt werden, sondern weil Millionen von Menschen in tiefste Armut gestürzt wurden.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Ihr Marktradikalismus, die Jagd nach immer mehr Privatisierungen von öffentlichen Gütern, Dienstleistungen und Eigentum, die Gier nach allem, was noch zu privatisieren ist, hat offensichtlich zu viele gute Ideen absterben lassen. Wasser, Energie, Gesundheitsversorgung, Bildung und soziale Sicherungssysteme gehören in die öffentliche Hand und unter öffentliche Kontrolle.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Wohnen, öffentlicher Nahverkehr, Kultur, öffentliche Dienstleistungen – jeder und jede muss den Zugang dazu haben. Niemand darf ausgegrenzt werden. In allen EU-Mitgliedstaaten wollen wir armutsfeste Mindestlöhne, -einkommen und -renten sowie soziale und ökologische Mindeststandards durchsetzen.

Statt die Realität zur Kenntnis zu nehmen, sollen wir allerdings mit neuen Verheißungen verdrummt werden, beispielsweise beim geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA.

Die Regierungsparteien, die Industrieverbände oder die Kommission behaupten gerne, wie toll unser Leben nach dem Abschluss eines solchen Freihandelsabkommens aussehen werde. Hunderttausende neuer Arbeitsplätze, massive Steigerung des Handels usw. entstünden infolge dieses Abkommens, das hinter verschlossenen Türen verhandelt wird. Haben die Regierenden Angst, von Begeisterungstürmen übermannt zu werden, wenn die Segnungen des TTIP öffentlich werden? Ist es deshalb geheim?

(Janine Wissler (DIE LINKE): Sehr gut!)

Leider ist das Gegenteil richtig. Es hat sich herausgestellt, dass ein Großteil der angeführten Zahlen auf Sand gebaut ist und dass wichtige soziale und ökologische Auswirkungen überhaupt nicht in Betracht gezogen wurden. Dabei

würde die Einführung der metrischen Maßeinheit in den USA sicherlich mehr Arbeitsplätze sichern als das TTIP-Abkommen.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Sie können ja richtig spaßig sein! – Gegenruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE): Das unterscheidet uns von Ihnen!)

Kurzum: Man merkt die Absicht und ist verstimmt. Zu Recht haben zivilgesellschaftliche Gruppen, beispielsweise auch Blockupy und andere Organisationen, am 15. Mai in Brüssel gegen das Freihandelsabkommen demonstriert. Wir waren auch dort.

(Günter Schork (CDU): Es hätte uns auch gewundert, wenn nicht!)

– Ich wollte das nur noch einmal sagen. Auch dort war die Polizeigewalt unerträglich. Ich sage das auch hier.

(Dirk Landau (CDU): Ich glaube, hier ist etwas ganz anderes unerträglich!)

Selbst Wirtschaftsminister Gabriel lud zur PR-Offensive EU-Handelskommissar De Gucht und den US-Handelsrepräsentanten Froman ein – um nochmals deutlich zu machen, dass auch die SPD Zuneigung zu einem solchen Abkommen hat.

Heute Morgen war ich etwas erstaunt, als der als links geltende Kollege Stegner in der „Frankfurter Rundschau“ ebenfalls ein Plädoyer für das TTIP-Abkommen abgegeben hat.

(Holger Bellino (CDU): Der wirkt da ja als Konservativer!)

Auch bei den hessischen GRÜNEN – wenn sie nicht auf einer EU-Wahlveranstaltung auftreten – spüre ich die Annäherung an die Macht der Konzerne und die Absage an bessere Standards für Beschäftigte und Verbraucher.

Es ist doch offensichtlich: Freihandel heißt es, weil es um den freien Handel geht, der durch nichts behindert werden darf, weder durch soziale, durch ökologische noch durch Verbraucher- oder Gesundheitsstandards.

(Unruhe)

Dabei drängen die Partner immer darauf, dass die für den Profit günstigsten Standards und Bedingungen durchgesetzt werden. Es sind nicht nur die US-Konzerne, die das tun, sondern das sind auch die europäischen.

(Michael Boddenberg (CDU): Das mit dem Profit ist auch ekelhaft! – Gegenruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE): Und das aus Ihrem Munde?)

– Ja, das ist das Profitstreben. Ich hätte gar nicht gedacht, dass Sie uns schon so viel näher gekommen sind.

Wir wollen ein soziales und solidarisches Europa. Wir wollen, dass die Menschenrechte und die in der EU-Grundrechtecharta verbrieften Rechte für alle in Europa lebenden Menschen gelten. Wir drängen darauf, dass die notwendige Versorgung mit Energie und Wasser als Menschenrecht gilt. Wir setzen uns für eine EU-Strategie gegen Armut und soziale Ausgrenzung ein, für die Durchsetzung der UN-Charta für die Rechte des Kindes und der UN-Charta für die Rechte der Menschen mit Behinderungen.

(Clemens Reif (CDU): Das hätten Sie alles in der DDR durchsetzen sollen, das wäre gut gewesen!)

Wir wollen, dass die EU im Kampf gegen den Klimawandel weltweit führend ist, sich für gerechte Handelsbeziehungen und für die Durchsetzung der weltweiten Entwicklungsziele einsetzt. Wir fordern, dass die EU den Kampf gegen Hunger und Krieg, gegen die Spekulationen mit Nahrungsmitteln auf die Spitze ihrer Agenda setzt.

Wir fordern eine radikale Umkehr in der Flüchtlings- und Asylpolitik. An den EU-Außengrenzen sind in den letzten 15 Jahren 23.000 Menschen gestorben. Menschen in Not brauchen unsere Hilfe. Die Menschenrechte sind unteilbar; denn kein Mensch ist illegal.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir fordern ein Ende der arroganten Haltung der Bundesrepublik Deutschland. Länder wie Spanien, Griechenland, Italien oder auch Bulgarien dürfen mit den Flüchtlingsproblemen nicht alleingelassen werden.

(Michael Boddenberg (CDU): Habe ich das überhört, oder haben Sie auch schon etwas zu Russland gesagt?)

Wir fordern einen Abschiebestopp z. B. von afghanischen Flüchtlingen aus den Mitgliedstaaten, da ihr Heimatland nicht als ein sicheres Land betrachtet werden kann.

Wir fordern eine an den Kriterien der OSZE ausgerichtete Friedens- und Außenpolitik der EU, eine Auflösung der Battle Groups, die Auflösung der EU-Rüstungsagentur und nicht zuletzt eine EU-Nachbarschaftspolitik, die nachhaltige Kooperation – ja – auch mit Russland einschließt.

Die Tatsache, dass 2012 weltweit 1.747 Milliarden Dollar für militärische Produktion ausgegeben wurden, die Tatsache, dass Deutschland zu den größten Waffenexporteuren der Welt zählt und zunehmend Waffen in Gebiete liefert, die keiner demokratischen Kontrolle unterliegen, die zunehmende militärische Ausrichtung der EU und ihrer Außen- und Sicherheitspolitik nehmen wir zum Anlass, um zu sagen: Wenn wir all dieses Geld, das für die Entwicklung, die Produktion, die Lagerung, den Vertrieb, den Kauf, die Instandhaltung, die Modernisierung und schließlich den Einsatz von Waffen und Waffensystemen aller Art aufgebracht wird, nutzen, um damit solidarische und nachhaltige Investitionen in unser Leben, in unsere Regionen, in unsere Umwelt zu finanzieren, dann, erst dann können wir wirklich davon sprechen, dass sich der Traum von einem Europa des Friedens verwirklichen lässt.

(Beifall bei der LINKEN – Clemens Reif (CDU): Angola, Mosambik!)

Von Europa, von Deutschland muss Frieden ausgehen. Deshalb muss Europa von unten neu gegründet werden. Dafür treten wir ein, auch bei den Wahlen zum Europaparlament. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

### Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:

Danke, Herr van Ooyen. – Für die FDP-Fraktion hat sich ihr Vorsitzender, Herr Rentsch, gemeldet. Sie haben das Wort.

### Florian Rentsch (FDP):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kollege van Ooyen, ich

muss wirklich sagen, bis jetzt haben alle Redner versucht, nicht immer einer Meinung, aber in einem sehr abgewogenem Bild,

(Holger Bellino (CDU): Sehr richtig!)

das, was wir 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg heute begrüßen können, die Europäische Union, mit all ihren Diskussionen, aber vor allem mit ihren Werten, die sie uns als Land, als Deutschen gegeben hat, und vor allem mit dem Frieden, in ein richtiges Licht zu stellen. Was Sie hier gemacht haben mit Verschwörungstheorien, Antiamerikanismus und einem Nationalstaatsbild, das bei Ihnen immer wieder durchkommt, das ist schon wirklich abwegig und schadet der europäischen Idee massiv.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Zuruf von der CDU: Gruselig!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will ausdrücklich sagen, dass ich die Aufregung von Staatssekretär Weinmeister, der sich mit Frau Ministerin Puttrich für das Thema engagiert, absolut nachvollziehen kann. Denn so viel Blödsinn darf trotz der Meinungsfreiheit hier nicht ungestraft stehen bleiben. Deshalb finde ich es auch richtig, dass wir jetzt über die Frage diskutieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Was heißt denn „ungestraft“?)

Frau Kollegin Wissler, ich glaube schon, dass alle Parteien in Deutschland 100 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg, 75 Jahre nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs, 65 Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik und 25 Jahre nach dem Mauerfall darüber diskutieren sollten, dass das, was wir heute haben, definitiv nicht gottgegeben ist, sondern dass viele Politiker in Europa – es sind viele genannt worden, Helmut Kohl, Willy Brandt – mit viel Einsatz, Engagement und teilweise ihrem Lebenswerk etwas erreicht haben, was heute für viele junge Menschen, die über Europa diskutieren – Frau Puttrich hat es gesagt –, völlig normal ist: offene Grenzen, gemeinsame Länder. Es ist eben nicht normal, sondern viele Politikergenerationen haben für dieses Europa, wie es heute ist, gekämpft.

Herr van Ooyen, deshalb kann man nicht das machen, was die Populisten so einfach machen – seien sie links oder rechts zu Hause, das ist mir völlig egal –,

(Beifall bei der FDP und der CDU)

und sagen, es ist ein Europa der Banken, es ist ein Europa der Finanzhaie, es ist ein Europa, das am amerikanischen Gängelband hängt. Meine Damen und Herren, das wird dem, was wir heute diskutieren, weiß Gott nicht gerecht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Viele Kollegen von der Europa-Union sind da, Kollege von Hunnius, der lange in unserer Fraktion die Europapolitik verantwortet hat.

Ich glaube, dass wir als Land Hessen in den letzten Jahren und Jahrzehnten sehr stark von der Europäischen Union und der europäischen Idee profitiert haben. Gelegentlich muss man ein bisschen differenzieren zwischen der europäischen Idee und der Europäischen Union. Trotzdem ist Hessen eine der stärksten Wirtschaftskräfte in der Eurozone, immerhin Platz 12 von 28 EU-Staaten, wenn man Hessen einmal herausrechnen würde, stärker als Finnland, Griechenland und Portugal. Wir profitieren massiv davon – Kollege Schäfer-Gümbel hat es gesagt –, dass es andere

Länder gibt, die im Vertrauen auf deutsche Qualität Waren und Dienstleistungen aus unserem Land abnehmen.

Diese besondere Situation sorgt übrigens auch dafür, dass wir in unserem Land, gerade in der Rhein-Main-Region und in vielen anderen Teilen unseres Landes, einen so großen Wohlstand haben. Der ist auch nicht vom Himmel gefallen, den haben die Arbeitnehmer und Arbeitgeber in diesen Bereichen gemeinsam erarbeitet.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Erarbeitet haben ihn nur die Arbeitnehmer!)

– Ich glaube, dass auch Arbeitgeber arbeiten, Herr Kollege. Aber das ist Ihr Bild.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Nein, erarbeitet haben ihn die Arbeitnehmer!)

– Wenn man immer nur so einseitig denkt, muss das Leben doch relativ langweilig sein. Das Leben ist doch deutlich differenzierter, als uns die Linkspartei gelegentlich in Debatten zu verkaufen versucht.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

So einfach ist die Welt doch nicht. Man muss doch nicht immer einen Gegensatz zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufmachen. Wir können doch feststellen, dass das, was wir in Hessen als Partnerschaft beider Seiten haben, dazu führt, dass wir einer der erfolgreichsten Wirtschaftsstandorte sind und dass wir massiv von der Europäischen Union profitiert haben.

Deshalb haben wir in unserem Antrag heute vor allem darauf hingewiesen, dass die Bedeutung der Stadt Frankfurt in diesem europäischen Konzert eine ganz besondere ist und dass wir neben den Europastädten wie Brüssel und Straßburg mit Frankfurt eine Stadt haben, die es mit ihrer besonderen Qualität als Finanzplatz, aber auch als ein Ort, der mitten in Europa zu Hause ist, der wirklich auch lokal mitten in Europa zu Hause ist, aufgrund guter Infrastruktur, aber auch aufgrund des Einsatzes der Politik, der Hessischen Landesregierung und vieler Kolleginnen und Kollegen gemeinsam mit der Bundesregierung, geschafft hat, dass in den letzten Jahren wesentliche Institutionen der Europäischen Union nach Frankfurt gekommen sind und nicht nach Paris, nach Amsterdam oder in andere Städte Europas, sondern dass Frankfurt ganz bewusst mit diesen Institutionen ausgezeichnet worden ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das ist für uns eine besondere Herausforderung, eine besondere Verantwortung, aber vor allem eine unglaubliche Chance.

Herr van Ooyen, da will ich Ihnen konkret widersprechen. Ich erlebe Europa nicht nur als ein Friedensprojekt, sondern wirklich als einen Ort, wo Freizügigkeit und Internationalität gelebt werden. Das ist übrigens etwas, worin die Region Frankfurt/Rhein-Main eine besondere Qualität hat. Es ist die internationalste Region, die wir in Deutschland haben. Wir profitieren davon, dass wir so weltoffen und international sind. Diese Internationalität, diese Weltoffenheit sollten wir uns nicht von solchen Parolen kaputt machen lassen. Dagegen sollten die Demokraten gemeinsam arbeiten.

(Beifall bei der FDP und der CDU – Willi van Ooyen (DIE LINKE): Frontex!)

Frau Puttrich, ich will Sie ausdrücklich unterstützen in der Frage, dass wir das gemeinsam nach vorne treiben müssen, dass wir für die europäische Idee werben müssen. Ich will aber auch sagen, die Hessische Landesregierung wird nicht darum herumkommen, sich mit der Frage zu beschäftigen: Was soll denn aus unserer Sicht Europa sein? Wie stellen wir uns Europa vor? Welche Institutionen gibt es dort, und wie wird Europa zum Schluss für die Bürger sein? Das merke ich jedenfalls in vielen Debatten: Die Bürger erwarten von uns schon Konkretes.

Ich habe gestern mit Kollege Boddenberg eine Debatte bei der IHK in Frankfurt geführt – wir waren nicht einer Meinung, aber wir haben es diskutiert –: Welche Ebenen wird es zum Schluss geben? Wenn wir die europäische Ebene stärken, sind dann in 20 Jahren noch die Strukturen, wie wir sie in Deutschland haben, Bund, Länder, in Hessen Regierungspräsidien und Kommunen, notwendig, oder gibt es möglicherweise eine Ebene weniger?

Die Regionen auf der unteren Ebene, der Bund auf der oberen Ebene: Ich glaube, das sage ich ganz offen, dass da möglicherweise die Frage gestellt wird, ob wir die Länder in dieser Form in 20 Jahren noch brauchen. Die Zusammenlegung der Länder ist eine Aufgabe, die die deutsche Politik lösen muss. Aber man darf doch die Frage stellen: Ist unsere Ebene an der Stelle überhaupt noch notwendig? Ist sie möglicherweise in 15 bis 20 Jahren nicht mehr notwendig, weil wir die Aufgaben übertragen können? Diese Fragen müssen wir beantworten. Unsere Aufgabe, die wir für die Bürgerinnen und Bürger erledigen müssen, ist, effiziente Strukturen zu schaffen, in denen Subsidiarität gelebt wird, in denen Subsidiarität keine Floskel ist, innerhalb derer in Brüssel nichts entschieden wird, was eine Kommune oder eine Region wirklich besser entscheiden kann. Auf der anderen Seite müssen wir aber auch unsere Hausaufgaben machen, indem wir dafür sorgen, dass wir in diesem Landtag keine Debatten über Dinge führen, für die wir keine Entscheidungskompetenzen haben, sondern Debatten nur darüber führen, wo wir etwas entscheiden können, und nicht alles doppelt oder dreifach machen. Das wird eine Aufgabe sein, mit der wir uns auseinandersetzen müssen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Frau Wissler, ich sage Ihnen ganz offen: Ich stelle mir ein Europa der Regionen vor, wobei die Regionen natürlich eine Zusammenfassung Starker und Schwacher sein müssen. Allein das Rhein-Main-Gebiet oder nur Mittelhessen reicht da nicht; eine Region muss eine fassbare Größe haben. Die Regionen stehen in einem Wettbewerb um die besten Ideen und die besten Konzepte. Das ist nichts Negatives, wie die Linkspartei den Leuten immer gern verkaufen möchte, sondern es ist etwas Positives, wenn ein Wettbewerb um Ideen stattfindet und sich die besseren Ideen durchsetzen. Europa ist nicht „gleich“: Man spricht nicht nur verschiedene Sprachen, sondern die Europäer sind auch höchst unterschiedlich. Das ist aber eine der positiven Erscheinungen in Europa, dass wir darum konkurrieren, wer möglicherweise auf dem einen oder anderen Gebiet der Bessere ist. Das ist nichts, von dem man sich bedroht fühlen muss, Frau Kollegin Wissler.

(Beifall bei der FDP – Janine Wissler (DIE LINKE): Die FDP steht im Wettbewerb bei 3 %!)

– Ich habe mir die Emnid-Umfrage angesehen; da waren wir heute schon bei 5 %. So ist das manchmal. Man sollte

sich von Umfragen nicht treiben lassen. Das habe ich auch bei der Landtagswahl nicht getan. Deshalb war ich lange Zeit so guter Stimmung. Aber manchmal gehen Wahlen völlig anders aus.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das ist der Wettbewerb der Ideen, Herr Rentsch!)

– Vom Wettbewerb haben wir nicht schlecht profitiert, aber man muss seine Ideen immer wieder in eine neue Form bringen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): In einem Wettbewerb gibt es immer Verlierer!)

Frau Staatsministerin, diese Frage wird die Hessische Landesregierung beantworten müssen. Ich gebe zu, da ist es mir etwas zu wenig, wenn gesagt wird, man freue sich, dass jetzt Europa- und Bundespolitik wieder in einer Hand liegen. Ich hatte nicht das Gefühl – Sie haben das selbst gesagt –, dass diese Politikbereiche in den vergangenen Jahren bei den Kollegen Boddenberg und Hahn in schlechten Händen lagen. Ganz im Gegenteil, da gab es ein großes Miteinander. Bundes- und Europapolitik in eine Hand zu legen, ist kein Ergebnis positiver Art, sondern man muss sehen, was hinten herauskommt, wie ein großer deutscher Politiker gesagt hat.

Wir werden genau beobachten, wie sich die Hessische Landesregierung positioniert. Deshalb ist ein Satz, den Sie vorhin gesagt haben, für uns ein wichtiger Punkt. Sie haben gesagt, Sie seien gegen eine Finanztransaktionssteuer. Nachdem die Märkte etwas unruhig waren, nachdem der schwarz-grüne Koalitionsvertrag auf den Markt kam und die GRÜNEN noch bei vielen Wahlkampfveranstaltungen gesagt hatten: „Eine Finanztransaktionssteuerung ist notwendig“, ist es doch gut und richtig, dass die Hessische Landesregierung jetzt klarstellt, dass das möglicherweise nicht der richtige Weg war und dass man jetzt versucht, den Finanzplatz mit seiner außerordentlichen Bedeutung in Europa zu stärken. Diese Bedeutung ist durch die Zustimmung der Chinesen gewachsen, den Renminbi nach Frankfurt zu bringen. Das ist eine klare Botschaft. Die Finanzmärkte wissen jetzt: Die Hessische Landesregierung steht und wackelt an dieser Stelle nicht. – Das kann man nur begrüßen.

(Beifall bei der FDP)

Deshalb kann man zu diesem Punkt eigentlich sagen: Hessen braucht Europa. Ohne Europa, ohne das, was wir in den letzten Jahren auf den Weg gebracht haben, wird Hessen nicht funktionieren. Deshalb war es trotz der vielen Kritik richtig, dass wir es geschafft haben, dass es eine attraktive Landesvertretung gibt, die mit vielen Veranstaltungen auch für hessische Interessen wirbt. Ich habe gesehen, dass gerade das Handwerk im Hessischen Landtag vertreten war. Wir – Herr Hahn, ich und andere Minister – haben in Brüssel gemeinsam dafür geworben, den Meisterbrief zu erhalten. All das sind Themen, bei denen wir hessische Interessen nach Brüssel bringen müssen, um die Kolleginnen und Kollegen vor Ort mit diesen Fragen zu konfrontieren. Das hat sich gelohnt und war richtig – trotz der vielen Kritik, die wir dafür bekommen haben, teilweise auch aus diesem Hause.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ich will einen zweiten Punkt erwähnen. Ich glaube, dass wir Hessen die Struktur der Europäischen Union gemein-

sam mit dem Bund vorantreiben müssen, um sie positiv zu verändern. Deshalb will ich im zweiten Teil meiner Rede erwähnen, dass ich schon der Auffassung bin, dass nicht jegliche Kritik an der Europäischen Union unmöglich ist, weil dort alles gottgegeben ist, sondern dass viele Entwicklungen hinterfragt werden müssen. Das, was jetzt im Europawahlkampf von vielen Politikern verlangt wird, ist dringend notwendig. Die Europäische Kommission sollte sich im Vorfeld einer Legislaturperiode festlegen, in welchen Bereichen sie tätig werden will und in welchen Bereichen sie nicht tätig werden will.

Kollege Boddenberg und ich, wir können uns erinnern, dass wir Initiativen der Europäischen Union auf den Tisch bekommen haben auf Feldern, auf denen sie vorher gar keine Aktivitäten entfaltet hatte, sich kluge Mitarbeiter der Kommission aber Gedanken gemacht haben, wo man denn noch eine Initiative auf den Weg bringen könnte. Das schafft nicht nur bei den Verantwortlichen hier vor Ort Misstrauen, sondern auch bei den Bürgern, weil man plötzlich mit Problemstellungen konfrontiert wird, die man zuvor überhaupt nicht als Problemstellungen gesehen hat.

Deshalb muss die Europäische Kommission vorher sagen, in welchen Bereichen sie tätig wird. Sie muss dann aber auch konsequent sagen: Von den anderen Bereichen lassen wir die Finger, wir müssen nicht alles doppelt und dreifach machen. – Subsidiarität sollte man eben nicht nur als Wort in den Mund nehmen, sondern man sollte sie auch leben. Das heißt: Finger weg von Sachen, die einen nichts angehen. – Das ist genauso richtig und wichtig wie das, was wir vorher diskutiert haben.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ein dritter Punkt. Es gibt Parteien – ich will deren Namen gar nicht wiederholen, weil sie aus meiner Sicht zurzeit zu viel Unterstützung, auch seitens der politischen Konkurrenz, bekommen –, die die Eurokrise mit dem Thema Europa vermischen. Das halte ich für eine der gefährlichsten Entwicklungen. Hinsichtlich der Eurokrise kann man bei dem, was in den letzten Jahren passiert ist, unterschiedlicher Meinung sein. Die Rettungspakete waren sehr weitgehend – das sehe zumindest ich so –, und man kann definitiv auch darüber streiten, ob die Kompetenzen und Befugnisse der Parlamente ausgehebelt worden sind. Ich glaube, dass man über diese Grundsatzfrage schon streiten kann, wenn man sieht, welche Möglichkeiten der ESM und die Troika haben, wenn man sieht, dass die Zustimmung der Parlamente nicht mehr notwendig ist, wenn es darum geht, die Höhe der finanziellen Unterstützung festzulegen.

Trotzdem muss man fragen: Welche Alternative gab es zu dieser Idee? Das ist ja die Abwägung, vor der die Politik immer steht. Ich glaube, in vielen Fällen kann man schon jetzt sehen, dass Staaten, die in diesen Bereichen große Probleme hatten, z. B. Portugal und Irland – gerade kleine Länder –, sich jetzt durch große Anstrengungen aus der Krise herausarbeiten und wieder in der Lage sein wollen, auf eigenen Füßen zu stehen. Das ist etwas, was nicht nur unsere Anerkennung verdient. Es war ja unser Beitrag, diesen Staaten in schwieriger Zeit zu helfen, Probleme zu überbrücken und diese Länder überhaupt wieder auf den Weg zu bringen. Trotzdem muss man sagen: Vielen hätte man es nicht zugetraut, dass sie den Weg so konsequent gehen. Der ist noch lange nicht zu Ende, aber das, was wir jetzt an Zwischenergebnissen vorliegen haben, ist an vielen

Stellen mehr als positiv zu bewerten. Dieser Weg muss weitergegangen werden.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Umso schwieriger ist es, das will ich nicht verschweigen, dass gerade das Land, das hier ein bisschen die Geschwindigkeit vorgegeben hat, die Bundesrepublik Deutschland, bei diesen Reformanstrengungen jetzt mit schlechtem Beispiel vorangeht. Kollege Boddenberg, unter vier Augen wären wir sicher einer Meinung, dass die Rentenreform so, wie sie vorgelegt wird, nicht sinnvoll ist.

(Beifall bei der FDP)

Bei der demografischen Entwicklung, die wir in Deutschland haben, jetzt 230 Milliarden € umzuverteilen, jedem jungen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, der 16 Jahre alt ist, 80.000 € wegzunehmen, ist unsinnig. Wenn diese Rentenreform umgesetzt wird, kann ich verstehen, dass das jungen Menschen Sorgen macht. Ich glaube, es ist ein völlig falsches Signal, wenn gerade das Land, das in den letzten Jahren Geschwindigkeitsmacher bei der Frage war, wie Reformen umgesetzt werden – ich nenne als Beispiel die Agenda 2010 –, zu einem schlechten Beispiel für Europa wird. Das ist der völlig falsche Weg.

(Beifall bei der FDP)

Das ist aber auch deshalb falsch, weil wir auf dem Arbeitsmarkt, wie er sich darstellt – ich weiß, dass ich da Michael Boddenberg an meiner Seite habe –, alles dafür tun müssen – –

(Michael Boddenberg (CDU): Jetzt reicht es aber! – Heiterkeit – Lothar Quanz (SPD), an Michael Boddenberg (CDU) gewandt: So viel Lob auf einmal!)

– Ich weiß, es verunsichert in den eigenen Reihen, dass wir noch Gemeinsamkeiten haben. Aber ich habe auch bei der gestrigen Begegnung Gemeinsamkeiten festgestellt. Die Zahl der übrig gebliebenen Gemeinsamkeiten ist also gar nicht so gering.

(Zuruf von der SPD: Sie sind noch nicht in der Opposition angekommen!)

– Es muss ja nicht jeder Opposition so betreiben wie Sie. Jeder geht seinen eigenen Weg. Das nehme ich auch für meine Fraktion in Anspruch.

Fakt ist, dass wir beim Thema Fachkräfte in Deutschland vor einer großen Herausforderung stehen. Das ist eines der großen Themen, die wir alle vor Ort von den Unternehmen hören. Deshalb ist die Frage, wie man ein Rentensystem so gestalten kann, dass man Anreize für Menschen setzt, die älter sind und gerne weiterarbeiten wollen, eine wesentliche Frage.

Einen zweiten Aspekt hat Frau Puttrich angesprochen: die Arbeitslosigkeit, vor allen Dingen die Jugendarbeitslosigkeit in ganz Europa.

Das Projekt mit den jungen Spaniern, das wir – Kollege Boddenberg, Kollege Grüttner und ich – damals auf den Weg gebracht haben, hat Diskussionen hervorgerufen. Wir sind z. B. von den LINKEN kritisiert worden, nach dem Motto: Gibt es nicht genug Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland? Kümmert euch doch erst einmal darum. – Ich habe die Pressemitteilung noch.

So viel zum Thema nationale Einstellung. Frau Kollegin Wissler, wenn Europa unser Thema ist, müssen wir uns um Europa kümmern und nicht nur um unser Land.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

Ein zweiter Punkt ist mir sehr wichtig, nämlich die Frage, was wir dort vorgefunden haben. Wir haben damals dort eine Jugendarbeitslosigkeit von ca. 67 % vorgefunden – eine unglaubliche Zahl. Wenn die Schwarzarbeit in der Region Madrid nicht so verbreitet wäre, wäre das Problem noch viel drückender.

Die jungen Spanier, mit denen wir es dort zu tun hatten, waren unglaublich motiviert. Die wollten aus dieser Situation heraus. Die Eltern, mit denen wir dann diskutiert haben, haben uns eine Botschaft mitgegeben, die mich heute noch beeindruckt. Sie haben gesagt: Unsere Kinder sind viel stärker in der Familie verwurzelt, als das bei euch der Fall ist; die Bindung ist noch viel stärker. Aber wir wollen, dass unsere Kinder die Chance haben, einen Beruf zu erlernen, anstatt hier die nächsten Jahre in der Arbeitslosigkeit zu verbringen und keine Perspektive zu haben. – Das haben sie mit Tränen in den Augen gesagt; die Kollegen können sich an die Situation erinnern.

Deshalb müssen wir sagen, es ist unsere gemeinsame Verantwortung, dass wir, wenn hier Arbeitskräfte gebraucht werden, zunächst einmal an die europäischen Partner denken: daran, ob wir möglicherweise gemeinsam etwas auf die Beine stellen können, um jungen Menschen eine Berufsausbildung mitzugeben. Das macht das hessische Handwerk Gott sei Dank zurzeit an vielen Stellen. Das ist ein Weg, der gegenseitige Verantwortung für die Biografien bedeutet.

(Beifall bei der FDP)

Aber er bedeutet auch, dass wir uns auf die Frage einlassen, wie man den europäischen Binnenarbeitsmarkt weiter forcieren kann. Ich will ausdrücklich sagen, dass die Sprachkompetenzvermittlung einer der wesentlichen und drängendsten Punkte ist, die wir in Europa angehen müssen, damit dieses Thema von der Europäischen Union gemeinsam mit den Mitgliedstaaten stärker forciert wird: Sprache muss sehr viel früher gelehrt werden, als wir es zum Teil noch machen, und wir müssen einen Konsens dahin gehend erzielen, dass wir neben Deutsch, das wirklich eine unglaublich schöne Sprache ist, aber nur selten gesprochen wird, eine zweite Sprache haben, vor allen Dingen Englisch.

Die Durchlässigkeit der Arbeitsmärkte wird aber weiterhin ein großes Problem bleiben. Da müssen wir ran; denn wir haben ein gemeinsames Interesse daran, dass dieses Arbeitssystem durchlässiger wird. Es dürfen nicht, wie es die Kommission macht, einfach Jobgarantien gegeben werden. Die stehen dann zwar auf dem Papier, aber viele Jugendliche in den Regionen, in denen die Arbeitslosigkeit hoch ist, werden dadurch frustriert; denn sie haben etwas auf dem Papier stehen, was sie nicht am eigenen Leib erfahren. Das ist ein wesentlicher Punkt.

(Beifall bei der FDP)

Ich will auf zwei weitere wesentliche Punkte eingehen, die aus meiner Sicht dringend in einer solchen Debatte erwähnt werden müssen. Der eine Punkt ist das Freihandelsabkommen. Ich finde, in der Behandlung dieses Themas

spiegeln sich der Antiamerikanismus und der Nationalismus vieler wider.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

– Ja, Herr van Ooyen, es ist doch für Sie eine Anerkennung, wenn ich sage, dass Sie antiamerikanisch aufgestellt sind. Das ist doch eine DNA Ihrer Partei. Wenn das nicht zur Linkspartei gehört, dann weiß ich es nicht. Das würde mich wundern.

(Beifall bei der FDP)

Ich will ausdrücklich sagen, dass ich der Bundesregierung und den dortigen Kollegen dankbar dafür bin, dass über TTIP so verhandelt wird. Was die Chancen für dieses Freihandelsabkommen betrifft, sehe ich es so, dass sich doch immer die Frage stellt – neben all den Diskussionen, die zu Recht geführt werden, das muss ich sagen; zu dem, was immer als Beispiel herausgegriffen wird, habe ich auch eine Meinung –: Welche Alternativen gibt es für uns dazu? Wie wichtig sind die USA für unseren Import und unseren Export?

Wenn wir uns die Zahlen anschauen – 60 % der von den USA global getätigten Investitionen erfolgen in Europa, 50 % des ökonomischen Outputs der USA sind in Europa zu verzeichnen, 40 % des Weltsozialproduktes werden in dieser Beziehung erwirtschaftet –, können wir doch nicht sagen, das interessiert uns nicht. Vor allem wenn wir uns hessische Unternehmen anschauen und sehen, wie wichtig für sie die Partnerschaft mit den Kollegen in den USA ist, erkennen wir, wie notwendig dort gemeinsame verbindliche Regeln sind. Deshalb ist dieses Transatlantische Handelsabkommen weiß Gott alternativlos – obwohl ich diesen Begriff nicht mag. Wir brauchen eine solche gemeinsame Vereinbarung. Sie ist nicht negativ für unser Land, sondern positiv.

Das sage ich jetzt an die Kollegen von den GRÜNEN gerichtet, die ich bei vielen Veranstaltungen erlebe und die die Diskussionen dort nach dem Motto: „Man kann auch einmal dagegen sein, man muss nicht immer für alles sein, dagegen zu sein ist ebenfalls ein Rezept“, laufen lassen: Herr Kollege Wagner, natürlich wird das erst einmal intern verhandelt. Glauben Sie denn allen Ernstes, dass es, wenn ein solches Freihandelsabkommen auf den Märkten Hessens verhandelt würde, dort Einigungsmöglichkeiten in irgendeiner Form gäbe?

Es ist der Auftrag der Politiker, so etwas intern zu verhandeln, dann Verantwortung zu übernehmen und etwas vorzulegen. Das brauchen wir. Ich kann nur sagen: Viele sind auf dem Holzweg, die das zurzeit, ähnlich wie die Linkspartei – aber auch andere machen das –, kritisieren. Das wäre der völlig falsche Weg.

(Beifall bei der FDP)

Es gibt in vielen Ländern der Europäischen Union gemeinsame Herausforderungen. Eines der großen Themen wird die Energiewende sein. An dieser Stelle will ich sagen, ich bin der festen Überzeugung, dass das ein europäisches Thema ist, kein nationales. Der deutsche Alleingang in diesem Bereich hat zu den zweithöchsten Industriestrompreisen in Europa geführt, die mittlerweile zur Folge haben, dass viele Unternehmen im Intensivenergiebereich über die Frage nachdenken, ob weiter hier investiert wird oder ob man geht. Es sind schon Unternehmen gegangen; viele halten Investitionen zurück. Das sind Unternehmen, die auch

für die Linkspartei und viele andere interessant sind, weil sie einfache Tätigkeiten in der Industrie anbieten.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wie oft sagt er noch „Linkspartei“?)

Frau Kollegin Wissler, das sind wirklich wichtige Unternehmen. Darüber sollte man nicht lächeln, sondern die hessische Politik sollte die Verantwortung dafür übernehmen, für diese Unternehmen optimale Rahmenbedingungen zu schaffen, anstatt sie sukzessive aus dem Land zu treiben. Diese Verantwortung kann ich für uns Liberale sehen.

(Beifall bei der FDP – Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Deshalb muss man feststellen, ein Alleingang in der Energiepolitik führt in die energiepolitische Katastrophe, nicht nur was die Preise und die Versorgungssicherheit angeht, sondern vor allem auch im Hinblick auf die Frage, wie die energiepolitischen Ziele der Energiewende wirklich zu erreichen sind. Die CO<sub>2</sub>-Bilanz dieser Energiewende ist negativ.

(Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Herr Kollege von der SPD, deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass in vielen Bereichen mittlerweile nicht nur Sozialdemokraten unruhig werden. Das scheint an Ihnen vorbeigegangen zu sein; das merke ich. Aber es gibt gute Sozialdemokraten, die bei diesem Thema unruhig werden.

Es gibt jedoch auch viele europäische Nachbarländer, in denen die Menschen nur noch den Kopf darüber schütteln, dass die Deutschen wieder alles besser wissen, nicht nur in den Bereichen, über die wir sonst diskutieren, sondern auch bei der Energiewende, und den Menschen in Europa erklären wollen, nur dieser Weg mache sie glücklich.

(Timon Gremmels (SPD): Abwarten!)

– Herr Kollege Gremmels, wir wollen nicht abwarten. Wir wollen auf die Gefahren hinweisen, und wir wollen, dass dieser Unsinn nicht weiterverfolgt wird.

(Beifall bei der FDP)

Mittlerweile verursacht nämlich das, was passiert, irreparable Schäden an der deutschen Volkswirtschaft. Es wäre eine Katastrophe, wenn das so weiterginge.

(Beifall bei der FDP)

In diese Diskussion können Sie die Ökodesign-Richtlinie genauso integrieren wie viele andere Punkte, die aus meiner Sicht zu erwähnen sind, wenn wir über Fehlentwicklungen auf der europäischen Ebene sprechen.

Lassen Sie mich zum Fazit kommen: Ich glaube, dass wir Hessen in den letzten Jahren erheblich von der Europäischen Union profitiert haben und dass wir alle, auch außerhalb des Europawahlkampfes, dringend aufgefordert sind, mehr Werbung für die europäische Idee zu machen, und zwar nicht nur zu einer Zeit, in der Regierungserklärungen in einem Landtag gehalten werden.

Ich glaube, dass der Landtag, d. h. wirklich alle Fraktionen, versuchen muss, neben dem Hessenfest – die Kollegen in unserer Landesvertretung in Brüssel machen das hervorragend; das will ich ausdrücklich sagen – eine noch stärkere Präsenz in Brüssel zu zeigen, um den Kollegen klarzumachen, es gibt auch noch Länder. Viele europäische Parlamentarier sind nämlich überrascht, zu erfahren, dass es die Regionen, über die man immer spricht, wirklich

gibt. Ja, es gibt Regionen. Wir machen hier auch eine ganz ordentliche Arbeit. Es ist richtig, die Kollegen in Brüssel und in Straßburg damit zu konfrontieren, auch mit den Problemen, über die wir diskutieren. Das ist eine Bringschuld, die wir als hessische Parlamentarier haben.

Aber ich will zum Schluss ausdrücklich sagen: Ich hoffe, dass bei dieser Wahl die Menschen nicht denjenigen auf den Leim gehen, die in ihren Botschaften vermeintlich einfache Rezepte präsentieren. Die europäische Idee hat an vielen Stellen definitiv Veränderungsbedarf. Aber es darf niemals der Eindruck erweckt werden, dass das, was in den letzten Jahren hier entstanden ist, den Menschen geschadet hat. Im Gegenteil, das, was wir gemeinsam auf den verschiedenen Ebenen erreicht haben, war für viele Menschen in Europa eine Friedenssicherung und eine Wohlstandssicherung, und es war vor allen Dingen der Versuch, Grenzen zu überwinden. An diesem Punkt sollten wir definitiv weitermachen. Das sollte auch von allen Demokraten im Hessischen Landtag unterstützt werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Dr. Ulrich Wilken:**

Danke, Herr Rentsch. Herr Rentsch, schenken Sie mir noch einmal kurz Ihre Aufmerksamkeit: Ich möchte Sie daran erinnern, dass das von Ihnen zu Beginn Ihrer Rede gebrauchte Wort „Blödsinn“ in diesem Haus als unparlamentarisch betrachtet wird. Um der Internationalität dieser Debatte gerecht zu werden, sage ich: „just for future notice“.

Als Nächster hat sich Herr Boddenberg, Vorsitzender der CDU-Fraktion, zu Wort gemeldet.

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Jetzt gerate ich natürlich insofern in Schwierigkeiten, als dass ich bei dieser Bemerkung des Kollegen Rentsch einen Zwischenruf getätigt habe, der seine Aussage bestätigt hat. Der Präsident wird jetzt überlegen, wie er mit dieser Bemerkung umgeht.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Am besten rügen!)

Ich will mich zunächst ausdrücklich für diese sehr notwendige Debatte bedanken – nicht nur, weil wir in wenigen Tagen eine für Europa und die ganze Welt wichtige Wahl in der Europäischen Union haben, sondern weil wir diesen Diskussionsprozess um die weitere Entwicklung der Europäischen Union auch bei jeder sich bietenden Gelegenheit führen müssen.

Der Kollege Rentsch hat völlig zu Recht darauf hingewiesen – ich will ganz zum Schluss meiner Rede noch einmal darauf kommen –, dass wir tatsächlich eine Debatte darüber führen müssen, was eigentlich unsere Vorstellung eines Europas in 20 oder 30 Jahren ist. Ich will aber den Satz vorwegschicken, dass ich es für falsch halten würde, wenn wir mit aller Macht Termine setzten, um zu sagen: Dann sind wir so weit, ein Bild von Europa auch mit Blick auf die konstitutive Seite zu haben. – Vielmehr ist es ein permanenter und immer wieder auch von aktuellen politischen Ereignissen getragener Prozess, der nichtsdestotrotz intensiv geführt werden muss und sicher auch manche Auseinandersetzung mit sich bringen wird.

Mit Blick auf den kommenden Sonntag ist angesprochen worden, dass wir einige Sorgenfalten haben. In Deutschland ist das beispielsweise die auch nach den jetzigen Prognosen immer wieder befürchtete relativ geringe Wahlbeteiligung. Das ist aber auch die allgemeine Skepsis in vielen Umfragen. Daran beteiligen sich ja nahezu alle Print- und elektronischen Medien, nämlich an der Verbreitung dieser vielen kleineren Teilen von Europapolitik. Frau Kollegin Puttrich und andere haben die vielen Banalitäten genannt, z. B. die Gurke oder die Banane, die dort thematisiert werden. Das führt am Ende dazu, dass diejenigen, die sich nicht tagtäglich mit den historischen Dimensionen dieser Frage befassen, am Ende glauben, dass die Bedeutung Europas auf solche Banalitäten reduziert werden könne. Das wiederum ist häufig genug ein Teil der Gründe dafür, dass wir in nahezu allen Mitgliedstaaten rechts- wie links-populistische Parteien haben, die diese Spielbälle aufnehmen, um daraus billigste Polemik zu produzieren und dann zu einer hohen Frustration mit Blick auf Europa zu führen, aktiv dazu beizutragen und am Ende genau das als Signal und Zeichen dafür zu nehmen, dass die Menschen dieses Europa nicht wollen, welches sie selbst fälschlicherweise auf solche Banalitäten reduziert haben.

(Zuruf des Abg. Willi van Ooyen (DIE LINKE))

Ob das der Front National, die Linksextremen in Griechenland oder die United Kingdom Independence Party ist, die in den Umfragen in Großbritannien mittlerweile ganz vorn steht, oder aber die kleineren, schon traditionell europaskeptischen Parteien wie beispielsweise die FPÖ: Ja, ich glaube – und da haben Sie völlig recht, Herr Schäfer-Gümbel –, dass wir uns mit diesen Parteien, auch der AfD, intensiv auseinandersetzen müssen. Diese Auseinandersetzung führen wir, aber wir führen sie bitte nicht so einseitig, dass wir alle diejenigen, die dort möglicherweise ein Kreuz machen wollen, von vornherein stigmatisieren.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nein, darum geht es auch nicht!)

Viele sind diesen Polemiken auf den Leim gegangen, und deswegen müssen wir ohne Schaum vorm Mund darüber reden – aber dort, wo es notwendig ist, auch mit klarer Kante und Ansage.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Was sind die wahren Ursachen dafür? Natürlich ist die hinter uns liegende und vielleicht auch noch nicht tatsächlich bewältigte Wirtschaftskrise einer der wesentlichen Gründe dafür, dass man größeren Gebilden im Allgemeinen zunehmend misstraut. Wenn ich mir in Umfragen die Akzeptanz anschau, die die Deutsche Bundesbank über Jahrzehnte hatte, und dann schau, wie es heute mit der EZB aussieht, erschrickt man, dass die Akzeptanz dort europaweit dramatisch unterhalb derer liegt, die wir in unserem Land über viele Jahre erfreulicherweise gegenüber der Deutschen Bundesbank feststellen konnten.

Wenn man sich die Frage stellt, wie das denn kommt, wo doch die Politik der EZB eigentlich eine ist, die gerade den Problemländern hilft, über die wir seit Jahren reden, dann stellt man fest, dass die tatsächliche Politik und das, was konkret passiert, und die Stimmungslagen, die dort auf der anderen Seite erzeugt werden – durch wen oder durch welche Ereignisse auch immer –, nicht immer übereinstimmen. Wenn man im ganz großen statistischen Mittel einen Europäer fragt, ob er die EU eigentlich für gut, gerecht und

ein erstrebenswertes Gebilde hält, sagen Mehrheiten schon noch Ja. Aber wenn Sie fragen, wie es ihm selbst in der EU geht, bis hin nach Griechenland oder Spanien, dann werden Sie deutlich höhere Zustimmungswerte bei der Frage haben, ob es ihm eher schlecht geht. Das heißt, auch hier ist eine allgemein negativere Stimmungslage zu verzeichnen – wie wir das übrigens auch in Deutschland bei vielen Umfragen erleben –, als wenn man den Einzelnen konkret fragt, was dieses Europa für ihn persönlich bedeutet.

Deswegen müssen wir daran arbeiten, dass mit der allgemeinen Stimmungslage am Ende dieser Wirtschaftskrise, nämlich dass es gegen ein Primat der Politik ein Primat der Märkte gibt, aufgeräumt wird. Ich gehöre nach wie vor zu denen, die behaupten und dies auch belegen können, dass die Politik sehr wohl und sehr restriktiv dieses Primat der Märkte reguliert hat; sicherlich noch mit einer ganzen Reihe weiterer Notwendigkeiten an zusätzlicher Regulierung, aber immerhin so, dass wir heute feststellen können, dass die europäische Welt wie auch die Stabilität unserer Währung, die auch in sozialpolitischer Hinsicht ein hohes Gut darstellt, sehr viel stabiler geworden ist, als das noch vor fünf oder sechs Jahren und erst recht vor Ausbruch der Krise der Fall war. Dort kannten wir die Volatilität, wir kannten die Risiken, die Spekulationsblasen überhaupt nicht, die seinerzeit durch Ereignisse in den Vereinigten Staaten von Amerika zum Tragen gekommen sind und eine ganze Reihe von Antworten der nationalen und der europäischen Politik gefunden haben, die zwar noch nicht zu Ende sind, aber angesichts derer wir sagen können, dass die Behauptung, wir hätten einfach zugeschaut, und die Exzesse der Banken würden weiter fröhliche Urstände feiern, wahrlich unsinnig ist. Es sind genau die Projektionen in dieser Politik, die rechts- wie linkspopulistische Parteien immer wieder vortragen, um Europafrustration statt Europa-Begeisterung zu verbreiten.

(Beifall bei der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Was macht eigentlich der Wahlkampf der CSU mit dem Slogan „Wer betrügt, der fliegt“?)

Ja, es gibt Ängste vor der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Ich erinnere an die Debatten vor elf Jahren, als die zehn osteuropäischen Länder dazugekommen sind. Ich erinnere an die Debatten um Rumänien und Bulgarien. Auch dort sind Ängste geschürt worden und – durchaus zu Recht – Hinweise darauf erfolgt, dass diese unterschiedlichen Sozial- und Lohnstrukturen natürlich zu Verwerfungen führen könnten, wenn diese auf einmal unkontrolliert aufeinanderprallen.

Aber all das, was seinerzeit an Horrorszenarien verbreitet worden ist, ist nicht eingetreten. Im Gegenteil: Frau Kollegin Puttrich hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass wir einmal darüber reden könnten, dass hervorragende Fachkräfte gerade aus Südosteuropa hierher kommen – die Ärzte sind als Beispiel genannt worden –, um da und dort auch ein deutsches Problem zu lösen, nämlich das des Fachkräftemangels.

Lieber Florian Rentsch, wenn ich bei einem Thema wirklich zustimme, ist es dieses in Zahlen leider noch recht bescheidene Beispiel dafür, dass Europa mehr als nur Ökonomie und Währungsunion ist. Ich meine das von Ihnen genannte Beispiel bezüglich der Partnerschaft Hessens mit der Region Madrid, von der ich hoffe, dass es eines Tages das Zehn- und Fünfzigfache an Persönlichkeiten betrifft, denen wir dort eine Chance geben. Das ist dann doch ein Beispiel dafür, dass Europa etwas sehr Emotionales, etwas

sehr Reales ist, das sehr zum Vorteil des Einzelnen ist. Ich finde, darüber sollten wir viel, viel häufiger reden als darüber, dass wir nach wie vor auch eine Reihe von Problemen haben, die wir selbstverständlich angehen und bewältigen müssen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Florian Rentsch (FDP))

Auf die Bedeutung Europas als Friedens- und Freiheitsgarant ist schon hingewiesen worden. Ich will vielleicht noch zwei oder drei andere Beispiele nennen, wenn wir in diesem Jahr an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren erinnern oder des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs vor 75 Jahren gedenken. Wir erinnern uns auch daran, dass wir vor 25 Jahren den Mauerfall mitten innerhalb Europas erleben durften.

Ich will ebenfalls daran erinnern, dass es Länder gibt, über die im Zuge der Eurokrise sehr viel diskutiert wird, die auch eine Vergangenheit haben, die noch nicht so weit hinter ihnen liegt, als dass sie das mit Blick auf die Frage der Friedenssicherung und zu erlangender Freiheit alles vergessen haben:

Die Spanier sind seit 1986 Mitglied der EU und waren bis 1975 eine Militärdiktatur mit brutalsten Auswirkungen. Das ist erst so lange her, dass ich schon auf der Welt war, schon zur Schule gegangen bin und mich daran erinnere, wie oft wir dort über dieses Land gesprochen haben, ich aber nie die Vorstellung hatte, dass Spanien jemals Teil dieser Europäischen Gemeinschaft werden würde.

Die Portugiesen sind seit 1986 Mitglied der EU und kommen aus einer Diktatur.

Die Griechen kommen aus noch schwierigeren Verhältnissen: zunächst einer Militärdiktatur, dann einer Monarchie, dann der Absetzung dieser Monarchie. Aber am Ende sind sie Teil dieser europäischen Werte- und – das sage ich ganz bewusst – Kulturgesellschaft geworden. Seit 1980 sind sie auch wieder in der NATO. Zwischenzeitlich gab es mit all den Problemen um Zypern herum einen Austritt. Das soll heißen: Man hat immer wieder den Weg in eine starke Gemeinschaft gesucht.

Ganz zu schweigen ist von den Baltischen Republiken als Anhängsel der seinerzeitigen Sowjetunion, vor allem ganz zu schweigen von dem Land, das als letztes der EU beigetreten ist, Kroatien, mit all den Verwerfungen im Krieg auf dem Balkan. Dabei hört man heute noch von linker Seite immer wieder die gleichen Parolen, wenn es um Rüstung und Wehrhaftigkeit von rechtsstaatlichen Demokratien geht.

(Zuruf der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Sie ignorieren völlig, dass wir damals lange zugeschaut haben und am Ende einen breiten demokratischen Konsens dahin gehend hatten, dass gerade wir Deutschen bei solchen Auseinandersetzungen nicht zuschauen dürfen. Heute ist eines der betroffenen Länder Mitglied der Europäischen Union.

(Beifall bei der CDU – Janine Wissler (DIE LINKE): Wir schauen nicht zu, wir liefern die Waffen dahin!)

Ich glaube, darauf dürfen wir mit Blick auf die Historie stolz sein.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Deutschland schaut nicht zu, Deutschland verdient daran!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich will die vielen Programme, von denen auch Hessen profitiert, nicht wiederholen. Frau Kollegin Puttrich hat zu Recht darauf hingewiesen, dass wir in den Haushalten der Europäischen Union außer für die klassische Landwirtschafts- und Wirtschaftspolitik sehr viel Geld dafür ausgeben, dass Menschen sich wechselseitig begegnen. Ich freue mich, dass der Schüleraustausch nicht nur angesprochen worden ist, sondern sich auch weiterentwickelt, dass dort zukünftig auch diejenigen, die in Ausbildungen sind, die Möglichkeit wechselseitigen Kennenlernens haben, nicht nur der wechselseitigen Ausbildungssituationen und -systeme, sondern auch um persönliche Freundschaften zu knüpfen, die möglicherweise und hoffentlich ein Leben lang halten.

Ich will darauf hinweisen, dass wir gerade in Hessen – wenn ich das noch anfügen darf – enorm von Programmen profitieren, die sich mit diesem Austausch beschäftigen. Wir haben 700 Städtepartnerschaften in die Europäische Union hinein, die meisten mit unseren Partnerländern, den Nachbarn, den Franzosen, den Engländern und den Niederländern. Aber sicherlich gibt es auch zunehmend Partnerschaften in Richtung Osteuropa. Zwar gehört die Türkei nicht zur Europäischen Union, aber es gibt Partnerschaften bis in den Balkan hinein, bis in die Türkei hinein.

Es macht Sinn, dass Völkerverständigung am besten gelingt, wenn man sich persönlich kennenlernt, Schubladen öffnet, hineinschaut und fragt: Sind die Inhalte dieser Schubladen noch richtig? Möglicherweise muss man das eine oder andere Klischee, das eine oder andere Stigma verändern, aufeinander zugehen und Verständnis und Toleranz entwickeln.

All das ist Teil der Europäischen Union und der europäischen Politik, die insbesondere – hier sind heute einige Kanzler genannt worden – von den Kanzlerinnen und Kanzlern der CDU Deutschlands, aber auch von Sozialdemokraten und Außenpolitikern auch der FDP immer wieder getragen und vorangetrieben wurden.

Ich will ganz kurz auf das Dauerlamento der ausbordenden Bürokratie eingehen. Ich habe selbst einmal, als ich noch etwas Ordentliches gearbeitet habe, eine erste EU-Zulassung eines Industriebetriebes

(Nancy Faeser (SPD): Heute nicht mehr?)

– den Halbsatz streichen wir – 1985 umgesetzt. Ich erinnere mich an katalogweise Vorgaben, die einzuhalten waren, die völlig neu waren, weil sie sich mit Detailfragen befassten, von denen ich vorher nicht im Kühnsten erwartet hätte, dass man so etwas regeln muss.

Ich gebe zu, ich habe mich sehr häufig geärgert. Aber nach ein oder zwei Jahren hatte man diesen Ärger vergessen. Außerdem hatte man gelernt, auch die Behörden, auch die Europäische Union hatten gelernt und die Dinge weiterentwickelt und im wahrsten Sinne des Wortes entbürokratisiert, um Vorschriften zu entschlacken.

Erst recht habe ich mich nach zwei oder drei Jahren darüber gefreut, dass unser Unternehmen die Chance hatte, auf diesem großartigen Binnenmarkt Umsätze zu haben, Waren einzukaufen und zu verkaufen, und somit völlig neue Perspektiven hatte im Vergleich zu dem, was vorher war.

Ich finde, das gehört zu einer europäischen Debatte auch hinzu, dass man hin und wieder der Europäischen Union, der Europäischen Kommission und der Bürokratie eine Chance gibt, sich weiterzuentwickeln. Ich darf einmal daran erinnern: Die CDU-geführte Landesregierung des Landes Hessen hat sich 1999 mit den Verwaltungsvorschriften, den Rechtserlassen und der Gesetzesflut dieses Landes befasst und seinerzeit 39 % aller Erlasse und Rechtsverordnungen in den Papierkorb geworfen. Ich habe immer dazu gesagt: Und keiner hat es gemerkt; denn sie waren offensichtlich überflüssig. – Wenn das bei uns so geht, dann geht das auch in der Europäischen Kommission.

Deswegen stimme ich allen zu, die es beklagen und sagen, es sei zu viel. Aber ich fordere alle auf, aktiv daran mitzuwirken. Da kann jeder seinen Beitrag leisten. Dann werden wir auch das mit der Bürokratie künftig hoffentlich seltener und weniger hören.

(Beifall bei der CDU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Natürlich sind der Euro und die Währungsstabilität auch weiterhin eine der zentralen Aufgaben. Zu dieser Debatte gehört zunächst einmal auch die nüchterne Erkenntnis und hin und wieder das hoffentlich legitime Gestatten, dass man Zahlen nennt. Es gibt eine Partei, über die heute schon gesprochen worden ist, die AfD, die in der Frage des Euro eine sehr wechselhafte, kurze, junge Geschichte hat. Ich will daran erinnern, dass die AfD 2010 im Grunde eigene Währungen für alle Mitgliedstaaten haben wollte. Das war seinerzeit der Auftakt: Weg mit dem Euro, jeder wieder zu seiner damaligen Vor-Euro-Währung.

Dann gab es die absurde Idee der Parallelwährung, als man 2011 gemerkt hat, man ist einen Tick neben den Europäischen Verträgen. Man machte auf Freiwilligkeit, und um es den Griechen als Beispiel schmackhaft zu machen, kam das Thema Parallelwährung auf. Es hat damals geheißen, dass die Sparer, damit sie nicht leiden, ihre Guthaben in harten Euro behalten sollten. Das Problem ist nur, dass, wenn Sie es beim Sparer mit den Bankkonten so machen und auf der anderen Seite die weiche Währung auf der Passivseite der Banken haben, Sie pleitegehen. Also muss man, wenn man das macht, den Banken auf der anderen Seite der Bilanz die Eurowährung gleichermaßen zugestehen. Das wiederum führt dazu, dass wir am Ende eine Situation gehabt hätten, dass Verbraucher über Euroguthaben verfügt hätten, aber ihre Schulden auch in Euro hätten stattfinden müssen, während ihre Einkünfte und übrigens auch die der Unternehmen in Weichwährung stattgefunden hätten. Das wäre der Kollaps einer Volkswirtschaft in wenigen Wochen gewesen.

Das ist ein bisschen kompliziert, aber es ist schon ein bisschen irre, wenn man von einem Professor aus Hamburg so einen Unsinn hört. Herr Präsident, ich bitte im Vorfeld schon um Entschuldigung, aber ich bleibe dabei, dass es Unsinn ist.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

2013 kam die AfD damit, dass die Wiedereinführung der D-Mark kein Tabu sein dürfe. Das war eine Aussage. Die nächste war: Wir wollen keinen Austritt Deutschlands. – Jetzt bin ich dabei, zu sagen: Ich weiß nicht mehr, was die wollen, außer dass sie Ressentiments schüren. Deswegen teile ich ausdrücklich die Kritik, die hier geäußert worden ist.

Um das Ganze zu vervollständigen: Eine Partei, die Plakate angeblich einzelner Kreisverbände nicht zurückruft, auf denen der Diktator Nordkoreas abgebildet ist und in deutschen Lettern steht: „Was haben das dicke Kind aus Nordkorea und die Europäische Kommission gemeinsam? – Das Demokratieverständnis“, verhält sich in sträflichster Weise schäbig und antieuropäisch. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das dürfen wir und das werden wir weiterhin nicht durchgehen lassen. Das werden wir auch problematisieren.

(Lebhafter Beifall bei der CDU, der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Die Bundesrepublik Deutschland profitiert nach wie vor vom Euro. Es gibt eine Reihe von sehr seriösen Berechnungen unter anderem der OECD, die besagen: Allein die Transaktionskosten, die wir hatten, als wir noch jeweils einzelne staatliche Währungen hatten, und deren Absicherung, was die Wechselkursrisiken für die deutsche Wirtschaft anbelangt, betragen in Summe 1 % des Bruttoinlandsproduktes. Wenn man das aktuell über den Daumen rechnet, sind das 25 oder 26 Milliarden €. In dieser Höhe würden dann auch weniger Geschäfte am Finanzmarkt stattfinden, die so häufig zu Recht oder zu Unrecht beklagt werden.

Wir hätten viel weniger Preistransparenz. Wir hätten übrigens auch ganz sicher eine viel geringere Produktvielfalt auf dem deutschen Markt oder auf anderen europäischen Märkten. Unabhängig davon gibt es mit all diesen negativen Wirkungen einhergehend die Prognose, dass, wenn wir nicht Teil der Europäischen Währungsunion wären, uns das rund 0,5 % Wirtschaftskraft und umgerechnet 200.000 bis 300.000 Arbeitsplätze nur in der Währungsfrage kosten würde – neben all den anderen enormen Arbeitsplatzpotenzialen und -wirkungen, die wir dadurch haben, dass wir eben Teil dieser Europäischen Union insgesamt sind.

(Vizepräsident Frank Lortz übernimmt den Vorsitz.)

Deswegen sollten wir als Deutsche diejenigen sein, die weiterhin das mit Abstand höchste Interesse haben, dass dieser Euro stabil bleibt. Wir sollten aber auch diejenigen sein, die gleichzeitig den Iren, den Portugiesen, den Spaniern, den Griechen und übrigens auch den Franzosen sagen, dass wir dazu entsprechende Forderungen haben, die nie bedeuten, dass wir einfach nur zuschauen, wenn woanders Dinge passieren, die wir nicht akzeptieren können.

Umso mehr muss dann – da will ich auf die Kritik an der Bundeskanzlerin zu Beginn der Eurokrise zurückkommen – doch gewürdigt werden, dass es eine völlig richtige Politik vonseiten der Bundesregierung unter der Federführung von Bundeskanzlerin Angela Merkel war, denjenigen Staaten, die sich an die Spielregeln, die wir geschaffen hatten, nicht gehalten haben, zunächst einmal ein sehr klares Nein zu sagen, als es um die Mithaftung der Deutschen, der deutschen Volkswirtschaft und des deutschen Staates ging.

Ich behaupte bis heute, wenn das nicht so klar definiert und formuliert worden wäre, hätte sich dort auch nichts bewegt. Umso notwendiger war aber, als sich in den genannten Ländern etwas bewegt hat, auch das deutliche Signal, dass man dann auch hilft, wenn sich dort strukturelle Veränderungen ergeben, die wiederum dem nahekommen, was wir zu Beginn der Währungsunion festgelegt haben. Weil das so ist und das zwischenzeitlich recht erfolgreich ist, muss man doch bei dieser Debatte und bei jeder Gelegen-

heit darauf hinweisen, welche Kraftanstrengungen diese Länder unternommen haben.

Ich will einmal zwei, drei Beispiele nennen. Die Iren haben ihre Staatsausgaben seit 2008 um 28 Milliarden € gekürzt. Die Iren haben auch Sozialleistungen zurückgenommen. Ja, Herr van Ooyen, das ist Teil der Wahrheit. Auf die gehe ich vielleicht später noch einmal ein. Die Iren haben die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst um 10 % reduziert. Sie haben die Mehrwertsteuer erhöht. Sie haben ihren Arbeitsmarkt in Richtung Lohnfindung auf betrieblicher Ebene flexibilisiert.

Und sie haben das Renteneintrittsalter erhöht. Lieber Florian, ja, das ist richtig. Die FDP und alle anderen wissen, dass es in der Großen Koalition durchaus unterschiedliche Programme gibt und gab und auch Streit gibt. Aber wir müssten zunächst einmal festhalten, es gibt einen Kompromiss, den wir auch mittragen.

Ich will zu Irland zurückkommen und einen wichtigen Punkt ansprechen, von dem ich glaube, dass er von zentraler und überragender Bedeutung ist. Der Bankensektor, der 740 % des Bruttoinlandsproduktes der Republik Irland ausmachte, beträgt heute immer noch 450 % des Bruttoinlandsproduktes, ist aber eben nahezu halbiert worden. Es ist gerade in den angelsächsischen Ländern ein wichtiges Signal dahin gehend, dass das einseitige Setzen auf diese Branche ein historisch kapitaler Fehler war, den man dringend korrigieren muss.

Das Ergebnis ist, dass Irland mittlerweile aus der Beantragung weiterer – wenn ich das so nennen darf – Schutzschirme heraus ist. Ich hatte letztes Jahr die Freude, mit dem Ministerpräsidenten Irlands in Frankfurt am Main zusammen zu Abend zu essen. Ich habe ihn natürlich, weil das hier angesprochen worden ist, auf Steuerdumping angesprochen. Ich habe selten eine Antwort bekommen, die so kurz war: No.

Auf die Frage: „Was macht ihr mit Dumpingsteuer und 15 % Körperschaftsteuer?“, sagte der irische Premierminister: Das ist eines der wesentlichen Merkmale unseres Marktes seit vielen Jahren; wir sind nicht so industrialisiert, wir sind Agrarland und am Ende auch Dienstleistungs- und Finanzdienstleistungsstandort im Großraum Dublin geworden. Wenn wir das aufgeben, zerstören wir das zurzeit Einzige, was wir haben und was wir uns wieder neu entwickeln können.

Dann gehört doch von uns die ehrliche Aussage dazu, dass dieser Steuerwettbewerb, wie ihn manche nennen, vielleicht auch ein Teil unterschiedlich strukturierter Volkswirtschaften in der Europäischen Union ist und von uns insofern akzeptiert werden muss, dass jeder dafür zuständig ist, wie er seine Volkswirtschaft insgesamt politisch gestaltet, wenn das nicht dazu führt, dass wir helfen müssen, weil die Steuerdumping betreiben.

Wenn die Iren jetzt sagen: „Wir bleiben dabei und ziehen damit dank der Hilfe der Europäischen Union und Gemeinschaft unseren Kopf aus der Schlinge und haben diese Krise in wesentlichen Punkten überwunden“, dann sollten wir das akzeptieren. Auch das gehört zur Souveränität eines EU-Mitgliedstaates.

Ich könnte Portugal nennen, und ich könnte Griechenland mit ähnlichen Anstrengungen nennen. Die hatten erhebliche Einbußen auch bei den Beschäftigten im öffentlichen Dienst wie in der Privatwirtschaft bis hin zur Rentenkür-

zung. All das sind unglaubliche Anstrengungen. Um dem vorzubeugen, dass gleich von linker Seite der Teil kommt: „Wo bleibt die Beteiligung derjenigen, die die Krise verursacht haben?“, will ich nur wenige Punkte ansprechen, weil darüber auch nie gesprochen wird. Ich sage gleich vorweg: Das ist alles wahrscheinlich noch immer nicht ausreichend.

Die Griechen haben Sondersteuern für den Besitz von Luxusgütern eingeführt. Die Griechen haben die Steuern auf Unternehmensgewinne um 6 % erhöht. Die Griechen haben die Bedeutung großer Immobilienbesitze von über 400.000 € – das sind in den Augen der LINKEN wahrscheinlich schon Superreiche, wobei es noch ein paar gibt, die noch etwas größere Vermögen haben – um das Siebenfache erhöht.

Die Griechen haben die Steuer auf Grundstücke im Besitz von Offshoreunternehmungen jährlich von 3 auf 10 % erhöht. Die Bonizahlungen in den Banken werden mit 90 % versteuert. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die berühmten Reedereien sind mittlerweile einer doppelt so hohen Besteuerung unterlegt, als das noch vor der Krise der Fall war.

Jetzt kann man immer noch sagen, dass das alles nicht ausreichend ist. Aber zu sagen, dass es ausschließlich zulasten des kleinen Mannes und der Frau ginge, ist mit diesen Zahlen widerlegt. Insofern sind die Anstrengungen, die die Griechen allen voran geleistet haben, aller Ehren wert. Ich finde, sie gehören von uns hin und wieder mit Applaus bedacht. Sie müssen nicht enden, sie müssen weitergehen. Aber so kommt man in dieser europäischen Idee eines gemeinsamen Euro als Teil dieser großen europäischen Geschichte einen großen Schritt weiter, indem man auch einmal sagt, wenn etwas vernünftig und gut läuft.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum Schluss will ich natürlich das Thema der Krimkrise und der Krise in der Ukraine nicht auslassen. Ich habe eben dazwischengerufen: Herr van Ooyen, hatten Sie schon über Russland gesprochen? – Ich kann mich nicht erinnern. Jedenfalls sind Sie nicht auf diese aktuellen Ereignisse eingegangen. Das macht mich betroffen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Hat er, lesen Sie einmal nach!)

– Ich lese es noch einmal nach und schaue, ob es eine ausreichende Würdigung – in negativem Sinne – der dortigen Ereignisse war.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ja, wir stehen vor einer wirklich großen Herausforderung. Wir stehen vor der Herausforderung, dass der Westen – die NATO und selbstverständlich auch die Europäische Union – für sich entscheidet, dass nie wieder Krieg sein darf. Wir stehen auf der anderen Seite in Russland vor einer Situation, die sicherlich dem geschuldet ist, dass bei näherem Hinsehen dieses Land in großen Schwierigkeiten ist.

Die Russische Föderation ist, wenn man die berühmten BRIC-Staaten nimmt – das sind die Brasilianer, die Russen, die Inder, die Chinesen, die allesamt für sich reklamieren, dass sie erhebliche und große Wachstumspotenziale haben –, mit Abstand Schlusslicht bei jeder einzelnen Betrachtung.

Es gibt kaum noch Menschen, die sich in Russland selbstständig machen, weil insgesamt das Unternehmertum in einer Art und Weise in einem Wettbewerb steht, wie ich ihn an keiner Stelle in dieser Welt sonst sehe: dort einige große Staatsmonopole und oligarchische Strukturen oder erst recht Staatsbetriebe und auf der anderen Seite naturgemäß in einer solchen Welt kein unternehmerisches Engagement, wie wir das kennen. Damit geht die enorme einseitige Ausrichtung auf Energiepolitik, Gas und Öl, einher. Die Preise und die Preisentwicklung kennen wir. Aufgrund aktueller Entwicklungen in den Vereinigten Staaten ist das keine Bank mehr, auf die man eine gesamte Volkswirtschaft aufbauen darf: völlig veraltete Infrastrukturen. Das sehen Sie schon im Großraum Moskau. Wenn Sie ein bisschen weiter herausfahren, wird es langsam dunkel: dramatische Mängel im Gesundheitssystem mit Sterblichkeitsraten, die weit weg von dem sind, was wir Mitteleuropäer kennen, kein Geld für die Bildung, marode und pleite Pensionskassen.

Meine Damen und Herren, wo Sie dort hinschauen, ist dieser Staat heruntergewirtschaftet – ausdrücklich sage ich: nicht weil die Menschen dort weniger fleißig sind als bei uns, sondern weil sie in einem politischen Umfeld groß werden und sich nicht entwickeln können, sodass es genau zu diesem Ergebnis kommt.

Ich finde, wir müssen auch in der Debatte über Russland zwischen Herrn Präsidenten Putin und der russischen Gesellschaft unterscheiden. Das eine hat mit dem anderen aufgrund der miserablen Informations- und Medienpolitik überhaupt nichts zu tun. Das werde ich auch bei jeder Gelegenheit sagen.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man solche innenpolitischen Schwierigkeiten hat, sucht man sich Ablenkungen. Die erste hat damit stattgefunden, dass man gesellschaftliche Minderheiten innerhalb Russlands in einer Art und Weise geächtet hat, wie ich es nach wie vor unerträglich finde. Das sind nicht nur die Homosexuellen, die häufig als Beispiel genannt werden.

Wenn das nicht reicht, dann sucht man außenpolitische Spielfelder. Das ist die Krim, und das ist die Ukraine. Ich befürchte, Herr Putin und seine Regierung werden vor Weiterem nicht haltmachen. Ich will ausdrücklich sagen – Herr van Ooyen, Sie schütteln wieder einmal den Kopf –: „Was nicht sein darf, das nicht sein kann“, ist ein altes Denken bei Linken.

Wie erklären Sie sich denn bitte die Aussage von Herrn Putin? Ich habe noch nicht gehört, dass er sich davon distanziert hat. Er hat seinerzeit in seiner Verantwortung in St. Petersburg, wo er einmal Vizebürgermeister war, wortwörtlich gesagt und nie widerrufen, dass nach seiner Auffassung 25 Millionen Russen auf der falschen Seite der Grenze leben und dass diese Frage für Russland eine Frage von Krieg und Frieden sei.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Boddenberg, Sie müssen dann langsam zum Schluss kommen.

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wer sich so zitieren lässt, darf sich nicht wundern, dass der Westen, dass

wir in Deutschland und in Mitteleuropa und dass die Europäische Union höchstes Misstrauen gegenüber der Außenpolitik dieses russischen Präsidenten haben.

(Beifall bei der CDU)

Herr Präsident, auch das will ich nicht aussparen: Wir haben da nicht nur Misstrauen, sondern wir haben bei etwas anderem auch völliges Unverständnis. Herr Schäfer-Gümbel, Sie fordern eine klare Ansage an die AfD. Deshalb fordere ich Sie als Vorsitzenden der hessischen SPD auf, eine klare Ansage in Richtung des früheren Bundeskanzlers Schröder zu machen. Wir dürfen überhaupt kein Verständnis für jedweden Rechtfertigungsversuch des damaligen Bundeskanzlers haben, der seinem eigenen Außenminister in den Rücken fällt.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, Frau Kollegin Puttrich hatte davon gesprochen, dass es auch Begeisterung für Europa geben muss. Ich finde, wir sollten darüber häufiger als über das andere und den vielen Kleinkram reden.

Herr Kollege Rentsch hat darüber gesprochen, dass wir eine Idee dazu entwickeln müssen, wie diese Europäische Union zukünftig aussehen soll. Das wird eine schwierige Debatte werden. Wir haben einen Föderalismus mit einer hohen Kompetenz und Legitimation der Länder. In Malta gibt es keine Länder. In Frankreich gibt es sie pro forma. Da gibt es eine Zentralregierung.

In diesem Umfeld über föderale Strukturen in der Europäischen Union zu diskutieren, ist nicht so ganz einfach. Aber es ist aller Mühen wert, und zwar nicht, um ein Ergebnis zu produzieren, sondern damit wir tagtäglich über dieses Europa reden und uns darüber freuen, dass wir in diesem Europa in Frieden und Freiheit leben dürfen. – Vielen Dank fürs Zuhören.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Kollege Boddenberg, vielen Dank. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Damit ist die Aussprache zur Regierungserklärung abgeschlossen.

Es ist vorgeschlagen, den Dringlichen Antrag und die beiden Dringlichen Entschließungsanträge, Drucks. 19/431, Drucks. 19/432 und Drucks. 19/433, dem zuständigen Ausschuss zu überweisen. – Ich sehe, dass das allgemeine Freude hervorruft. Dann wird das so gemacht.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

#### **Wahl der Mitglieder des Landesjugendhilfeausschusses**

Nach § 9 Abs. 1 Nr. 4 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuchs wählt der Landtag drei in der Jugendhilfe erfahrene Personen auf Vorschlag der obersten Landesjugendbehörde. Nach § 8 Abs. 2 in Verbindung mit § 6 Abs. 3 Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch ist für jedes Mitglied ein stellvertretendes Mitglied vorzusehen. Mit der Ihnen vorliegenden **Drucks. 19/312** wurden von der obersten Landesjugendbehörde die dort genannten Personen zur Wahl vorgeschlagen.

Wenn sich kein Widerspruch erhebt, schlage ich vor, über diesen Wahlvorschlag abzustimmen. Wird der Wahl durch Handzeichen widersprochen? – Das ist nicht der Fall.

Wer dem Wahlvorschlag Drucks. 19/312 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das war einstimmig.

Damit sind die in dem Wahlvorschlag genannten Personen zu ordentlichen sowie stellvertretenden Mitgliedern des Landesjugendhilfeausschusses nach § 9 Abs. 1 Nr. 4 Hessisches Kinder- und Jugendhilfegesetzbuch gewählt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 9** auf:

#### **Zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes – Drucks. 19/411 –**

Berichterstatter ist Herr Kollege Lenders. Bitte sehr.

#### **Jürgen Lenders, Berichterstatter:**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich trage Ihnen die Beschlussempfehlung und den Bericht des Kulturpolitischen Ausschusses zu dem Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Gesetz zur Änderung des Hessischen Schulgesetzes vor. Die Beschlussempfehlung lautet:

Der Kulturpolitische Ausschuss empfiehlt dem Plenum mit den Stimmen der CDU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der SPD und der FDP bei Stimmenthaltung der LINKEN, den Gesetzentwurf in zweiter Lesung anzunehmen.

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Herr Berichterstatter, vielen Dank. – Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit beträgt zehn Minuten je Fraktion. Das Wort erhält Frau Kollegin Ravensburg für die CDU-Fraktion.

#### **Claudia Ravensburg (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs zur Änderung des Schulgesetzes werden wir unserem Ziel einen großen Schritt näher kommen, die rechtliche Grundlage zu schaffen, damit auch die laufenden Jahrgänge 5, 6 und 7 ihre Organisationsform von G 8 zu G 9 ändern können. Das soll zum kommenden Schuljahr möglich sein.

Wir wollen die größtmögliche Wahlfreiheit, mit der die unterschiedlichen Interessenlagen der betroffenen Eltern und Schüler wie auch die der Schulgemeinden berücksichtigt wird. Das ist mir sehr wichtig: Gleichzeitig haben wir die Pflicht, dem verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Vertrauensschutz gerecht zu werden.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Genau das hat der Verwaltungsgerichtshof in Kassel im Fall der Klage der G-8-Eltern ausdrücklich bestätigt. Das können und dürfen wir nicht ignorieren.

Aufgrund der Redezeit will ich mich auf die Bewertung der Anhörung und den aktuellen Stand der Verfahren an

den Schulen beschränken. Ja, es hat in Schreiben der Eltern an die Abgeordneten und mit Äußerungen in der Anhörung Kritik an dem Gesetzentwurf gegeben.

(Gerhard Merz (SPD): Tatsächlich!)

– Herr Merz, die gab es an dem vorgesehenen Verfahren.

(Gerhard Merz (SPD): Ja!)

Es gab eine ganze Bandbreite unterschiedlicher Motive, die zur Ablehnung geführt haben, die den unterschiedlichen Interessenlagen der Anzuhörenden Rechnung trugen. So gab es sie von den Unternehmen, die kritisierten, dass wir neben G 8 überhaupt auch G 9 zulassen wollen. Die Elterninitiative beklagte, dass wir nicht zuerst die Eltern befragen. Verbände und Eltern beklagten, dass keine Mehrheitsentscheidung möglich sein soll. Vielmehr soll die Einstimmigkeit in dem jeweiligen Jahrgang erforderlich sein.

Auf einige Punkte will ich hier eingehen. Wir haben von Eltern Vorschläge zugemailt bekommen. Ich möchte mich ausdrücklich bei den Eltern bedanken, die sich viel Zeit genommen und Mühe gemacht haben, Vorschläge zu finden. Sie sind zu Podiumsdiskussionen gegangen und haben Fragen gestellt. Sie haben diskutiert.

Wir haben aber keine rechtssicheren und in einem kurzen Zeitraum, nämlich bis zum Beginn des kommenden Schuljahrs, umsetzbaren Alternativen zu unserem Gesetzentwurf gehört. Es gab keine Alternativen, die gleichermaßen dem Balanceakt größtmöglicher Wahlfreiheit, dem Vertrauensschutz wie auch der Rechtssicherheit Genüge getan haben.

Über neue Konzepte kann man durchaus nachdenken. Schließlich wollen wir den zu G 9 zurückkehrenden Schulen auch zukünftig die Chance geben, neben G 9 beschleunigte Bildungsgänge anzubieten. Wir haben zunehmend Zuschriften von Eltern, die sich für ihre Kinder weiterhin G 8 wünschen.

Aber all das muss wohl überlegt und diskutiert werden. Es muss hinsichtlich der Umsetzbarkeit mit den Schulen und Verbänden beraten werden. Es kann nicht Gegenstand des heute zu beratenden Gesetzentwurfs sein, der sich mit der Rückkehr der laufenden Jahrgänge zum kommenden Schuljahr auseinandersetzt.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es gab auch den Vorschlag, die G-8-Schüler sollten eine Klasse überspringen. Damit wird aber ausgeblendet, dass G 8 kein Bildungsgang für wenige, hochbegabte Ausnahmeschüler ist, die mühelos ein Schuljahr überspringen können. Das sind vielleicht 0,1 % eines Jahrgangs. Vielmehr ist G 8 eine Alternative zu G 9, nämlich ein beschleunigtes Durchlaufen der Mittelstufe. Das möchte ich hier noch einmal wirklich klarstellen.

Es gibt den Vorschlag der Elterninitiative. Da wird gefordert, dass die Eltern zuerst entscheiden sollen. Bei einer Entscheidung zum Wechsel soll die Umsetzung dann von der Schule und von den Kollegien sozusagen eingefordert werden.

Meine Stellungnahme hierzu ist: Diese Variante löst das Problem der einstimmigen Entscheidung nicht. Damit würde unsere bewährte Schulverfassung quasi außer Kraft gesetzt. Sie stellt aus gutem Grund die Entscheidung der

Schulgremien, nämlich der Gesamt- und der Schulkonferenz, voran.

Ich bin jedenfalls davon überzeugt, dass ohne ein umsetzbares Konzept und ohne den Willen – das ist wichtig – der Schulgemeinde, der Lehrerschaft und der Schulleitung das Umsetzen einer solchen Organisationsänderung von Anfang an zum Scheitern verurteilt ist. Das geht nur gemeinsam mit der Schule.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dann gab es auch noch den Vorschlag, der Mehrheitsmeinung zu folgen und die Minderheitsmeinung der Eltern, die G 8 beibehalten wollen, zu ignorieren. Das wäre dann wirklich das Ende des Vertrauensschutzes, den das Schulgesetz unseren Eltern garantiert. Diesen Vertrauensschutz durch die Forderung einer einstimmigen Entscheidung – das habe ich eben schon ausgeführt – hat der Verwaltungsgerichtshof in Kassel aber ausdrücklich bestätigt.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Deshalb möchte ich noch auf einen wichtigen Aspekt hinweisen. Die vorliegende Änderung des Schulgesetzes von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lässt den Schulen einen größtmöglichen Spielraum; denn jeder Jahrgang wird gesondert betrachtet. Neben der Rückkehr des gesamten Jahrgangs zu G 9 kann es auch ein Parallelangebot von G 8 und G 9 an einer Schule geben. Dazu sind 16 Schüler notwendig. Aber ich bin davon überzeugt: Bei guter Beratung der Eltern und der entsprechenden Jahrgangsbreite und der Organisation, die die Schule dort finden muss, ist das auch erreichbar.

Damit diese Schulen die Möglichkeit nutzen können, beinhaltet unser Gesetzentwurf Vorratsbeschlüsse. Die Schulen können gemeinsam mit den Eltern auf die jeweilige Schule zugeschnittene Konzepte erarbeiten. Davon haben auch viele Schulen Gebrauch gemacht. Dann können die Gremien entscheiden – zuerst die Gesamtkonferenz und dann die Schulkonferenz.

Heute Morgen in der Fragestunde hat Staatsminister Lorz auf die Frage von Herrn Greilich schon geantwortet, dass wir bereits Zwischenergebnisse haben, wie die Schulgremien entschieden haben. Deshalb lässt sich bereits heute eines feststellen: Die Beschlüsse zeigen, dass die Schulen die gesamte – –

(Anhaltende Unruhe)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Einen Moment, Frau Kollegin. – Meine Damen und Herren, es ist eine Unruhe im Haus, sodass ich fast nichts mehr verstehe.

(Zuruf)

– Ja, das mag sein, dass es an meinem Alter liegt. Aber ich bitte Sie, auf mein Alter Rücksicht zu nehmen und jetzt friedlich der Rednerin zuzuhören.

#### **Claudia Ravensburg (CDU):**

Die Beschlüsse zeigen nämlich, dass die Schulen die gesamte Bandbreite der Varianten, die das Schulgesetz in unserer Änderung zulässt, auch nutzen. Es gibt Schulen, die wollen, dass nur die 5. und 6. Klassen zurückkehren. Es

gibt Schulen, die diese Möglichkeiten auch für die 7. Klassen eröffnen wollen. Gerade im 7. Schuljahr wird auch häufig von der Möglichkeit des Parallelangebotes Gebrauch gemacht.

Deshalb bin ich davon überzeugt, dass es richtig war, auch den laufenden Jahrgängen die Möglichkeit zur Rückkehr einzuräumen – bei einstimmigem Beschluss und Wahrung des Vertrauensschutzes. Ich sehe, dass die überwiegende Mehrheit der Schulen in ihren Gremien sehr verantwortlich mit dem Gesetzentwurf umgeht, um keine Gräben zwischen G-8- und G-9-Eltern aufzubauen. Wir haben heute gehört, dass die Schulgremien schon in großer Zahl entschieden haben und nunmehr die Befragung der Eltern für die kommenden Wochen ansteht. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass wir noch in dieser Woche den Gesetzentwurf, den CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgelegt haben, beschließen. So können die Eltern und Schüler und die Schulen selbst sicher sein, dass ihre Beschlüsse auch im kommenden Schuljahr organisatorisch umgesetzt werden können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Ravensburg. – Das Wort hat der Kollege Christoph Degen für die SPD-Fraktion.

#### **Christoph Degen (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Gesetzentwurf der Landesunfriedensregierung hält nicht, was er verspricht.

(Beifall bei der SPD)

Seit Februar diskutieren wir in jedem Plenum wieder halbherzige Rückkehrangebote für laufende Klassen. Erst gab es einen nebulösen Antrag im Februar, mit dem Sie schon mal eine große Portion Vorschusslorbeeren einheimen wollten. Dann folgte im März der Gesetzentwurf, dummerweise verbunden mit einer Regierungserklärung zum Thema Schulfrieden. Da haben Sie sich lächerlich gemacht.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Inzwischen gab es eine Anhörung zu diesem Gesetzentwurf. Ich habe mir jetzt nur einmal ein paar Überschriften aus Zeitungsartikeln herausgeschrieben. Da heißt es: „Massiver Widerstand gegen Hessens Schulpolitik“, „Kein Gestaltungswille“, „Wahlfreiheit Fehlanzeige“, „Von Schulfrieden keine Spur“.

(Zuruf von der SPD: Das stimmt!)

Ich halte fest: Der Gesetzentwurf bringt eine Menge Unfrieden an die Schulen. Eltern und auch Schüler werden gemobbt, weil früher oder später doch immer wieder hauskommt, wer blockiert hat. Die Hürden sind so hoch, dass viele Schulen sich eben gar nicht erst auf den Weg machen, diese Abstimmungen einzuläuten, und die versprochene Wahlfreiheit kann nicht eingehalten werden.

Die Konsequenzen eines Parallelmodells sind so schwerwiegend, dass manche Schulen sich gar nicht trauen. Bestehende Klassenverbände würden auseinandergerissen. Neigungsgruppen müssten aufgelöst werden. Wahlpflicht-

angebote würden eingedampft. All das waren Prognosen aus der Anhörung.

Wahlmöglichkeiten in der Oberstufe wären quasi nicht mehr existent. Außer dem Elternverein und der Schüler-Union hat eigentlich niemand ein gutes Haar an Ihrem Gesetzentwurf gelassen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Kollegin Ravensburg, selbst bei den Schulen, die einen Wechsel erwägen, ist noch immer nicht klar, ob dieser Wechsel funktionieren wird. Deswegen kam ja auch die Frage von Herrn Kollegen Greilich heute, ob es überhaupt schon Abstimmungsergebnisse gibt. Das wissen wir noch gar nicht. Es wird sich erst zeigen, was dabei am Ende herauskommt.

Das Schlimmste an all diesem Murks ist, dass Sie damit die Schulen im Regen stehen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung zieht sich aus der Affäre und verweist auf die Wahlfreiheit der Schulen. So kann man mit Hessens Schulen nicht umgehen. Sie haben eine Verantwortung für Ihre Schulen und für Ihre Mitarbeiter.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Selbst der Vorsitzende des Philologenverbandes hat in der jüngsten Anhörung zu Recht einen verbindlichen Rahmen gefordert. Politischen Entscheidungen dürfe nicht ausgewichen werden.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Indem immer nur Entscheidungen nach unten delegiert werden, entstehe nicht nur immer mehr zusätzliche Arbeit, sondern so drohe auch eine nicht mehr sinnvolle Zersplitterung der Schullandschaft.

Auch wenn das Ansinnen der Landesregierung, möglichst vielen Schülerinnen und Schülern eine Rückkehr zu G 9 zu ermöglichen, ausdrücklich von uns geteilt wird, so fällt es nach wie vor schwer, einen ernsten Willen zu erkennen. Denn es gab viele Vorschläge.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie hätten mehr Anreize für Schulen schaffen können, eine Rückkehr zu ermöglichen. Mit der Einführung der 2012 erfolgten Wahlmöglichkeit – zwischen G 8 und G 9, auch das wurde genannt – wurden 50 Stellen geschaffen, um G-8-Schulen bei der Erarbeitung schulspezifischer Lern- und Übungskonzepte zu unterstützen. Warum aber erhalten die Schulen, die mit einzelnen Jahrgängen heute zu G 9 gehen wollen, keine zusätzliche Unterstützung?

Sie hätten sich flexibler zeigen können, was die Klassenmindestgröße angeht. Das sagen Sie selbst: Bleibt ein Schüler einer 16-köpfigen G-8-Klasse im Parallelmodell sitzen oder zieht um, garantieren Sie auch den Fortbestand der verbleibenden Klasse. Also warum diese Festschreibung auf 16? Warum nicht 15 oder 14, warum nicht flexibler?

(Beifall bei der SPD)

Sie könnten, wenn Sie wollten, ermöglichen, dass selbst bei nicht einstimmigen Beschlüssen so viele G-9-Klassen gebildet werden wie möglich. Wenn Sie eine Jahrgangsbreite mit drei Klassen haben, dann können Sie immer

noch, wenn zehn Schüler sagen, dass sie bei G 8 bleiben wollen, sagen, dass Sie dann zwei G-9-Klassen bilden. Auch das kann man überlegen. Auch da zeigen Sie, dass Sie nicht wirklich gewillt sind, Optionen zu eröffnen.

(Beifall bei der SPD)

Sie hätten die Eltern auch vor dem ganzen Spießrutenlauf befragen können, um für die Schulgremien wirklich eine valide Grundlage zu haben, was eigentlich an der jeweiligen Schule gewünscht ist. Vor allem – auch das wurde genannt, und darauf sind Sie leider nicht eingegangen – hätte man das so machen können, dass man fragen könnte: Wollen Sie für Ihr Kind G 8 oder G 9, oder besteht auch die Option, dass Sie beides nehmen würden, weil es Ihnen vielleicht gar nicht so wichtig ist? – Sie hätten eine viel größere flexible Spannweite gehabt, individuelle Lösungen in der Schule zu finden, wenn man diese dritte Kategorie noch mit aufgenommen hätte.

(Beifall bei der SPD)

Anstatt wirklich Gestaltungswillen zu zeigen, verstecken Sie sich immer hinter dem Rechtsgrundsatz des Vertrauensschutzes. Sie sagen uns immer wieder, was nicht geht. Damit keine Missverständnisse aufkommen: Jede und jeder, der unter G 8 angefangen hat, soll natürlich die Möglichkeit haben, die Sekundarstufe I und Sekundarstufe II in acht Jahren zu durchlaufen.

Meine Damen und Herren, ich habe mich damit länger beschäftigt. Ich habe wirklich meine Zweifel, ob ein solcher Beschluss zum Vertrauensschutz, wie er immer angeführt wird, heute wieder so getroffen werden würde.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Er ist aber nun einmal gültig!)

Lesen Sie einmal den Beschluss. Als ein Hauptgrund für die Entscheidung aus dem Jahr 2009 wird angeführt, dass so kurz nach der Einführung von G 8 nicht mit einer Rückkehr zu G 9 zu rechnen gewesen sei.

Inzwischen sind aber fünf Jahre vergangen, und inzwischen hat sich die Landesregierung dem Druck der Eltern gebeugt und den unter absoluter CDU-Mehrheit flächendeckend eingeführten Schulversuch schrittweise immer weiter aufgeweicht.

Interessant ist übrigens auch, dass uns die frühere Landesregierung schon damals immer wieder versichert hat, dass ein Wechsel für bestehende Klassen zurück zu G 9 nicht machbar sei. Argumentiert wurde mit dem Vertrauensschutz. – Meine Damen und Herren, kommt Ihnen dabei etwas bekannt vor?

Wenn man sich mit dem Vertrauensschutz beschäftigt, dann stößt man auf eine Anfrage des Kollegen Wagner aus dem Jahr 2012. Herr Wagner, vielen Dank für diese Initiative. Es ging um die Frage, inwieweit die bestehenden G-8-Klassen Bestandsschutz haben und wie man zurückkehren kann.

In der Antwort führt die Landesregierung durch den damaligen Staatssekretär Lorz aus, dass vorliegend noch hinzukomme, dass es sich hier um eine Konstellation handele, bei der nicht durch ein Handeln des allenfalls zuständigen Gesetz- oder Verordnungsgebers, sondern durch eine mehrheitliche Entscheidung einer Schulkonferenz in bestehende Rechte Dritter eingegriffen würde und deren Rechtsposition aufgehoben werden solle. Eine solche Mehrheitsentscheidung sei rechtsstaatlich unzulässig. – Dem stim-

men wir zu. Sie würde insbesondere gegen den Grundsatz des Gesetzes- und Parlamentsvorbehalts verstoßen.

Bedeutet das aber nicht, dass, wenn der zuständige Gesetzgeber im Rahmen seiner Gestaltungsfreiheit und unter Berücksichtigung des Parlamentsvorbehalts eine Rückkehr zu G 9 für alle vorgeben würde, dann eine andere Abwägung stattfinden würde?

(Beifall des Abg. Marius Weiß (SPD) – Zuruf der Abg. Claudia Ravensburg (CDU))

Meine Damen und Herren, ich gebe zu: Ich bin Pädagoge, Sie, Herr Kultusminister, sind der Jurist. Wahrscheinlich würde ich da den Kürzeren ziehen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Eine gute Erkenntnis! – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Das muss aber deswegen nicht besser sein!)

Aber selbst wenn das so wäre, wenn kein Weg am Vertrauensschutz vorbeiführte, wenn selbst ein Springen für die – Frau Ravensburg, Sie sagten es –, die unbedingt bei der Schulzeitverkürzung bleiben wollen, nicht möglich wäre: Besteht dann nicht die Möglichkeit, den G-8- und den G-9-Bildungsgang gleichzeitig in einer Klasse zu unterrichten? Ich rede von einer Klasse, in der zwei Geschwindigkeiten unterrichtet werden: Die einen würden nach der Klasse 9 in die Oberstufe wechseln, die anderen würden erst nach der Klasse 10 in die Oberstufe wechseln – der Vertrauensschutz wäre gewährleistet.

(Beifall bei der SPD)

Lernen in zwei Geschwindigkeiten, vielleicht gar in drei – ich weiß, bei einigen hier im Saal erhöht sich da gleich der Puls. Das ist aber kein Modell allein der SPD, und das ist auch kein Teufelswerk. Meine Damen und Herren, das steht sogar in Ihrem Koalitionsvertrag.

(Günter Rudolph (SPD): Was?)

Im Koalitionsvertrag von BÜNDNIS 90/Die Schwarzen steht:

Die integrierten Gesamtschulen können künftig im Rahmen ihrer pädagogischen Konzeption auch vollständig binnendifferenziert, ohne Aufteilung in Kurse, unterrichten. Konkret können sie entscheiden, ob sie den Unterricht ganz oder in einzelnen Jahrgangsstufen vollständig binnendifferenziert, in Kursen oder in abschlussbezogenen Klassen organisieren.

Das beziehen Sie in diesem Fall auf integrierte Gesamtschulen. Meine Damen und Herren, wenn das aber an integrierten Gesamtschulen geht – dass Sie dort drei verschiedene Bildungsgänge haben –, dann schaffen Sie es doch auch, zumindest übergangsweise, G 8 und G 9 in einer Klasse zum Abschluss zu führen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Barbara Cárdenas (DIE LINKE))

Damit wäre dem Vertrauensschutz Rechnung getragen. Das würde sicherlich etwas kosten, denn man muss da individuelle Förderstunden mit hineingeben. Aber bedenken Sie: Sie müssten deutlich weniger Klassen bilden als im Parallelmodell mit den zahlreichen Klassen, die sich – wenn alles gelingt – durch die neuen 16er-Klassen bilden werden.

(Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Vor allem aber hätten wir weniger Ärger an den Schulen.

Meine Damen und Herren, abschließend: Wir wollen eine echte Wahlfreiheit durch individuelle Wege. Nehmen Sie unsere Anregungen und die von vielen Eltern ernst. Schauen Sie sich den offenen Brief vom Landeselternbeirat, der Landesschülerversammlung, der G-9-Initiative und der Elterninitiative „G-9-Wahl“ nochmals genau an. Dort steht es: Machen Sie wirklich möglich, was rechtlich möglich ist – oder geben Sie zu, dass Sie es gar nicht wollen. – Meine Damen und Herren, diesen Appell kann man unterschreiben.

(Beifall bei der SPD)

Steuern Sie nach. Es gibt verschiedene Wege. Auch das wurde in der Anhörung deutlich: Das Know-how ist bekannt. Darüber verfügen wir, nur der Wille fehlt.

Wir warten noch auf eine Reaktion von Ihnen. Bis dahin beantragen wir eine dritte Lesung. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Degen. – Das Wort hat der Abg. Wagner, Fraktionsvorsitzender BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

### Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Kollege Degen hat in seiner Rede eine sehr grundsätzliche Frage angesprochen: Ist es richtig, in der Bildungspolitik den Schulen Entscheidungsspielräume, Wahlmöglichkeiten zu geben, oder sollte der Landesgesetzgeber alles vorgeben?

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Herr Kollege Degen und liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, hier gibt es einen Unterschied zwischen dem, was Sie wollen – möglichst viel zentral vorgeben –,

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

und dem, was CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, nämlich möglichst viel Entscheidungsfreiheit für die Schulen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Hier gibt es einen ganz klaren Unterschied. Wir verkennen nicht, dass ein Mehr an Entscheidungsspielräumen und -möglichkeiten auch ein Mehr an Arbeit für die Schulen ist. Aber wir sollten aus jahrzehntelangem Schulkampf gelernt haben, dass die Zwangsbeglückungen, das Vorschreiben durch Wiesbaden auf gar keinen Fall zu einer Verbesserung der Situation an unseren Schulen führt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf des Abg. Marius Weiß (SPD))

Ich verstehe es, dass die Redner der Opposition vor allem darauf eingehen, welche Schwierigkeiten es bei diesem Gesetz gibt.

(Timon Gremmels (SPD): Nicht nur!)

Natürlich gibt es an diesem Gesetz Schwierigkeiten. Natürlich hatten sich Eltern mehr erhofft, als unter Wahrung des Bestandsschutzes möglich ist. Eines aber darf man dabei

nicht aus dem Blick verlieren: Ohne dieses Gesetz gäbe es überhaupt keine Rückkehrmöglichkeit für die 5. bis 7. Klassen. Diese Rückkehrmöglichkeit schaffen wir erst durch dieses Gesetz.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Es wird sehr spannend, wie sich die Kolleginnen und Kollegen von der SPD, der LINKEN und der FDP zu diesem Gesetzentwurf verhalten. Denn nur mit diesem Gesetz gibt es überhaupt eine Möglichkeit der Rückkehr zu G 9. Nur mit diesem Gesetz gibt es die Möglichkeit, sich zu entscheiden. Werden Sie diesem Gesetzentwurf zustimmen, oder werden Sie ihn ablehnen? Denn dann sind das alles Krokodilstränen, die Sie hier geweint haben

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Theoretisch!)

– dass nicht genügend Eltern die Rückkehr zu G 9 ermöglicht würde –, wenn Sie es mit Ihrem Abstimmungsverhalten überhaupt niemandem ermöglichen würden, zu G 9 zurückzukehren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

Mit unserer Gesetzesänderung gehen wir sehr konsequent den Weg weiter, den dieser Hessische Landtag im Jahr 2008 beim Thema Wahlfreiheit und Rückkehrmöglichkeiten zu G 9 begonnen hat. Damals wurde es auf der Grundlage eines Gesetzentwurfs von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN den kooperativen Gesamtschulen ermöglicht, zurückzukehren. Im Jahr 2012 hat die damalige Mehrheit aus CDU und FDP diese Möglichkeit auch den Gymnasien eingeräumt. Wir haben dem zugestimmt.

Jetzt gehen wir den nächsten Schritt und ermöglichen das auch den laufenden 5. bis 7. Klassen. Das ist eine gerade Linie, bei der Wahlfreiheit und Elternwille, soweit es möglich ist, berücksichtigt werden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf des Abg. Timon Gremmels (SPD))

– Herr Gremmels, weil Sie so freundlich dazwischenrufen: Bei allen kritischen Stimmen ist eines doch wahr: In keinem anderen Bundesland gibt es mehr Wahlfreiheit als in Hessen, und in keinem anderen Bundesland sind mehr Schulen zu G 9 zurückgekehrt als in Hessen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Es ist einfach nicht richtig, dass wir etwas anderes versprochen hätten, als wir jetzt halten.

(Lachen des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Meine Fraktion und auch ich haben im Wahlkampf sehr großen Wert auf die Feststellung gelegt: Ja, wir wollen den laufenden Klassen eine Rückkehr zu G 9 ermöglichen

(Gerhard Merz (SPD): Ei, ei, ei!)

– und jetzt kommt der wichtige Satz, den wir vor der Wahl gesagt haben, den wir nach der Wahl gesagt haben und der heute noch immer richtig ist –, sofern es schulorganisatorisch möglich ist.

Meine Damen und Herren, die Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs ist nun einmal so, dass der Bestandsschutz für die Eltern, die für ihre Kinder G 8 wollen, zu wahren ist. Daran müssen wir uns halten. In der Opposition

kann man das leicht kritisieren, aber wenn man Gesetze machen muss, muss man sich daran halten. Es bringt niemandem etwas, wenn wir hier ein Gesetz beschließen, von dem wir eigentlich alle wissen, dass es vor Gerichten keinen Bestand hätte.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Die Kolleginnen und Kollegen der SPD wussten es schon einmal besser. In ihrem Antrag vom 5. Dezember 2013, Landtagsdrucksache 18/7796, heißt es wörtlich:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend die schulgesetzlichen Regelungen dafür zu schaffen, dass die bestehenden 5. und 6. Klassen an Gymnasien und Gymnasialzweigen der kooperativen Gesamtschulen, die zu G 9 zurückgekehrt sind oder zurückkehren werden, unter Berücksichtigung des Vertrauensschutzes ebenfalls die sechsjährige Mittelstufe durchlaufen können.

Exakt das setzen wir jetzt um, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir haben Verständnis für die Eltern, die sich mehr versprochen haben. Wir haben Verständnis für die Eltern, die sagen: „Könnt ihr nicht noch mehr machen? Gibt es nicht einen Weg, wie auch unsere Kinder, auch wenn Eltern weiter G 8 haben wollen, G 9 durchlaufen können?“ Ich verstehe alle diese Eltern. Diese Eltern kämpfen für ihre Kinder – diese Kinder haben nur eine Schulzeit –, sie wollen für ihr Kind das Beste, und sie wollen G 9. Ich verstehe das.

Deshalb haben wir uns die Entscheidung: „Wie gestalten wir dieses Gesetz aus?“, und die Auswertung der Anhörung alles andere als einfach gemacht. Wir haben uns jeden Vorschlag angeschaut, und wir haben jeden Vorschlag anhand von zwei Kriterien geprüft. Das eine Kriterium: Ist es in der Kürze der Zeit an den Schulen pädagogisch noch umsetzbar? Das zweite Kriterium: Können wir hinreichend sicher sagen, dass eine solche Regelung nicht gegen den Bestandsschutz verstoßen würde?

Bei all diesen Prüfungen von all diesen Vorschlägen kam heraus: Nein, das können wir hinreichend sicher nicht gewährleisten. Deshalb tun wir es nicht; denn ein Gesetz, das am Ende scheitert, hätte niemandem etwas gebracht, weder den G-9-Befürwortern noch den G-8-Befürwortern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ich will noch einmal betonen, dass wir sehr genau zugehört haben, was Eltern uns sagen. Denn im Koalitionsvertrag stand noch, dass wir nur den 5. und 6. Klassen die Rückkehrmöglichkeit einräumen. Eltern haben uns gesagt, es geht auch für die 7. Klassen, und Schulleiter haben uns gesagt: „Wir haben Konzepte, wie das geht“. Da haben wir zugehört, und wir haben das berücksichtigt und es deshalb über den Koalitionsvertrag hinaus auch den 7. Klassen ermöglicht. Also sagen Sie bitte nicht, wir hätten nicht genau zugehört, und wir würden nicht das möglich machen, was tatsächlich auch rechtlich geht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Was sind die beiden Vorschläge, die vor allem von Eltern verständlicherweise jetzt noch in die Debatte gebracht werden? Der eine Vorschlag ist: Die Abstimmung darüber, ob zu G 9 zurückgekehrt wird oder nicht, soll vor einer Entscheidung der Gesamtkonferenz fallen. – Diese Meinung kann man haben. Nur, meine Damen und Herren: Zum einen. Wissen die Schulen, wie die Stimmung unter den Eltern ist? Zum Zweiten löst die Frage: „Wann wird die Entscheidung durchgeführt?“, in keiner Weise die Frage des Bestandsschutzes. An dem Problem kommt man mit der Frage: „Wann ist die Entscheidung?“, auch nicht vorbei. Ich finde es auch ausdrücklich richtig, dass Eltern wissen, worüber sie entscheiden. Deshalb haben wir gesagt, zuerst steht die Konzeption der Gesamtkonferenz und dann die Entscheidung der Eltern.

Dann wird vertreten: Gibt es nicht einen Weg, für diejenigen, die bei G 8 bleiben wollen, das über eine wie auch immer geartete Form von Binnendifferenzierung möglich zu machen? – Auch das haben wir uns sehr genau angeschaut, und auch hier ist zum einen das Problem, das innerhalb von drei Monaten an den Schulen umzusetzen. Denn das muss für die Schulen auch funktionieren; eine Schulpolitik nach dem Motto: „Wir beschließen es mal, dann schauen wir schon“, machen wir nicht. Zum Zweiten gibt es größte Fragezeichen, ob das tatsächlich mit dem Bestandsschutz zu vereinbaren wäre.

Jetzt sagen die Kolleginnen und Kollegen der SPD: Schaut doch nach Niedersachsen, wie die es machen. – Niedersachsen macht gar nichts zum nächsten Schuljahr in dieser Frage, gar nichts. Sie haben eine Gesetzesänderung für das Schuljahr 2015/2016 angekündigt. Warum machen die das unter anderem? – Weil sie um das Problem des Bestandsschutzes wissen und sich ein Jahr Zeit nehmen, um zu überlegen: Wie können wir dieses Problem des Bestandsschutzes bearbeiten? – Also erwecken Sie nicht den Eindruck, es gäbe hier leichte und rechtssicher umsetzbare Lösungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir haben uns die Beratung dieses Gesetzes nicht leicht gemacht. Wir haben den politischen Willen, die Wahlfreiheit weiter zu stärken, auch für die laufenden 5. und 7. Klassen. Wir wollen noch mehr Rückkehrmöglichkeiten zu G 9 schaffen. Das, was rechtlich geht, haben wir gemacht. Rechtliche Abenteuer, Zwangsbeglückungen wird es mit uns nicht geben. Das ist richtig, und ich glaube, das ist auch im Interesse der Schülerinnen und Schüler. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Kollege Wagner. – Das Wort hat Frau Abg. Cárdenas, DIE LINKE.

#### **Barbara Cárdenas (DIE LINKE):**

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ich sage Ihnen nichts Neues: DIE LINKE war gegen G 8, sie ist gegen G 8, und sie wird immer gegen G 8 sein.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Deshalb: Als die neue Landesregierung den Gesetzentwurf zur Rückkehr laufender Klassen nach G 9 einbrachte, haben wir dies als einen ersten notwendigen Schritt begrüßt und gleich die Erweiterung um die 7. Klassen beantragt, getreu dem Motto: Jedes Kind, jede und jeder Jugendliche, dem man G 8 ersparen kann, ist ein Kind, ein Jugendlicher mit mehr Zeit, weniger Stress, mehr Lebensqualität in diesen so wichtigen Lebensjahren.

(Beifall bei der LINKEN)

Dann zeigte sich mehr und mehr, welche Tücken das Gesetz hat. Die Anhörung, die zum Gesetz durchgeführt wurde, bewies, dass es ein Gesetz mit Webfehlern ist – mit so vielen und so entscheidenden Webfehlern, dass das Ziel, auch laufenden Klassen die Rückkehr zu ermöglichen, inzwischen als kaum mehr erreichbar gelten muss.

Ich werde Mathias Wagners teils flehenden, teils amüsierten Ausdruck im Gesicht während der Anhörung nicht vergessen: die angehobenen Arme mit nach oben offenen Handflächen, ein Eingeständnis der Hilflosigkeit und des Scheiterns, und damit verbunden die mehrfach geäußerte Bitte: Macht uns doch bitte einen Vorschlag, der rechtlich Bestand hat. Wir werden ihn sicher aufgreifen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Ja, eben!)

Ich habe ihm das sogar in gewisser Weise abgenommen. Ich glaube ihm und auch dem Kultusminister Lorz, dass sie es am liebsten allen recht machen würden: ein bisschen den Interessen der Eltern entgegenkommen, die sich verraten fühlen, weil ihre Kinder von der Rückkehr zu G 9 nicht profitieren konnten, und ein bisschen das verteilte G 8 retten. Ein bisschen Hü und ein bisschen Hott, und allen ist gedient, und der Schulfriede ist wieder ein bisschen mehr gerettet. – Aber das Gegenteil ist der Fall, und das wollen wir hier nicht hinnehmen.

Glauben Sie mir, wir haben ebenfalls über dem Gesetz gesehnen und gegrübelt und hin und her überlegt, was rechtlich noch möglich wäre, auch noch nach unserer Enthaltung im Kulturpolitischen Ausschuss, auch noch an diesem Wochenende. Wir sind letztendlich zu der Einschätzung gekommen, dass es keine wirkliche Lösung gibt. Es sind aber Verbesserungen möglich, die das Dilemma abmildern können, welches heißt: Bestandsschutz. Damit können die Eltern eines Kindes den Wunsch der überwiegenden Mehrheit der Eltern aushebeln, zu G 9 zurückzukehren.

Meine Damen und Herren, wir haben uns gefragt: Gibt es noch Stellschrauben, an denen sinnvoll gedreht werden könnte, ohne den Bestandsschutz als solchen zu gefährden? Wir haben drei gefunden und sind uns da zum Teil einig mit den Elterninitiativen, die auch den offenen Brief von heute verfasst haben:

Das Erste ist der Zeitpunkt, an dem die Eltern in den Entscheidungsprozess einbezogen werden. Dies ist zurzeit erst am Schluss der Fall. Die Eltern befürchten aber, dass ihre Interessen in der Schulkonferenz nicht richtig vertreten sein könnten und man dort behauptet, niemand wolle zu G 9 zurück. Deshalb möchten sie gern am Anfang des Prozesses befragt werden. Bei einem deutlichen Votum für G 9 könnten sich Gesamt- und Schulkonferenz dann nicht so leicht aus der Verantwortung stehlen. Auf der anderen Seite müssten sich die Konferenzen gar nicht erst warmlaufen, wenn es keinen Wunsch aus der Elternschaft gibt.

Das sind unseres Erachtens zwei gewichtige Argumente. Ich halte diesen Vorschlag dennoch nicht für zielführend, und dazu später etwas mehr.

Sie kennen das Sprichwort: „Wo ein Wille, da ein Weg“. Damit will ich sagen: Seitdem der Gesetzentwurf auf dem Tisch ist, formieren sich die Gegner und die Befürworter von G 8 unter den Eltern mit Kindern in den laufenden Klassen. Alle Eltern wissen, es müssen 16 Schülerinnen und Schüler sein, um eine Klasse zu bilden. Wenn keine G-8-Klasse zustande kommt und auch nur einer für G 8 ist, müssen alle bei G 8 bleiben.

Inzwischen ist klar – das dürfte Ihnen auf der rechten Seite und in der Mitte des Hauses klar sein –, dass taktisch gewählt werden wird. Beispielsweise könnten sich die G-8-Verfechter absprechen und mehrheitlich für G 9 stimmen, sodass nicht genügend Stimmen für eine G-8-Klasse zusammenkommen – eben nur eine Stimme oder zwei Stimmen, damit das Ergebnis nicht einstimmig ist, denn sonst wäre man ja bei G 9. So bliebe alles beim Alten, alle würden bei G 8 bleiben. Die G-8-Kinder müssten sich nicht in einer neu zusammengesetzten Turboklasse mit den dann gleich fitten Kindern messen.

Das Gleiche gilt natürlich für die G-9-Befürworter. Sie könnten bei der anonymen Abstimmung teilweise für G 8 stimmen – am besten so viele, dass eine G-8-Klasse sicher zustande käme. Dann wären die „Störer“, die „Überflieger“, die „Ehrgeizlinge“ aus der Klasse raus.

Diese taktischen Überlegungen werden auf beiden Seiten bereits angestellt. Es gibt bereits Verhandlungen, es gibt Absprachen, es gibt Versprechungen und dergleichen mehr. Das wissen Sie. Sie kennen doch das Sprichwort: „Gelegenheit macht Diebe“. Sie haben die Gelegenheit geschaffen, meine Damen und Herren von der CDU und den GRÜNEN, indem Sie eine anonyme vorläufige Abstimmung in den Gesetzentwurf geschrieben haben. Für diese Entwicklungen sind alleine Sie verantwortlich.

Eine anonyme Abstimmung wird aller Voraussicht nach aus den oben genannten Gründen nicht der Wirklichkeit in den späteren Anmeldungen entsprechen. Auch fehlen noch die Stimmen der Eltern, die sich enthalten haben, die sich aber am Ende des Prozesses für G 8 oder G 9 entscheiden müssen. Eine Planung wird daher mit Ihrem Modell in der Regel nicht möglich sein, auch wenn es wünschenswert wäre.

Eine anonyme Abstimmung verführt zu taktischem Wahlverhalten. Sie kann kein realistisches und verlässliches Bild der wahren Stimmverhältnisse ergeben und ist daher für auf den Ergebnissen aufbauende Planungen nicht geeignet. Eine anonyme Abstimmung ist also kontraproduktiv, und wir sollten unbedingt darauf verzichten.

(Beifall bei der LINKEN)

Die dritte Stellschraube sind die Entscheidungsmöglichkeiten in den Abstimmungen. Ja, Nein, Enthaltung – das sind bisher die Abstimmungsmöglichkeiten. Wir wissen: Es darf keine einzige Stimme für G 8 geben, um zu G 9 zurückkehren zu können. Die Enthaltungen werden allerdings nicht mitgezählt. Hier hat die Elterninitiative pro G 9 einen unseres Erachtens so einfachen wie genialen Vorschlag parat; er ist Ihnen allen heute zugegangen. Sie sagt: Es muss die Möglichkeit geben, bei der Abstimmung anzugeben, dass man sich für sein Kind beide Wege – G 8 und G 9 – vorstellen kann, also keine Präferenz angeben will. Bisher

wäre das die Enthaltung, die nicht mitzählt, die also keine Wirkung entfalten kann. Wenn man diesen Eltern aber erlauben würde, dass mit ihrer Hilfe gewissermaßen die Kuh vom Eis geholt werden kann, indem ihre Kinder je nach Bedarf einer G-8- oder G-9-Klasse zugeordnet werden können, wird einer taktischen Abstimmung weitgehend die Grundlage entzogen. Verlässlichkeit ist aber immer noch nicht gegeben. Alles kann sich bei den Anmeldungen ja noch ändern.

Unser Vorschlag wäre eine Kombination der drei Stellschrauben. Es sollte möglichst früh ein Anmeldeverfahren für G 8 oder G 9 geben, das für die Eltern bindend wäre und „Ja“, „Nein“ und „Sowohl-als-auch“ statt „Enthaltung“ als Entscheidungsalternativen anbieten würde. Dafür ist es noch nicht zu spät. Die Schulleitungen und Schulkonferenzen würden im nächsten Schritt versuchen, dem Votum der Eltern zu entsprechen und gegebenenfalls mit Hilfe der G-8- und der Sowohl-als-auch-Voten mindestens eine G-8-Klasse zu bilden. Reicht es nicht, bleibt es für den Jahrgang bei G 8. Gibt es keine G-8-Voten, sondern nur G-9- und Sowohl-als-auch-Voten, wechselt der gesamte Jahrgang zu G 9. Damit ist der Bestandsschutz gewahrt, und es gibt nur eine – allerdings bindende – Entscheidung der Eltern.

Meine Damen und Herren, das ist unser Vorschlag, der sich zum Teil mit dem der Eltern- und Schülervertretungen deckt. Ich könnte mich aber auch mit dem Vorschlag der SPD-Fraktion, ein paralleles Angebot in einer Klasse, gut anfreunden. Ich bin sicher, dass es Ihnen bis übermorgen gelingt, unseren Vorschlag zu prüfen und in Ihre Überlegungen einzubeziehen.

Ich fordere Sie noch einmal auf, den gordischen Knoten zu durchschlagen. Für den Fall aber, dass Sie den jetzt vorliegenden Gesetzentwurf in der dritten Lesung unverändert zur Abstimmung stellen, werden wir mit Nein votieren.

(Beifall bei der LINKEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Frau Kollegin Cárdenas. – Das Wort hat der Abg. Greilich, FDP-Fraktion.

#### **Wolfgang Greilich (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben gehört, was uns Frau Kollegin Ravensburg zu dem Ergebnis der Anhörung gesagt hat. Wir haben gehört, was Herr Kollege Wagner hier vorgetragen hat. Man kann daraus eigentlich nur die Schlussfolgerung ziehen, dass die schwarz-grüne Koalition Unbelehrbarkeit zum Programm erhebt.

(Beifall bei der FDP)

Die Anhörung vor dem Ausschuss hat allen Zuhörern, allen, die anwesend waren, gezeigt, dass der vorliegende Gesetzentwurf schlichtweg Murks ist. Vor allem von den GRÜNEN, aber auch von dem willig folgenden Koalitionspartner wurden bei den Eltern riesige Erwartungen geweckt. Nichts davon wird in dem Gesetzentwurf umgesetzt. Entsprechend groß ist auch die Enttäuschung der Eltern, die den falschen Versprechungen einer Wahlfreiheit geglaubt haben.

Das Einzige, was Sie erreicht haben, meine Damen und Herren von der Koalition, ist eine massive Störung des Schulfriedens. Selbst Befürworter einer Öffnung auch für laufende Jahrgänge bestätigen, dass als Ergebnis Ihres Gesetzentwurfs als Einziges geblieben ist, dass an den betroffenen Schulen das Schulklima leidet, da sich eine Minderheit gegen eine Mehrheit durchsetzen kann. Die 100-prozentige Zustimmung, die nach dem vorliegenden Gesetzentwurf erforderlich ist, wird in der Praxis nie erreicht. Das wusste jeder, der sich mit den Schulen auskennt.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Wagner hat vorgetragen, man habe Wahlfreiheit für die Eltern schaffen wollen und das so weit wie möglich auch getan. Herr Kollege Wagner, wenn Sie hier sagen, Sie verstünden die Eltern, dann mag das geeignet sein, dem einen oder anderen ein wenig Salbe ins Gesicht zu schmieren; aber es ändert nichts an der Tatsache, dass das, was Sie hier als Gesetzentwurf vorgelegt haben, schlichtweg eine Mogelpackung ist. Sie spielen allenfalls vor, dass es eine Wahlfreiheit gebe. Sie schaffen eine scheinbare Wahlfreiheit, weil Sie richtigerweise selbst darauf hinweisen, dass es einen Bestandsschutz für die Entscheidung der Eltern gibt, die sich für G 8 ausgesprochen haben. An diesem Bestandsschutz kommen Sie nicht vorbei.

(Beifall bei der FDP)

Im Rahmen der Anhörung haben die beteiligten Organisationen durchweg, wenn auch aus teilweise völlig unterschiedlichen Gründen, den vollkommen missglückten Gesetzentwurf zur Rückkehr zu G 9 kritisiert. Vor allem die betroffenen Eltern haben sich beklagt, dass sie mit der vollmundigen Ankündigung einer echten Wahlfreiheit, auch für bereits laufende G-8-Klassen, von Schwarz-Grün hinter die Fichte geführt wurden.

Andererseits hat die durch den Gesetzentwurf verursachte Diskussion zu massiven Auseinandersetzungen an vielen hessischen Schulen geführt. Der Gesetzentwurf hat sich, unserer Befürchtung entsprechend, als in Papierform gegossener Angriff auf den Schulfrieden entpuppt. Kosmetik an diesem Gesetzentwurf hilft ebenso wenig wie dessen Durchsetzung gegen das Anhörungsergebnis.

Die Anwendung von Kosmetik wurde angekündigt. Herr Kollege Wagner und Herr Kollege Irmer haben am letzten Mittwoch bei einer Veranstaltung hier in Wiesbaden erklärt, wie ich im „Wiesbadener Kurier“ lesen konnte, man sei weiterhin offen für alle Vorschläge und werde diese gerne prüfen. Nun beklagt man mit Krokodilstränen in den Augen, dass es keine Vorschläge gebe, weil es in der Tat keinen Weg gibt, um die Wahlfreiheit und einen Wechsel durchzusetzen. Das kommt nicht hin. Es bleibt bei Ihrer Ankündigung, ohne dass es zu Taten kommen kann.

Wir können feststellen, dass Sie es in weniger als 100 Tagen – so lange liegt der Gesetzentwurf mittlerweile vor – geschafft haben, die Bildungslandschaft in Hessen gänzlich auf den Kopf zu stellen. Mit der Ruhe an Hessens Schule ist es wegen des vollkommen missglückten Gesetzentwurfes endgültig vorbei.

Die Vorgänge, von denen aus Kassel, aus Frankfurt, aus Wiesbaden und aus allen anderen Schulen berichtet wurde, zeigen eindeutig, Sie haben den Schwarzen Peter den Schulen zugeschoben, in denen jetzt die Konfrontation und die Diskussion stattfinden.

Außerdem haben wir heute früh schon gehört, mit welchen Zahlen Sie sich im Kulturpolitischen Ausschuss schmücken. Danach hat etwa die Hälfte der betroffenen Schulen beschlossen, dass man den Eltern eine Abstimmung ermöglicht. Nur, die Abstimmungen, bei denen Einstimmigkeit gefordert ist, haben noch nicht stattgefunden. Ich sage Ihnen voraus: Genau dort werden Sie scheitern. Der Bestandsschutz wird dazu führen, dass es keine einstimmigen Ergebnisse geben wird. Die Katastrophe kommt.

Ich kann dazu nach dem „Wiesbadener Kurier“ ein Eltern teil zitieren, das bei dieser Veranstaltung am Mittwoch anwesend war. Die Eltern machen klar, wie sehr das Schulklima darunter leiden wird, wenn sich eine G-8-Minderheit gegen die Mehrheit in der Klasse durchsetzen kann. Das ist zwingend so. Es wird so sein – auch Ihr Gesetzentwurf sieht das so vor –, wie es die Rechtsprechung aufgezwungen hat.

Deswegen hätten Sie allen Eltern und allen Schülern einen Gefallen getan, wenn Sie diesen Gesetzentwurf überhaupt nicht erst eingebracht hätten – das hätte dem Schulfrieden gedient – oder wenn Sie nach der Anhörung die Notbremse betätigt und den Gesetzentwurf zurückgezogen hätten.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kollege Wagner, es ist in der Tat an Peinlichkeit kaum zu überbieten, wenn Sie sich für das Chaos, das Sie in der Schulpolitik angerichtet haben, auch noch überschwänglich loben. Ihre Auswertung der Anhörung zielt völlig an den Tatsachen vorbei. Sie muss für die Eltern, die von diesem missglückten Rückkehrangebot enttäuscht sind, wie Hohn klingen. Fakt ist, dass die Vertreter sämtlicher anzuhörenden Organisationen Sie deshalb sehr deutlich kritisiert haben. Wenn es Ihnen wirklich um den Schulfrieden gehen würde, hätten Sie den Gesetzentwurf nicht eingebracht oder ihn wenigstens spätestens nach der Anhörung zurückgezogen.

(Beifall bei der FDP)

Ich wiederhole mich: Kosmetik ist bei diesem Gesetzentwurf nicht möglich. Es ist für die hessischen Schüler und ihre Eltern äußerst bedauerlich, dass eine tragfähige Lösung für die durch den Gesetzentwurf verursachten massiven Auseinandersetzungen an vielen betroffenen Schulen an der Sturheit der Koalition scheitert. Doch offenkundig ist es so: Was Sie sich einmal in den Kopf gesetzt haben, wird ohne Rücksicht auf Verluste und auf Kosten des Schulfriedens durchgesetzt. Ihr erstes Gesetzesvorhaben in der Schulpolitik hat schon gezeigt: Sie greifen den Schulfrieden an; Sie schaffen keinen Schulfrieden.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Kollege Greilich. – Das Wort hat der Herr Kultusminister, Prof. Lorz.

#### **Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Thema G 8/G 9 hat uns in diesem Haus schon viel beschäftigt. Die zweite Lesung des Gesetzentwurfs der Regierungsfractionen gibt uns nun noch einmal Gelegenheit, eine umfassende Bestandsaufnahme vorzunehmen und uns zu fragen, ob

es auf der Basis der Anhörung noch irgendwelche Alternativen zu dem gibt, was CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hier vorgeschlagen haben.

Lassen Sie uns dazu zunächst eines festhalten: Es geht hier ausschließlich um die Frage, ob und in welchem Umfang bei dem Wechsel einer Schule zu G 9 laufende Jahrgänge mitgenommen werden können. Es geht nicht um die Grundsatzentscheidung G 8/G 9.

Das Problem des Vertrauensschutzes für die, die schon im System sind, ist immer das Gleiche, egal wie viele Schulen zu G 9 wechseln – auch wenn es alle sind – und egal ob sie aufgrund eigener Entscheidungen oder aufgrund gesetzlicher Vorgaben zu G 9 wechseln. Herr Abg. Degen, es verändert die Abwägung nicht, wenn der Landesgesetzgeber sie trifft; denn wir reden hier von einem Problem, das im Grundgesetz wurzelt. Ich glaube, wenn wir uns darin einig wären, hätten wir schon viel gewonnen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen bleibt diese Landesregierung bei ihrer zentralen Devise: Was rechtlich und zum Wohle unserer Schülerinnen und Schüler möglich ist, wird gemacht. Es ist eine delikate Balance, die dieser Gesetzentwurf hält. Er gibt dem Willen der Eltern, die für einen Wechsel zu G 9 eintreten, Raum, soweit es geht. Er schützt entsprechend den verfassungsrechtlichen Vorgaben das Vertrauen derjenigen, die im System bleiben wollen, und er bindet die Profis des Schulbetriebs ein, die sagen müssen, was machbar ist und was nicht.

Was hat die Opposition dem entgegenzusetzen? Sie hat dem wohlfeile Kritik entgegenzusetzen – das ist klar –, die sich darauf konzentriert, dass sich bei diesem Balanceakt nicht alle individuellen Wünsche erfüllen lassen. Ja, das ist richtig. Das ist auch nicht möglich. Wir haben es auch nie versprochen. Aber es ist hier nichts in irgendeiner Form Konstruktives vorgebracht worden, was dazu führen würde, dass wir diesen Gesetzentwurf in sinnvoller Weise verändern könnten.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist schon in der letzten Legislaturperiode zutage getreten. Erst haben Sie sich mit dem Problem der laufenden Jahrgänge überhaupt nicht beschäftigt. Bei der Gesetzesänderung im Jahr 2012 wurde dann einfach nur die Überleitung gefordert, ganz offensichtlich ohne dass ein Bewusstsein für die dahinterliegende Problematik vorhanden war. Erst jetzt, Jahre später, ziehen Sie plötzlich nach Art eines Taschenspielers irgendwelche angeblichen Alternativen aus dem Hut, wohl weil Sie erkannt haben, dass Sie damit nicht so einfach durchkommen. Aber gut.

Es kamen auch Vorschläge in der Anhörung. Herr Abg. Wagner hat es bereits gesagt: Ja, wir haben sehr aufmerksam zugehört, und wir haben uns im Einzelnen fachlich damit auseinandergesetzt. Deswegen will ich auch noch im Detail darauf eingehen. Dabei lasse ich die Vorschläge beiseite, die einfach nur darauf hinausliefen, zu sagen: Ignoriert die Mehrheit doch einfach; vielleicht entscheidet der VGH heute anders als vor fünf Jahren. – Diese Vorschläge disqualifizieren sich meines Erachtens selbst.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß auch nicht, was eine obligatorische Elternbefragung vor dem Votum der Schulgremien bringen soll. Herr Wagner hat dazu schon das Notwendige gesagt. Ein vernünftiges Kollegium und die Schulleitung wissen, wie ihre Eltern ticken. Glaubt hier wirklich irgendjemand im Ernst, dass das anders ist? Das, was pädagogisch sinnvoll und schulorganisatorisch möglich ist, ist schließlich das, was Kollegium und Schulleitung beurteilen sollen. Was soll eine vorherige Befragung daran ändern? Es wird doch nicht etwas pädagogisch sinnvoll oder schulorganisatorisch möglich, nur weil eine besonders große Mehrheit dafür stimmt.

(Gerhard Merz (SPD): So viel zum Thema Wahlfreiheit! – Gegenruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU): Er hat es nicht verstanden!)

– Wahlfreiheit im Rahmen des pädagogisch Sinnvollen und des schulorganisatorisch Möglichen; selbstverständlich wollen wir das. Herr Merz, wollen Sie etwas schulorganisatorisch Unmögliches wählen lassen?

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Ich muss sagen, am bemerkenswertesten finde ich die Anregung vonseiten der Linkspartei. Frau Abg. Cárdenas, wir sollen also auf die anonymisierte Abstimmung verzichten. Erinnere ich mich richtig, dass wir erst letztens eine Debatte in diesem Haus geführt haben, in der man uns zum Vorwurf gemacht hat, wir würden mit diesem Gesetzentwurf Mobbing-situationen an den Schulen heraufbeschwören? Glauben Sie im Ernst, das würde besser werden, wenn man offen statt anonym darüber abstimmen würde, beispielsweise auf einem Elternabend? So lässt sich der Vertrauensschutz sicherlich nicht gewährleisten.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Konzentrieren wir uns also auf die beiden einzigen interessanten schulfachlichen Vorschläge, die gemacht worden sind, um im Rahmen eines Wechsels zu G 9 den Vertrauensschutz für die verbleibenden G-8-Schülerinnen und -Schüler – angeblich – gewährleisten zu können. Der erste Vorschlag war – das kam heute hier wieder auf –, man könne die G-8-Schülerinnen und -Schüler einfach binnendifferenziert unterrichten, wie in der Grundschule oder in der integrierten Gesamtschule.

Dazu sage ich Ihnen: Die Binnendifferenzierung ist ein tolles Konzept. Ich schaue es mir, gerade in Grundschulen und in integrierten Gesamtschulen, immer wieder gern an. Es ist faszinierend, was da gemacht wird. Aber es hat seine Grenzen, und es ist kein Wundermittel, mit dem man alles beheben kann.

(Gerhard Merz (SPD): Das hat auch keiner behauptet!)

Das zeigt ein ganz einfacher Vergleich. Schauen wir uns die Grundschule an: Da haben wir gleich viel Zeit, nämlich vier Jahre, für alle, die in der Grundschule sind, und dieselbe Stundentafel; aber es werden im Hinblick auf den Übergang auf die weiterführenden Schulen unterschiedliche Ziele angestrebt. Das heißt, wir haben die gleichen Unterrichtsinhalte auf unterschiedlichen Anspruchsniveaus.

Das Gleiche haben wir in der integrierten Gesamtschule: gleich viel Zeit und die gleiche Stundentafel für das Erreichen unterschiedlicher Ziele, nämlich unterschiedlicher

Abschlüsse. Wir haben die gleichen Unterrichtsinhalte auf unterschiedlichen Anspruchsniveaus.

Aber hier haben wir das genaue Gegenteil: Wir haben eine unterschiedliche Zeitdauer, nämlich fünf oder sechs Jahre in der Mittelstufe, und wir haben unterschiedliche Stundentafeln; aber dabei haben wir das gleiche Ziel, nämlich das Abitur. Das heißt, wir haben am Ende das gleiche Anspruchsniveau, aber unterschiedliche Unterrichtsinhalte; denn das Wesen der Schulzeitverkürzung besteht darin, dass am Ende der Sekundarstufe I die G-8-Schülerinnen und -Schüler ein Jahr voraus sind. Da funktioniert Binnendifferenzierung einfach nicht.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie es mir schon nicht glauben – ich bin ja der Jurist, Sie sind der Pädagoge, Herr Degen –, glauben Sie es doch wenigstens den Profis vom Philologenverband,

(Lachen des Abg. Timon Gremmels (SPD))

die es nämlich so umgetrieben hat, dass sie noch nach der Anhörung einen extra Brief geschrieben haben, um darzulegen, dass das nicht geht. Wenn die Gymnasiallehrerinnen und -lehrer Ihnen mitteilen, dass es nicht geht, sollten wir darüber vielleicht auch sehr ernsthaft nachdenken.

(Beifall bei der CDU)

Der zweite Vorschlag besagt, man solle die G-8-Schülerinnen und -Schüler doch einfach springen lassen. Nun, Springen war schon immer möglich, das ist nichts Neues. Das gab es übrigens auch schon für die kooperativen Gesamtschulen, als die zu G 9 zurückkehren konnten. Das hat den VGH in seinem Beschluss von 2009 aber auch nicht beeindruckt.

Das wird auch klar, wenn man sich einmal die Voraussetzungen für das Springen vor Augen führt: Springen ist für Schülerinnen und Schüler, deren Leistungen über einen längeren Zeitraum über die ihrer Mitschülerinnen und -schüler hinausragen – so steht es im Schulgesetz – und die dadurch in ihrer Lernentwicklung gefördert werden sollen. Einfach ausgedrückt ist Springen für Schülerinnen und Schüler, die ohne Springen unterfordert wären. Das ist also eine individuelle Entscheidung, die wirklich nur für besondere Hochleister gedacht ist. Das kann man nicht mit dem normalen G 8 vergleichen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sieht man auch, ohne vertieft in die Pädagogik einzusteigen, mit einem einfachen Blick auf die Stundentafel. Man kann in der Mittelstufe springen. Sie müssen in G 8 bis zum Ende der Sekundarstufe I insgesamt 165 Wochenstunden absolviert haben, in G 9 sind es mit 179 Stunden 14 mehr. Wenn Sie jetzt aus G 9 heraus springen, kommen Sie in der fünfjährigen Mittelstufe am Ende nur auf 149 Stunden. Sie müssen also 30 Wochenstunden aufholen, das ist ein komplettes Schuljahr – das ist mit einem regulären G-8-Durchlauf mit durchschnittlich 33 Wochenstunden pro Schuljahr nicht zu vergleichen.

Die zweite Möglichkeit, offensichtlich die favorisierte: Sie springen in der gymnasialen Oberstufe, also typischerweise über die Einführungsphase weg. Dann wird es noch verrückter; denn dazu muss man wissen, dass es eine Vereinbarung der Kultusministerkonferenz zur Sekundarstufe II gibt – das kann man ja alles nicht so einfach ändern –, die

bis zum Abitur 265 Wochenstunden vorsieht. Bei einer sechsjährigen Mittelstufe mit dem Schnitt von 30 Wochenstunden bleiben 85 Wochenstunden für die gymnasiale Oberstufe übrig. Wenn Sie das in zwei Jahren absolvieren sollen, sind das 42 bzw. 43 Wochenstunden pro Jahr, und das in der Qualifikationsphase für das Abitur. – Meine Damen und Herren, das ist völlig absurd. Das kann man ja individuell im Falle eines Hochleisters und freiwillig machen, aber der Gedanke, dies zwangsweise von oben als Ersatz für einen regulären G-8-Durchlauf verordnen zu können, und dass dies vor irgendeinem Verwaltungsgericht dieses Landes unter dem Aspekt des Vertrauensschutzes Bestand haben könnte, ist einfach nur abenteuerlich.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sehen die Niedersachsen übrigens auch nicht anders. Dort hält sich das Kultusministerium zwar sehr zurück und bedeckt. Wir haben das einmal recherchiert: Auf ihrer Homepage drücken sie sich sehr wolkig aus. Aber da gibt es eine Expertenrunde, das vom Kultusministerium beauftragte Dialogforum „Gymnasien gemeinsam stärken“. Diese Gruppe hat einen Abschlussbericht erstattet. Darin steht sinngemäß: Ja, die Verkürzung auf zwölf Jahre bis zum Abitur ist hinzukriegen, wenn man die Schülerinnen und Schüler ab dem 7. Schuljahr mit zusätzlichen Pflichtstunden versieht und nach einer gesonderten Stundentafel unterrichtet. – Meine Damen und Herren, das ist nichts anderes als unser Splitting-Modell, das wir gerade im Schulversuch haben und das eine erkleckliche Zahl von Schulen auch für die Mitnahme ihrer laufenden Jahrgänge – nach den letzten Meldungen 36 – wählen will. Das haben wir also schon in Hessen. Es gibt nichts Neues unter der Sonne.

Deswegen lautet die Quintessenz: Wir haben alle Vorschläge geprüft. Wir haben sie wirklich alle geprüft. Wir haben alles eingebaut, was möglich war. Alles andere sind Nebelkerzen, Pseudoalternativen, die vielleicht auf den

ersten Blick verlockend klingen – ich kann das verstehen –, sich aber beim näheren Hinschauen als reine Seifenblasen erweisen.

Ich wünschte selbst, wir hätten noch eine andere Alternative gefunden. Ja, das stimmt: Ich wünschte, wir hätten noch eine andere Alternative finden können, mit der wir dem Wunsch von noch mehr Eltern und Schülerinnen und Schülern gerecht werden könnten. Aber – das haben sowohl die Anhörung als auch die heutige Debatte gezeigt – es gibt keine vernünftige Alternative zu diesem Gesetzentwurf. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Frank Lortz:**

Vielen Dank, Herr Minister. – Meine Damen und Herren, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Wir sind damit am Ende der Debatte.

Der Kollege Degen hat die dritte Lesung beantragt. Ich stelle fest, dass wir den Gesetzentwurf in zweiter Lesung behandelt haben und zur Vorbereitung der dritten Lesung dem zuständigen Ausschuss überweisen. – Das trifft das allgemeine Wohlwollen des Hauses.

Wir sind damit am Ende der Plenarsitzung. Wenn es Ihnen gefallen hat, kommen Sie morgen früh wieder – wenn nicht, bin ich ebenfalls dankbar. Um 9 Uhr geht es weiter. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend. Glück auf, alles Gute. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 19:15 Uhr)